

Jusos Thüringen **Landesdelegiertenkonferenz 2006**



BESCHLUSSBUCH

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm

A1	Solidarität! Landesarbeitsprogramm 2006/2007	3
A4	Webforum für Arbeitsgruppen auf Landesebene	7
A5	Mehr Transparenz	7

Wirtschaft/ Soziales

B1	Eckpunkte Arbeit und Soziales	8
B2	Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandentschädigung	9
B3	Freizügigkeit wiederherstellen – Weg mit der U25-Regelung	9
B4	Arbeit gerecht verteilen	9
B5	Gerechte Steuerpolitik – Jetzt!	10
B6	Unternehmen sind keine Armenhäuser	13
B7	PPP-Modelle – mehr Staat als Privat!	16
B9	Nein zum „Bürgergeld“! Für einen nachhaltigen Sozialstaat	16
B10	Gleichstellungsgesetz! Auch für die Wirtschaft!	17
B11	Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik	18
B12	Jetzt ist Schluss! Ladenschlussgesetz ändern!	18
B13	RentnerInnen in den verdienten Ruhestand	18
B14	Barrierefreiheit jetzt!	19
B15	Gegen die Privatisierung des Kommunalen Wohneigentums	19
B17	Gegen die weitere Ausbeutung der „Generation Praktikum“	20

Bildung

C1	Lebenslanges Lernen!	21
C4	Demokratisches Grundverständnis schaffen! Mehr politische Bildung von Jugendlichen!	25
C6	Gegen Frust und Stress! Mehr Sozialpädagogen an Thüringer Schulen	26
C7	Gewicht des Wissens	26
C8	Durchführung eines Betriebspraktikums in der Oberstufe	26
C9	Förderung der Ausbildung in der englischen Sprache	26
C11	Beitritt zum Aktionsbündnis gegen Studiengebühren	27

C12	Demokratische und sozial gerechte Hochschulbildung	27
C13	Studierende und Kommunen – Mehr Demokratie durch Studierendenräte	30
C15	Befreiung von der GEZ-Pflicht für StudentInnen	30
C17	Nazis wegbeamten	30

Verkehr, Umwelt

D1	Lebensqualität und Mobilität für Alle!	31
D2	Flugverkehr in Konkurrenz zur Bahn	40
D4	Ja zum Führerschein ab 17	40
D6	Tagfahrlichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge	41
D8	SPD-Publikationen nur noch auf Altpapier drucken!	41
D9	Integrierte Politik für den ländlichen Raum	41

Migration, Internationales, Antifa

E1	Migration als Chance	42
E2	International!	46
E3	Stärkung der gemeinsamen Identität europäischer BürgerInnen durch eine gemeinsame Sprache	47
E5	Antifaschismus im Stadion	48

Gesundheit

F1	Gesundheitsreform effizient und sozial gerecht	50
F4	Abbau von Zigarettenautomaten	51

Inneres, Demokratie, Engagement

G1	Föderalismusreform - Strafvollzug	152
G2	Herabsenkung des Wahlalters in Thüringen!	53
G3	Musik schulen!	53
G4	Raum für Kreativität ermöglichen	53
G5	Ehrenamtsförderung	54
G6	Nachwuchsförderung - Katastrophenschutz	54

Organisatorisches, Sonstiges

H2	Projektgruppe „Ältere ArbeitnehmerInnen“	55
H3	Selbstdarstellung der Jusos Thüringen	55
H7	Unterstützung der Schwusos Thüringen	55

Initiativanträge

I1	Für geschlechterneutrale Sprache	56
I2	Thüringer Kulturlandschaft erhalten	56
I3	Thüringisch als Fremdsprache TaF	56

A

Arbeitsprogramm

A1 |

Solidarität!

Landesarbeitsprogramm der Jusos Thüringen

1. Wir haben die Welt geändert, wenigstens ein bisschen!

In den Jahren 2007 und 2008 stellen sich für die Jusos Thüringen viele Aufgaben.

Unter dem Motto „Solidarität!“ werden in den Arbeitskreisen des Landesverbandes inhaltliche Schwerpunkte erarbeitet und in die Gesellschaft und die Partei transportiert.

Nach einem langen Diskussionsprozess wird sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm geben. Wir werden die letzten Monate bis zur Entscheidung intensiv begleiten. Mit unseren „Endspurt-Aktionen“ werden wir versuchen, die Sozialdemokratie auf den richtigen Kurs zu bringen.

In den letzten zwei Jahren haben wir es geschafft, mehr Mitglieder zu gewinnen und zu mobilisieren. Innerhalb der Thüringer SPD konnten wir durch konstruktive Kritik und unser Engagement in den vergangenen Wahlkämpfen unsere Position stärken. Es ist uns gelungen, eine stärkere Wahrnehmung des Verbandes in der Öffentlichkeit herzustellen.

Durch den Aufbau einer vertrauensvollen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbänden konnten wir unsere Präsenz und damit die Möglichkeit der politischen Mitwirkung im Freistaat erhöhen und überdies den inhaltlichen Unterbau der Jusos auszuweiten.

Diesen Weg werden wir die nächsten Jahre fortsetzen.

2. Erreichtes

2.1 Inhaltliche Arbeit

Die Arbeit in den Arbeitskreisen hat sich verbessert. Das erstmals durchgeführte Arbeitskreiswochenende hat sich als Erfolg erwiesen und stellt eine wichtige Grundlage für die weitere inhaltliche Arbeit des Verbandes dar. Die Beteiligung an den anschließend regelmäßig stattgefundenen Treffen der Arbeitskreise gilt es in den nächsten Jahren zu erhöhen.

Eine Zwischenbilanz der Ergebnisse der Arbeitskreisarbeit zeigt den stärker in den Mittelpunkt gerückten Anspruch der Thüringer Jusos durch Inhalte Aufmerksamkeit zu erreichen. So arbeitet der Arbeitskreis Bildung an einem Gesamtkonzept für ein neues Bildungssystem in Thüringen und der Arbeitskreis Wirtschaft und Soziales hat mit seinem Mindestlohnkonzept bereits außerhalb von Thüringen Achtung gefunden.

Jetzt gilt es mehr Mitglieder für die inhaltliche Arbeit zu begeistern.

2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Durch einen guten Kontakt zu VertreterInnen der Thüringer Presse konnten wir einen Anstieg der Medienveröffentlichung unserer Veranstaltungen und Positionen verzeichnen.

Mittlerweile werden wir auch ohne eine Pressemitteilungen zu schreiben auf aktuelle Themen angesprochen. Das beweist, dass unser Verband ein spannender Gesprächspartner für die Thüringer Medien ist.

Die Teilnahme von Landesvorstandsmitglieder als VertreterInnen in Diskussionsrunden verschafft den Jusos zudem einen Zuwachs an öffentlicher Wahrnehmung.

An diesen Erfolgen werden wir auch weiterhin versuchen anzuknüpfen.

2.3 SPD Thüringen

Innerhalb unserer Mutterpartei sind wir eine feste Größe. Unsere Arbeit wurde von den ProtagonistInnen in der Partei oft gelobt. Ob es unser Engagement innerhalb der vergangenen Wahlkämpfe war oder die Seminararbeit und witzige Aktionen - alles wurde positiv bewertet.

Wir sind aber auch immer die kritische Kraft innerhalb des SPD-Landesverbandes gewesen.

In den Sitzungen des Landesvorstandes und in der Öffentlichkeit stehen wir immer kritisch dem Kurs unserer Partei gegenüber. Unser Anspruch war jedoch stets die konstruktive Teilnahme an den anstehenden Diskussionen. So ist es zu erklären, warum einige unserer Ideen, wie die das Einbringen unserer Vorstellungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Einsatz gegen die Umstrukturierung der Jugendpauschale Eingang in die Politik der Landtagsfraktion fanden.

In Zukunft müssen wir noch stärker mit den verschiedenen SprecherInnen der Fraktion Gespräche über eine festere Zusammenarbeit führen.

2.4 Jusos auf Bundesebene

Auf der Bundesebene der Jusos sind wir ein Landesverband mit einem klaren Profil und einer sehr guten Vertretung. Auf Bundeskongressen und in den Umbauprojekten arbeiten wir intensiv an der Ausrichtung des Gesamtverbandes mit.

Unser Landesverband ist innerhalb des Ostgipfels organisiert. Dort nimmt Thüringen gemeinsam mit Sachsen die wichtigste Rolle ein. Wir vertreten gemeinsam mit dem Bundesvorstandsmitglied Christian Reinke die Interessen der Neuen Bundesländer.

Uns verbindet eine enge Freundschaft mit den Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Saarland. Nicht nur politische Nähe zeichnet diese Zusammenarbeit aus, auch die Art und Weise Politik zu gestalten und menschliche Stärken zeichnen diese Zusammenarbeit aus.

Die begonnene Arbeit gilt es fortzusetzen.

2.5 Zusammenarbeit mit Jugendverbänden

Sozialistische und sozialdemokratische Verbände arbeiten in Thüringen sehr eng zusammen.

Innerhalb des Landesjugendrings schließen sich folgende Verbände zum Beethovenkreis zusammen: DGB Jugend, Landesjugendwerk der AWO, Naturfreundejugend, Bund Deutscher PfadfinderInnen, SJD-Die Falken und Jusos.

Hier arbeiten wir stark gegen die zu großen Teilen regierungstreue Riege des Landesjugendrings und für mehr Pluralismus und Gerechtigkeit innerhalb des Jugendringes.

Auch außerhalb dieses Gremiums haben wir die Zusammenarbeit forciert. Gemeinsame Aktionen zum 1. Mai und zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht haben unsere Verbände zusammengeschweißt. Das in diesem Jahr erstmalig stattgefundene gemeinsame Jugendcamp dokumentiert diesen Zusammenhalt eindrucksvoll. Die geringe Beteiligung der Jusos auf dem Camp stellt eine Herausforderung für kommende Aktionen dar.

3. Was müssen wir tun?

3.1 Mobilisierung von Mitgliedern

Es zeigt sich, dass die Angebote des Landesverbandes noch zu wenig genutzt werden. Hier wollen wir eine stärkere Einbindung der Kreisverbände erreichen. Durch regelmäßige Mitgliederinformationen wollen wir die Angebote möglichst weit streuen. Dafür ist es wichtig, von den Mitgliedern Rückmeldungen zur Arbeit des Landesverbandes zu bekommen.

Das Landesbüro wird die Kritikpunkte sammeln und entscheiden, ob diese kurzfristig gelöst werden können. Der geschäftsführende Landesvorstand ist in der Pflicht, auf den Sitzungen des Landesvorstandes die gesammelten Probleme vorzutragen und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Wir werden halbjährlich jeweils zwei Neumitgliederseminare durchführen. Die organisatorische Verantwortung wird das Landesbüro übernehmen. Die inhaltliche Vorbereitung wird durch die Landesvorstandsmitglieder übernommen. Neumitglieder erhalten vom Landesverband ein Informationspaket mit AnsprechpartnerInnen in den Kreisverbänden und auf Landesebene.

Des Weiteren werden wir mit den anderen Arbeitsgemeinschaften eine Kreisbereisung durchführen, um die Arbeit der Jusos vor Ort bekannter zu machen.

3.2 Inhaltliche Arbeit

Die Arbeitskreise liefern den inhaltlichen Unterbau des Landesverbandes und sollen, stärker als bisher, in die Arbeit des Landesvorstandes einbezogen werden. Die politischen Forderungen werden hier erarbeitet. An diesen orientiert sich der Vorstand bei Äußerungen in der Öffentlichkeit.

Die Arbeitskreise tagen regelmäßig, mindestens jedoch einmal im Monat. Die Verantwortlichen der Arbeitskreise werden in den Landesvorstand kooptiert.

Die Arbeitskreiswochenenden werden zweimal im Jahr stattfinden. Sie dienen zum einen der Information des Gesamtverbandes über die geleistete Arbeit der Arbeitskreise und überdies der intensiven Bearbeitung eines durch den Landesvorstand vorgegebenen Themas aus dem Blickwinkel der verschiedenen Politikfelder. Ziel ist die Erarbeitung einer kampagnentauglichen Arbeitsgrundlage für den Verband.

Mit der Gründung eines Arbeitskreises „Internationales“ noch im kommenden Oktober wollen wir uns ein stärkeres internationales Profil geben.

3.3 Bundesebene

Auf Bundesebene muss die konstruktive Arbeit fortgesetzt werden. Die Delegierten für die Umbauwochenenden werden durch den Landesvorstand nach Absprache mit den Arbeitskreisen benannt.

Die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz und Saarland werden wir fortsetzen. Inhaltliche Nähe sehen wir weiterhin bei den Landesverbänden Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

Innerhalb des Ostgipfels werden wir versuchen, eine einheitliche Positionierung der ostdeutschen Landesverbände zu erreichen und Gemeinsamkeiten zu fördern.

Wir wollen uns mit Erfurt für den Bundeskongress bewerben. Das Landesbüro wird sich intensiv mit der Vorbereitung beschäftigen. Für eine erfolgreiche Bewerbung und eine mögliche Durchführung wird die Unterstützung des gesamten Landesverbandes notwendig sein. Hierzu werden wir eine Arbeitsgruppe einrichten.

Im Jahr 2007 feiert die IUSY (International Union of Socialist Youth) ihr einhundertjähriges Bestehen. Die Feierlichkeiten und ein Festival werden in Berlin stattfinden. Wir wollen anlässlich dieses Ereignisses Nachforschungen zur spannenden Geschichte der Jusos in Thüringen anstellen und diese auf dem Festival dokumentieren.

3.4 Partei

Unser Verhältnis zur SPD wird weiterhin durch konstruktive Kritik geprägt sein. Wir müssen unseren Einfluss im Landesvorstand der SPD auch durch stimmberechtigte Mitglieder geltend machen. Auf Parteitagern müssen die Jusos der Motor für die inhaltliche Auseinandersetzung bleiben und intelligente Anträge stellen, die der SPD in Thüringen das Profil der Sozialstaatspartei zurückgeben. Hier werden wir intensiv beraten und auf den Parteitagern der Thüringer SPD handeln.

Die Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion muss weiterhin so intensiv stattfinden, allerdings muss geordneter vorgegangen werden. Wir werden den jeweiligen FachsprecherInnen regelmäßige Gesprächsangebote unterbreiten.

Eine hohe Priorität wird die Mitarbeit am Grundsatzprogramm der SPD haben. Hierzu werden wir „Endspurtaktionen“ durchführen. Mit Plakaten und Flyern werden wir unsere Positionen deutlich machen und für eine Mitarbeit in der SPD, sowie für Podiumsveranstaltungen unter folgenden Titeln werben:

1. Freiheit ist möglich!
2. Gerechtigkeit ist nötig!
3. Jetzt aber mit Solidarität!

Die Veranstaltungen werden offen für alle Menschen sein, die mit diskutieren wollen.

In der Öffentlichkeit werden wir deutlich machen, dass wir zwar die Nachwuchsorganisation der SPD sind, aber auch ein eigenes Profil haben. Wenn nötig stellen wir uns auch konträr zur Meinung der Partei und ihrer Funktionäre.

3.5 Seminare und Workshops

Unsere Seminararbeit werden wir fortsetzen. Ziel unserer Angebote ist nicht nur die individuelle Qualifizierung der Mitglieder, sondern vielmehr der weitere Ausbau der Arbeitsfähigkeit des Gesamtverbandes.

Die nachfolgenden Angebote werden wir in den nächsten beiden Jahren im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus werden vom Landesvorstand weitere Seminare konzipiert und finden Eingang in das Seminarprogramm, welches den Mitgliedern mindestens einmal im Jahr zugesandt wird.

1. Geschichtsexkurs Jusos Thüringen

In dieser Seminarreihe beschäftigen wir uns mit wichtigen Wirkungsstätten der Sozialdemokratie in Thüringen. So werden wir neben dem Kaisersaal in Erfurt, dem Tivoli in Gotha und dem Löwen in Eisenach auch wichtige Stätten der Arbeiterjugend besuchen und recherchieren, welche Rolle die Jusos in der Geschichte gespielt haben. Ziel der Reihe ist die Erstellung einer Dokumentation, welche wir unter anderem auf dem IUSY-Festival in Berlin präsentieren wollen.

2. Aktive Verbandsarbeit

Die Grundtechniken der politischen Arbeit sollen die mit verschiedenen Schwerpunkten angebotenen mehrtägigen Seminare vermitteln. Neben der Förderung individueller Fähigkeiten wird der Projekt- und Aktionsplanung eine herausgehobene Rolle zukommen. Während der Seminarreihe werden wir auch Veranstaltungen des Landesverbandes, zum Beispiel den Aktionsmonat Antifaschismus, unter fachkundiger Begleitung vorbereiten.

3. Generationenkonflikt? Ist der demographische Wandel das Problem?

Das Seminar soll einen Einblick in das deutsche Sozialsystem geben und in vergleichenden Studien nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen. Einer intensiven Diskussion folgend werden wir mit den

Ergebnissen der Seminararbeit den öffentlichen Diskurs suchen und unter anderem Podiumsveranstaltungen zu diesem Thema vorbereiten.

4. Frauenseminar

Viele Frauen haben uns angesprochen, dass sie sich bei Sitzungen unwohl fühlen, weil hier eine männliche Dominanz vorherrscht. Auch deshalb werden wir ein Seminar nur für Frauen anbieten. Hier werden Möglichkeiten der politischen Arbeit vermittelt und diskutiert, wie Gleichberechtigung innerhalb des Verbandes und der Gesellschaft möglich ist und welche Wege zur Erreichung dieses Ziels notwendig sind. In diesem Zusammenhang soll auch ein Mentoringprogramm entwickelt werden.

5. Schule fertig! Was nun?

Das Seminar richtet sich an SchülerInnen in unserem Verband. Es soll Möglichkeiten des Engagements in der Hochschule und in der Ausbildung aufzeigen. Des weiteren werden Tipps für den Ausbildungs- und Unialltag gegeben.

6. Gegen das Vergessen

Wir werden auch die nächsten Jahre Seminare in der Gedenkstätte Buchenwald durchführen. Dort wird Wissen über die Geschichte des Lagers und das Leben im KZ vermittelt.

Der Landesvorstand wird sofort nach der Wahl in eine Klausur gehen und das Arbeitsprogramm abarbeiten. Unter professioneller Anleitung werden wir ein Team bilden, das die nächsten Jahre eng und vertrauensvoll zusammenarbeitet.

Das Motto „Solidarität!“ soll nicht nur für unsere Inhalte stehen, sondern auch für unseren Verband.

A4 |

Web-Forum für Arbeitsgruppen auf Landesebene

Es wird ein Internetforum der Jusos Thüringen eingerichtet. Dieses Forum wird zu einem ergänzenden Instrumentarium der Landesarbeitskreise, welches von den Kreisverbänden Altenburg, Gera und Greiz betreut werden wird. Das Forum der Jusos Thüringen wird in einem geschlossenen Bereich (Intern) der Webseite der Jusos Thüringen eingegliedert. Nur Mitglieder der Jusos Thüringen sollen Lese- und Schreibrechte in diesem Forum haben.

A5 |

Mehr Transparenz bei den Jusos Thüringen

Der Landesvorstand wird beauftragt „Berichte für Mitglieder“ (BfM) einzuführen. BfM sind Informationen (via e-Mail) an alle Mitglieder, in denen der Landesvorstand über Zielsetzungen, erreichte Ziele, durchgeführte Aktionen sowie die Resonanz auf politische Forderungen berichtet. Diese Berichte erfolgen mindestens einmal pro Quartal.

Die „Berichte für Mitglieder“ sind kurz zusammengefasste Informationen der Aktivitäten des Juso-Landesverbandes und der Kreisverbände. So können sich die Jusos auf dem Laufendem halten, was in ihrer Jugendorganisation zurzeit geschieht.

B

Wirtschaft/ Soziales

B1 |

Eckpunkte Arbeit und Soziales

Für eine nachhaltige Arbeits- und Sozialpolitik ist es notwendig, diese im Gesamtzusammenhang mit anderen Politikfeldern, etwa der Wirtschafts- und Bildungspolitik, zu sehen.

Deshalb sind im Folgenden nur die Grundrisse dieses Bereiches beschrieben, mit welchen sich die Jusos in den kommenden zwei Jahren befassen werden.

Zur Sicherung des Lebensunterhalts und zum Zwecke gesellschaftlicher Anerkennung ist Arbeit notwendiges Mittel zur Erzeugung der Produktionsgüter, welche wirtschaftliche Infrastruktur und Wohnraum schaffen, die täglichen Bedürfnisse befriedigen und somit den volkswirtschaftlichen Kreislauf aufrecht erhalten. Um die Produktion solcher Güter zu vereinfachen, ist der Faktor Arbeit ständigen Veränderungen unterzogen. Auf neue Produktionsmittel (Maschinen, Roboter, etc.), fortschrittliche Technologien und sich ständig verändernde Verfahren im globalisierten Arbeitsmarkt werden jedoch ganz unterschiedliche Antworten gegeben.

Als JungsozialistInnen vertreten wir die Ansicht, dass individueller Wohlstand von kollektivem Wohlstand abhängig ist, welcher in einer marktwirtschaftlich organisierten Ellenbogengesellschaft nicht hergestellt werden kann. Es wird immer mehr Verlierer als Gewinner geben; von marktwirtschaftlicher Wertschöpfung profitieren nur wenige.

Aus diesem Grund ist es Aufgabe des Staates, den Markt zu regulieren und für eine gerechte Umverteilung von Kapital zwischen den BürgerInnen zu sorgen. Ein Staat muss sich an dem messen lassen, was er für seine schwächsten Glieder tut.

Statt die Möglichkeiten der fortschrittlichen Entwicklungen der letzten Jahre bzw. Jahrhunderte zum Ausbau des kollektiven und somit auch individuellen Wohlstands durch Arbeitszeitverkürzung und gerechte Umverteilung, wie im Berliner Programm der SPD beschrieben, zu nutzen, führen politische und wirtschaftliche Entscheidungen immer öfter zu einer Zwei- bzw. Dreiklassengesellschaft. Dies zeigt nicht zuletzt die massenhafte Notwendigkeit staatlicher Transferleistungen, Lockerung des Kündigungsschutzes und anhaltende Gehaltskürzungen in nahezu allen Wirtschaftszweigen.

Neben der oben genannten Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen, um vorhandene Arbeitsplätze effektiv und gemeinwohlorientiert zu nutzen, setzen wir uns dafür ein, dem Trend des „Race to the bottom“, dem Wettlauf gegen Niedriglohnländer um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialkosten, entgegen zu wirken. Entscheidender Schritt ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns mindestens in Höhe des Existenzminimums. Darüber hinaus eine Erhöhung staatlicher Transferleistungen mit gleichzeitiger Abschaffung vom Kombilöhnen, um die Kaufkraft der Verbraucher und somit auch die Binnenkonjunktur zu stärken.

Leistungen der Sozialversicherungen resultieren aus vorausgegangenen Beitragszahlungen ihrer Mitglieder. Um diese dürfen die Versicherten nicht durch Zuzahlungen und sonstige gesetzliche Schranken betrogen werden. Vielmehr muss man die Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen durch eine Ausweitung der Pflichtmitgliedschaft sowie über eine Anhebung eventueller Beitragsbemessungsgrenzen sichern. Dem stehen gesetzliche Regelungen entgegen, welche den Ausstieg aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fördern.

Außerdem sollte zur Ausweitung der Finanzierungsbasis sozialer Leistungen auch über eine stärkere Heranziehung steuerlicher Mittel nachgedacht werden. Die Zweckbindung der Gelder, wie es bei den Beiträgen der Fall ist, wäre dann jedoch nicht mehr gegeben.

Zur Stärkung der Gewerkschaften sollte auch über die Verabschiedung eines Koalitions- und Arbeitskampfgesetzes nachgedacht werden, welches das Ziel der Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen unter dem Gesichtspunkt einer „gesunden“ Volkswirtschaft verwirklichen soll. Eine stärkere Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an unternehmerischen und betrieblichen Entscheidungen hat sich in der Vergangenheit ausgezahlt. Eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte erscheint daher sinnvoll.

Zu den Forderungen der JungsozialistInnen steht aktuell-politisches Handeln nicht selten im Gegensatz. Jüngste Beispiele sind die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, die Kürzungen beim ALG II, die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Erhöhung von Verbrauchssteuern (MwSt), die Schwächung der Sozialversicherungen durch Einbruch der Beitragszahlungen nach Einführung von Mini- und Midijobs sowie Ich-AGs und 1-EUR-Jobs und die geplante Einführung von Studiengebühren, Kombilöhnen und Kopfpauschalen in der Krankenversicherung.

Derartigen Maßnahmen werden sich die JungsozialistInnen auch in Zukunft entgegenstellen. Eigene Konzepte werden als sozial gerechte Gegenentwürfe im Arbeitskreis Wirtschaft und Soziales erarbeitet.

B2 |

Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung

Ein-Euro-Jobs zerstören sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse und schaden so der Volkswirtschaft. Wir fordern deren Abschaffung und appellieren an die sozialdemokratischen (Ober-)BürgermeisterInnen und Landräte, keine „Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung“ mehr in ihren Kommunen anzubieten.

Im Landesvorstand der SPD sowie auf dem Landesparteitag setzt sich der Landesvorstand der Jusos für eine Beschlussfassung ein, durch welche zum Ausdruck gebracht wird, dass derartige Arbeitsgelegenheiten mit den wirtschaftspolitischen Grundsätzen der SPD nicht im Einklang stehen.

B3 |

Freizügigkeit wiederherstellen - Weg mit der U25 Regelung

Antrag an die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Bundestagsfraktion möge beschließen, dass die Änderungen durch das Gesetz vom 24. März 2006 (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2006 Teil I Nr. 14 Seite 558-560, Bonn, 30. März 2006), insbesondere die Änderungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch §7 Absatz 3 Nummer 2 und Nummer 4 außer Kraft gesetzt werden.

B4 |

Arbeit gerecht verteilen

Der demografische Wandel und das Bemühen um Generationengerechtigkeit sind häufig verwandte Argumente für Sozialabbau.

Es ist richtig, dass es den demografischen Wandel gibt und er eine Herausforderung auf kommunal- und landespolitischen Feldern darstellt (Stadtentwicklung, Infrastruktur...). Jedoch ist er als Argument für Sozialabbau nicht haltbar.

Die aktuelle Problematik der Gestaltung der Sozialsysteme hat ihren Ursprung vor allem in der hohen Arbeitslosigkeit und den niedrigen Löhnen.

Daraus ergeben sich ganz konkrete politische Fragestellungen:

- Wie kann eine Bevölkerung, die um 25 Prozent schrumpfen wird, Wachstum nachhaltig steuern?
- Wie kann die wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft wirksam bekämpft werden?
- Wie kann der wegbrechende Konsum kompensiert werden?

Neben den selbstverständlichen steuerpolitischen Antworten müssen sich die Jusos Thüringen stärker mit der Frage der gerechten Verteilung von Arbeit auseinandersetzen.

Wichtig bleibt, dass die Produktivität der wichtigste Faktor für die Erreichung des Zieles des Wohlstandes für alle ist.

Wir lehnen es ab, den Niedriglohnsektor weiter auszubauen, da genau das nicht im Sinne einer nachhaltigen Politik sein kann. Hier findet keinerlei Entlastung der Sozialsysteme statt. Dagegen wird eine gesteigerte Produktivität bei gegebenem Umgang, eine Entlastung der Staatskassen bedeuten.

Die Jusos Thüringen müssen dafür sorgen, dass die Politik in der Wirtschafts- und Sozialpolitik das Sagen hat und nicht die Oberflächlichkeit der Betriebswirtschaft.

Produktivitätspotentiale lassen sich am besten mit einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit umsetzen. Das würde wiederum die Schaffung neuer Arbeitsplätze möglich machen.

Einer Arbeitszeitverlängerung erklären wir eine deutliche Absage. Sie bedeutet zum einen höhere Arbeitslosigkeit, die mit verstärkten Einnahmelücken bei der Sozialversicherung verbunden ist und zum anderen nachsichziehende Produktivitätsrückschritte.

B5 |

Gerechte Steuerpolitik jetzt!

Mehrwertsteuererhöhung ablehnen - Haushaltssanierung nicht auf Kosten sozial Schwacher!

Idee der Reichensteuer aufgreifen - Umsetzung anders gestalten!

Progression bei der Einkommenssteuer ausweiten!

Erbschaftssteuersenkung nicht akzeptieren!

Unternehmenssteuern um keinen Preis senken!

Besteuerung von im Ausland lebenden Deutschen nach amerikanischem Vorbild!

Für eine gerechte Steuerpolitik fordern wir Jusos:

- die Rückgängigmachung der Mehrwertsteuererhöhung,
- die Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 55 Prozent,
- eine erweiterte Einkommenssteuerprogression einzuführen,
- die Änderung des Erbschaftsteuergesetzes aufzuheben,
- die Unternehmenssteuern nicht weiter zu senken,
- im Ausland lebende Deutsche endlich in Deutschland steuerpflichtig zu machen.

Mit jedem neuen Haushaltsentwurf wird die die Katastrophe deutlicher: Bund, Länder und Kommunen sind hoffnungslos überschuldet.

Im Jahr 2004 wurden 14,4 Prozent des Bundeshaushaltes nur für Zinstilgung verwendet.

Auf Länderebene zeichnet sich ein ähnliches Bild: x von 16 Bundesländern haben z.Z. keinen verfassungsgemäßen Haushalt. Der Zustand der öffentlichen Bildungseinrichtungen ist ungenügend.

Das gleiche gilt für die Kommunen: Kindertagesstätten, Bibliotheken, Spielplätze etc. sind meist in einem schlechten Zustand. Viele Kommunen können sich aus ihrer misslichen Lage nur mit dem Verkauf von Eigentum befreien, wie das Beispiel Dresden zeigt.

Mehrwertsteuer, Einkommenssteuer

Mit der Anhebung von Verbrauchssteuern wie der Mehrwertsteuer auf 19 Prozentpunkte, werden vor allem Menschen mit geringem Einkommen, wie RentnerInnen, Arbeitslose, Beschäftigte im Niedriglohnssektor, SchülerInnen und StudentInnen überproportional belastet, da diese gezwungen sind, den größten Teil ihres Einkommens auszugeben. Von der Senkung der Lohnnebenkosten werden o.g. überhaupt nicht profitieren.

Niedrige Einkommen werden mit den Änderungen im Gesundheits- und Rentensektor (jeweils Beitragssatzerhöhungen um 0,5 Prozent), ab dem 1. Januar 2007 auch ohne Mehrwertsteuererhöhung schon stark belastet.

Deshalb fordern wir Jusos, die Mehrwertsteuererhöhung rückgängig zu machen und die Haushaltslöcher mit einem erhöhten Spitzensteuersatz zu stopfen. Damit würden auch vermögende Staatsbürger gerecht zur Haushaltskonsolidierung herangezogen.

Die Mehrwertsteuererhöhung wurde auch aus Reihen der SPD vor allem mit der katastrophalen Haushaltslage und der Senkung des Arbeitgeberanteils zur Arbeitslosenversicherung um einen Prozentpunkt begründet.

Letzteres soll Beschäftigung attraktiver machen, und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Das Gegenteil wird jedoch eintreten. Die mit einer Preiserhöhung von 3 Prozent, auf nicht mit dem ermäßigten Steuersatz ausgestattete Produkte, einhergehende sinkende Binnennachfrage, wird das zaghaft im Wachsen begriffene Pflänzchen Konjunktur eingehen lassen, und somit Arbeitsplätze vernichten und nicht schaffen. Für eine konjunkturelle Erholung ist vor allem eine Belebung der Binnennachfrage nötig, da Deutschland im Exportbereich schon hervorragende Zahlen aufweist.

Die SPD und ihre Jugendorganisation zogen mit verschiedenen Slogans und den richtigen Argumenten gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung der Unionsparteien in den Bundestagswahlkampf.

Nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages vereinbarte die große Koalition ein Erhöhung um 3 Prozent. Dieser Beschluss hat sicher nicht zu einer Glaubwürdigkeitsverbesserung beigetragen und die Politikverdrossenheit weiter erhöht.

Anstatt einen Kompromiss auszuhandeln, den zähneknirschend auch die SPD-Parteibasis und Jusos hätten akzeptieren können, wurde die falsche Unionsleitlinie sogar noch um einen Prozentpunkt gesteigert. Wir Jusos sind über dieses unsensible Handeln enttäuscht, da es unsere Bemühungen im Wahlkampf konterkariert und die richtigen steuerpolitischen Ansätze missachtet.

Mit der größten Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat die rot-grüne Bundesregierung in ihrer ersten Legislaturperiode auch die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 auf 42 Prozent beschlossen.

Diese Steuerreform hat ihren Teil dazu beigetragen, dass der Bundeshaushalt chronisch unterfinanziert ist und jedes Jahr eine Neuverschuldung in Milliardenhöhe zu dessen Deckung beitragen muss.

Um den Schein zu erwecken, alle Bürger gleichermaßen zur Ader zu lassen, hat die SPD die Reichensteuer in ihr Wahlmanifest 2005 aufgenommen. Dabei bestand von Anfang an kein Zweifel, dass diese vorrangig Symbolcharakter tragen wird. Für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte spielt die Reichensteuer keine Rolle, diese Aufgabe wurde der Mehrwertsteuer zugeordnet.

Die Reichen und Superreichen in Deutschland müssen mit ihrem Vermögen auch zum Gemeinwohl beitragen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Vermögenssteuer im Jahr 1998 und der Absenkung des Spitzensteuersatzes 1999 sind dem Staat erhebliche Einnahmen weggebrochen. Einnahmen, die zur Finanzierung unseres Sozialstaats, der Einhaltung der Neuverschuldungskriterien, für Investitionen in Bildung und Forschung, und einer angemessenen Entwicklungshilfe unerlässlich sind! Aus diesen Gründen fordern wir

die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 48 Prozentpunkte. Personen, die mit dem höchsten Satz besteuert werden, müssen weder Existenzängste fürchten, noch Einbußen in der Lebensqualität in Kauf nehmen, wenn der Spitzensteuersatz erhöht wird.

Des Weiteren lässt das deutsche Steuerdickicht für Bestverdiener eine ungeheure Anzahl an Freiräumen, Steuerschlupflöchern und Ausnahmetatbeständen. Getreu dem sozialdemokratischen Motto "Starke Schultern müssen mehr tragen als Schwache", kann in Kombination mit einer Neuregelung der Besteuerung von im Ausland lebenden Deutschen ein Stück verlorengegangene Steuergerechtigkeit wiederhergestellt werden.

Während eine Mehrwertsteuererhöhung die Binnennachfrage sinken, und Armut steigen lassen wird, kann über einen erhöhten Spitzensteuersatz der Staatshaushalt sozial verträglich konsolidiert werden.

Erbschaftssteuer:

Neben o.g. Grausamkeiten hat die große Koalition auch eine Modifizierung des Erbschaftssteuergesetzes beschlossen.

Um Unternehmenspleiten zu vermeiden, die von einer zu hohen Erbschaftssteuer verursacht wurden, gilt eine neue Regel, die den Hinterbliebenen die Erbschaftssteuer komplett erlässt, wenn der Betrieb zehn Jahre weitergeführt wurde.

Jedoch hat die Erbschaftssteuer bis heute nachweislich zu keinem Konkurs geführt. Diese Änderung wurde nur auf Druck der Unternehmerverbände beschlossen und ist völlig überflüssig.

Das weitere Sinken der Erbschaftssteuereinnahmen muss um jeden Preis verhindert werden!

Durch die z.Z. geltenden Regeln wird Vermögen nicht ausreichend besteuert, und die Bildung von Dynastien und Großkonzernen gefördert.

Bei jährlich vererbten rund 400 Mrd. DM bringt die Erbschaftssteuer nur knapp 6 Mrd. DM für die Länderhaushalte ein.

Unternehmenssteuer:

Die von der Bundesregierung beschlossene Unternehmenssteuersenkung können wir Jusos nicht tolerieren! Durch die rot-grüne Körperschaftssteuerreform sind dem Fiskus allein im Zeitraum 2001-2003 rund 30 Mrd. Euro Einnahmen weggebrochen. Weiterhin wurden den Unternehmen aus dem "Jobgipfel" resultierende Steuererleichterungen gewährt. Auch diese Modifikationen tragen ihren Teil zur schiefen Haushaltslage bei. Die Zeit der Zugeständnisse muss vorbei sein, denn

- mit den Unternehmenssteuersätzen anderer (EU)-Länder kann Deutschland ohnehin nicht konkurrieren (Irland 2,5 Prozent; Estland 0 Prozent),
- die wichtigsten Großkonzerne rechnen sich auch mit niedrigen Steuersätzen regelmäßig arm, nutzen sämtliche deutschen Steuerschlupflöcher, erwirtschaften nicht selten Milliarden Gewinne, zahlen darauf nicht selten keine Steuern und entlassen im Idealfall noch einige Tausendschaften ihrer Belegschaft,
- die o.g. Steuererleichterungen für Unternehmen haben nachweislich weder zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage noch zu erhöhtem Wirtschaftswachstum geführt.

Weiterhin muss deshalb eine EU-Harmonisierung der Unternehmenssteuersätze erfolgen, um die weitere Abwanderung deutscher Unternehmen ins osteuropäische Ausland zu verhindern.

Auslandsbesteuerung:

Dutzende deutscher LeistungsträgerInnen verlegen ihre Wohnsitze ins Ausland um Steuern zu sparen. Beckenbauer, Schumacher und Becker sind nur die populärsten Vertreter ihrer Spezies.

Damit ist ein Stück Steuergerechtigkeit verloren gegangen. Wenn das deutsche Steuerrecht in diesem Punkt nach amerikanischem Vorbild umgebaut wird, wird nicht nur die steuerliche Einnahmehasis verbreitert, sondern auch der Gerechtigkeit genüge getan. Otto-Normal-SteuerzahlerIn hat nicht die Möglichkeit sein/ihr Kapital durch Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland vor dem Zugriff des deutschen Fiskus zu schützen. Durch diese Regelung verlieren Wohnsitze im Ausland nur aufgrund des Steueraspekts ihren Reiz. Wer weiterhin im gleichen Ausmaß Steuern sparen möchte, müsste den beschwerlichen und Imageschädlichen Weg gehen, und eine fremde Staatsangehörigkeit annehmen.

Der Vorschlag sieht vor, dass der/die im Ausland lebende Deutsche, welche/r in Deutschland 42 Prozent Spitzensteuersatz zahlen würde, im Land seines/ihres Wohnsitzes aber nur bspw. 18 Prozent Einkommenssteuer zahlt, den Differenzbetrag, in diesem Fall also 24 Prozent, an den deutschen Fiskus abführt.

Ähnliche Regelungen sollen auch für die Besteuerung von Vermögen und Kapitaleinkünften gelten.

Die Steuerflucht von Reichen und Superreichen Deutschen kostet den Staat jährlich Milliarden an Steuereinnahmen. Deshalb fordern wir die Besteuerung von im Ausland lebenden Staatsbürgern nach amerikanischem Vorbild!

Fazit:

All diese Vorschläge steuern auf eine generelle Veränderung im deutschen Steuerrecht hin, nämlich einer erhöhten, weil gerechteren, Besteuerung von Vermögen.

Zu diesem Aspekt hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OECD) 2004 eine Studie veröffentlicht:

Diese kommt zu dem Ergebnis, dass im internationalen Vergleich in Deutschland Vermögen am niedrigsten besteuert wird. Wenn man Grund-, Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer zusammenfasst, ist Großbritannien mit einem Anteil von 4,3 Prozent am Bruttosozialprodukt Spitzenreiter der Belastung von Vermögen. Es folgen Frankreich mit 3,3, die USA mit 3,2 und Japan mit 2,8 Prozent. Der Anteil dieser Steuern macht in bundesdeutschen Haushalten nur 0,8 Prozentpunkte aus.

Gemessen am gesamten Steueraufkommen der Bundesrepublik ist der Anteil der Vermögenssteuern seit Mitte der 70er Jahre von 30 Prozent auf 14 Prozent gefallen, der Anteil der Lohnsteuer aber von 30 Prozent auf 36 Prozent gestiegen.

Diese Fakten machen deutlich, dass Deutschland im internationalen Vergleich viel zu geringe Steuern auf Vermögen erhebt und sollte als Ansatz dienen, zukünftige Haushaltslöcher nicht wieder über soziale Einschnitte zu stopfen und die Handlungsfähigkeit des Staates nicht weiter einzuschränken.

B6 |

Unternehmen sind keine Armenhäuser

Ein Steuersystem muss zwei wesentlichen Anforderungen genügen. Es muss erstens die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sicherstellen. Zweitens muss es die damit unvermeidlich verbundene Belastung gerecht auf die Steuerzahlenden verteilen. Gerecht bedeutet, dass alle, die öffentliche Leistungen nutzen, entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zum Steueraufkommen beizutragen haben. Diesen beiden Grundanforderungen widerspricht die heutige Besteuerung der Unternehmen in Deutschland.

Zwar wird in der steuerpolitischen Debatte eine im internationalen Vergleich zu hohe Steuerbelastung mit angeblich negativen Folgen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung beklagt. Jedoch sind die zum Beleg dafür angeführten – unbestritten hohen – tariflichen Steuersätze wenig geeignet: Eine Vielzahl von Steuervorteilen

und Möglichkeiten der Verlagerung von Gewinnen ins Ausland mit niedrigeren tariflichen Sätzen ermöglicht es vor allem den international tätigen Kapitalgesellschaften ihre Bemessungsgrundlage „steuerlicher Gewinn“ in Deutschland zu reduzieren. So bleiben am Ende die tatsächlichen Steuerbelastungen weit hinter den vom Tarif her gewollten Zahlungen zurück.

Die Bundesregierung wird demnächst die Gesetzesvorlage für eine weitere Senkung der Körperschaftssteuern ab 2008 einbringen. Formeller Ansatzpunkt hierzu bildet die Tatsache, dass die deutschen Körperschaften eine nominale Steuerlast tragen, die sich aus dem Steuertarif für die Körperschaftsteuer (25 Prozent), dem Solidarzuschlag (5,5 Prozent auf den zu versteuernden Gewinn) sowie aus der besonderen „Gewerbsteuer“ (16,67 Prozent der Bemessungsgrundlage) ergibt. Aber die summarische Belastung entsteht nicht aus der Addition dieser drei Steuersätze, weil in Deutschland die gezahlte Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage von Körperschaftsteuer und Solidarzuschlag *mindert*. „So mindert in Deutschland die gezahlte Gewerbesteuer die Bemessungsgrundlage von Körperschaftsteuer und Solidarzuschlag“, betont das *BMF*.^[1] Daher wird der nominale tarifliche Körperschaftsteuersatz rechnerisch gesenkt und ergibt nur eine summarische nominale Belastung auf Unternehmensebene in Höhe von 38,65 Prozent statt von 43,1 Prozent. Dies wirft ein Schlaglicht auf die seitens der Unternehmerverbände konzentriert vorgetragenen Vorbehalte gegen die nominale Gewerbesteuer: sie wettern gegen die Gewerbesteuer und damit gegen die vorgeblich „zu hohe“ Gesamtbelastung, um jetzt taktisch über eine vorrangige Senkung des z. Z. bestehenden Körperschaftsteuersatzes bald eine Senkung dieser Gesamtbelastung zu erreichen.

Gegenüber mehreren EU-Vergleichsstaaten erscheint *aus Unternehmensicht* die *nominelle* Gewinnbelastung für 2005 bei den Kapitalgesellschaften von 38,65 Prozent durch den Bund und die unteren Gebietskörperschaften als „zu hoch“, obwohl sie ebenfalls in Japan 40,9 Prozent und in den USA 39,9 Prozent beträgt sowie in Italien 37,3 Prozent, in Spanien 35 Prozent und in Frankreich 34,9 Prozent erreicht.^[2]

Trotz überdurchschnittlicher tariflicher Sätze ist der tatsächlich gezahlte Steuersatz auf Unternehmens- und Kapitaleinkommen in Deutschland im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittlich. Nach Berechnungen der EU-Kommission (2006) lag der tatsächlich bezahlte Steuersatz 2003 bei nur 17,4 Prozent, der Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Staaten lag bei 20,2 Prozent und selbst der EU-Durchschnitt insgesamt, inklusive der osteuropäischen „Niedrigsteuerländer“, lag bei immerhin 17,7 Prozent. In Deutschland besteht danach für das Jahr 2003 eine Belastung von nur 9,7 Prozent in Prozent des BIP, dagegen in den OECD-Staaten (durchschnittlich) 12,6 Prozent und in der EU-15 (durchschnittlich) 13,7 Prozent. In Schweden war diese Belastung 18,3 Prozent, in Dänemark 29,0 Prozent und im neoliberal durchorganisierten Neu-Seeland 20,8 Prozent. Selbst in Finnland (17,3 Prozent) und in Belgien (17,7 Prozent) lag diese Belastung mit „Steuern auf Einkommen und Profit“ fast doppelt so hoch wie in Deutschland.^[3] In Österreich war die Belastung mit 12,8 Prozent etwa ein Drittel höher als hierzulande.

Entgegen dem europäischen Trend ist der effektive Steuersatz in Deutschland von 1995 bis 2004 gerade konstant geblieben, während er in der EU insgesamt gestiegen ist. In diesen Zahlen sind auch die bekanntermaßen in Deutschland nur sehr ineffektiv besteuerten Kapitaleinkünfte privater Haushalte enthalten. Für die Belastung nur der Gewinneinkommen der Unternehmen gibt es keine offizielle Berechnung. Allerdings deutet das Ergebnis eines Diskussionspapiers der EU-Kommission für das Jahr 2002 wie im Trend seit 1995 auf eine unterdurchschnittliche Belastung deutscher Unternehmen im EU-Vergleich hin.^[4] Auch die Aufkommensentwicklung der Steuern von Kapitalgesellschaften als Anteil am BIP war nach Angaben der OECD (2005) bis 2004 im Trend seit langem rückläufig – eine Sonderentwicklung im internationalen Vergleich.

Auch wenn es immer wieder behauptet wird, gibt es weder theoretisch noch empirisch eindeutige Hinweise auf große positive Auswirkungen von Steuersenkungen auf Wachstum und Beschäftigung.^[5] Wenn die mit Steuersenkungen verbundenen Steuerausfälle – wie in der jüngeren Vergangenheit – zu verschärfter Sparpolitik der öffentlichen Haushalte führen, sind sogar negative Auswirkungen zu erwarten. So deuten die vielen Maßnahmen zur Steuerentlastung vor allem der letzten „großen“ Reform 2001 – darauf hin, dass Steuergeschenke an die Unternehmen nicht mit mehr Investitionen und Beschäftigung belohnt werden.

Durch die Unternehmensteuerreform im Jahr 2001 wurde der maximale nominale Grenzsteuersatz auf Unternehmensgewinne (inkl. Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag) für Kapitalgesellschaften von 51,8 Prozent auf 38,6 Prozent gesenkt. Für Personenunternehmen kam eine schrittweise Entlastung von 2001 bis 2005 mit der Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer. Insgesamt wurde der maximale nominale Grenzsteuersatz (inkl. Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag) von 54,5 Prozent auf 45,7 Prozent gesenkt – wie erwähnt mit permanenten jährlichen Aufkommensverlusten von etwa 11 Mrd. Euro.

Am Ausgangspunkt der Steuerreformen unter Bundesfinanzminister Eichel im Jahre 1999 betragen die Einnahmen *nur* aus Körperschaftsteuern in Deutschland 1,8 Prozent des nominellen BIP, in den USA 2,4 Prozent, in der EU-15 3,5 Prozent und in den OECD-Staaten 3,3 Prozent.^[6] Weder bei den „Kapitalgesellschaften“ noch bei den „übrigen Unternehmens- und den Vermögenseinkommen“ lassen die obigen Angaben darauf schließen, dass eine *relativ zum BIP überhöhte Besteuerung* erfolgte – im Gegenteil, sie ist offenbar zu niedrig und infolge dessen auch eine wesentliche Ursache der fortgesetzten öffentlichen Haushaltsdefizite. Das Bild wird noch klarer, sobald man den nominellen Belastungen der Kapitalgesellschaften ihre *tatsächlich* gezahlten Steuern aus Gewinnen gegenüberstellt. In Deutschland sind die Unterschiede zwischen den nominellen und den tatsächlich gezahlten Steuern auf die zahlreichen Vergünstigungen zurück zu führen, die das Steuerrecht für die Steuerpflichtigen, speziell auch bei der Körperschaftsteuer, einräumt und die sich in der steuerlichen Bemessungsgrundlage und in Sonderregelungen niederschlagen.

Erschreckend an diesem Zustand ist auch die offensichtliche Lückenhaftigkeit des deutschen Steuersystems. Nicht nur in der Presse wird mittlerweile in einfachen Schritten erklärt, wie man den Fängen des Fiskus entkommt, Unternehmensberatungen haben sich mittlerweile sogar darauf spezialisiert, immer wieder neue Schlupflöcher im Steuersystem für ihre Kunden nutzbar zu machen. Zu allem Überfluss wird auch im Ausland von staatlicher Seite (bspw. in Österreich) erklärt, wie man die Steuerzahlung in Deutschland am besten vermeidet.

Diesem Trend des „Race to the bottom“ nutzt keinem Staat, da hierdurch das Netz der öffentlichen Versorgung wie zum Beispiel Infrastruktur, Bildung oder Gesundheitsvorsorge gefährdet werden – übrigens staatliche Investitionen, die gerade den Unternehmen zugute kommen.

Wir fordern deshalb neben der Ausweitung der steuerlichen Bemessungsgrundlage den Ausbau der Gewerbesteuer durch die Einbeziehung von Freiberuflern und Selbstständigen sowie eine stärkere internationale Koordinierung der nationalen Steuersätze, vor allem auf dem Gebiet der Europäischen Union.

Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei Gewerbe- und Körperschaftsteuer ist – neben dem Ausbau der notorisch ineffektiven Besteuerung privater Kapitaleinkommen und Vermögen – eine wichtige Möglichkeit, ein deutliches Mehraufkommen für die Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Damit wird auch eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen erreicht. Für eine voreilige Diskussion über eine weitere Senkung der nominalen Steuersätze bei der Körperschaftsteuer gibt es derzeit keine Notwendigkeit. Bei der Reform der Unternehmensbesteuerung muss es um Mehreinnahmen gehen, nicht um weitere Steuergeschenke.

Die Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerflucht können grundsätzlich an zwei Punkten anknüpfen, die sich gegenseitig nicht ausschließen, sondern sinnvoll ergänzen.

Erstens sollten im Rahmen der Ermittlung des steuerlichen Gewinns die bestehenden Schlupflöcher geschlossen werden. Dazu gehört ein Verbot des Abzugs von Aufwendungen für steuerfreie Erträge, die schärfere Trennung privater/betrieblicher Sphäre, eine zeitnähere Bewertung, die Begrenzung der Verlustnutzung und die vollständige Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Zweitens sollte aufgrund der generellen Manipulationsanfälligkeit bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns vermehrt auf eine gleichmäßige Besteuerung des gesamten in Deutschland erwirtschafteten Kapitalentgelts zugegriffen werden. Dazu gehört das Entgelt für die Nutzung des Eigenkapitals (Gewinn für die Eigentümer), das Entgelt für die Nutzung des Fremdkapitals (Schuldzinszahlungen an die Kreditgeber) sowie das Entgelt für die Nutzung von Rechten und geistigem Eigentum Dritter (Zahlungen von Lizenzgebühren usw.). Zudem würde die Finanzierung der Kommunen gestärkt und verstetigt.

Eine systematische Reform der Gewinnermittlung muss international koordiniert und vereinbart werden. Die Bundesregierung sollte es zu einem wesentlichen Ziel ihrer kommenden EU-Ratspräsidentschaft machen, ihr ganzes Gewicht dafür einzusetzen, die ruinöse Steuerkonkurrenz unter den Mitgliedsländern zu beenden. Mittelfristig könnte die Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer nach dem Vorschlag des EU-Kommissars Laszlo Kovacs im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit von daran besonders interessierten EU-Ländern angegliedert werden. Kurzfristig kann und sollte der Abzug von Aufwendungen für steuerfreie Erträge umgesetzt werden.

Bei den Vorschlägen zu einer erneuten Senkung der Unternehmensbesteuerung steht die Abschaffung der Gewerbesteuer im Mittelpunkt. Die Gewerbesteuer sollte jedoch als wichtiger Eckpfeiler der Unternehmensbesteuerung nicht abgeschafft, sondern ausgebaut werden. Dazu erforderlich ist die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu einer Besteuerung aller Kapitalentgelte, also aller vom Kapital angeeigneten Teile der

vor Ort produzierten Wertschöpfung – wie bereits von der Gemeindesteuerreformkommission diskutiert. Einbezogen sollten demnach auch die Zinsen für den Einsatz von Fremdkapital und Anteile des Kapitalentgelts, die in anderen Formen aus dem Unternehmen herausfließen, wie Lizenzgebühren. Die Gewerbesteuer hat heute bereits entsprechende Elemente, so dass eine solche Reform heute schon im rein nationalen Rahmen rechtlich ohne große Probleme machbar ist. Zusätzlich sollte der Kreis der der Gewerbesteuer unterliegenden Steuerzahler erweitert werden. Dazu sollten künftig die Freiberufler und Selbständigen gehören, soweit ihr Ertrag die Freigrenzen übersteigt. Durch eine solche Reform wäre eine deutliche Stärkung und Verstärkung der Finanzausstattung der Kommunen zu erwarten. Damit würde der wichtigste öffentliche Investor gestärkt und prozyklisches Investitionsverhalten der Gemeinden verringert.

[1] BMF, Monatsbericht 1/2006, S. 37.

[2] BMF, aaO., S. 38.

[3] OECD, Factbook 2006.

[4] Schmitt-Faber 2004.

[5] Vgl. Corneo 2005.

[6] Bofinger, Wir sind besser als wir glauben, S. 142.

B7 |

PPP Modelle - mehr Staat als Privat!

Öffentlich-rechtliche Verträge, welche das Ziel verfolgen, staatliche Verantwortung in die Hand von Privaten zu legen, bedürfen gewissen Grundsätzen, die die Gemeinwohlorientierung solcher Verträge sicherstellen. Gemeint sind so genannte Public-Private-Partnership-Modelle, bei denen private Investoren Teile öffentlicher Versorgungseinrichtungen übernehmen oder neu errichten und den Staat auf diese Weise entlasten.

Damit der Staat auch tatsächlich nur entlastet, nicht aber aus seiner Verantwortung entlassen wird, muss er eine Überwachungsfunktion einnehmen, die ihm beim Abweichen von gemeinwohlorientierten Vereinbarungen, welche zwingend Bestandteil solcher Verträge sein müssen, ein Kündigungsrecht einräumt und Vertragsstrafen vorsieht.

Am Gemeinwohl orientiert sind PPP-Modelle, wenn sie die betroffenen BürgerInnen nicht stärker belasten, als es von staatlicher Seite üblich wäre und wenn dem Privaten eine Instandhaltungs- und Modernisierungspflicht zukommt, um die bestmögliche Nutzung der jeweiligen Versorgungseinrichtung zu garantieren.

PPP-Modelle sind nur dann sinnvoll, wenn geplante Projekte mit staatlichen Mitteln nicht aufgebracht werden können.

Lohnend sind derartige Vereinbarungen für Private nur dann, wenn eine Rendite in Aussicht steht. Diese wird entweder durch Beiträge bei Nutzung des jeweiligen Vertragsobjekts oder durch staatliche Zuschüsse erzielt. In jedem Fall aber sollen Gewinne erwirtschaftet werden, die dem Staat für die Zeit des Vertrags entgehen bzw. die der Staat während der Vertragslaufzeit zu zahlen hat. Deshalb ist eine Gemeinwohlorientierung nur dann anzunehmen, wenn die private Gegenleistung in angemessenem Verhältnis zur erwarteten Rendite steht. Andernfalls soll ein öffentlich-rechtlicher Vertrag auf Basis des PPP nicht möglich sein.

B9 |

Gegen Populismus! Nein zum Bürgergeld! Für einen nachhaltigen Sozialstaat!

Dieter Althaus wirbt derzeit in ganz Deutschland für „sein Modell“ des Bürgergeldes, welches darauf abzielt, den Sozialstaat komplett umzubauen. Die CDU wird dieses Modell anscheinend in ihr Grundsatzprogramm aufnehmen.

Oberflächlich betrachtet scheint dieses Modell soziale Züge aufzuweisen. Schaut man aber nur ein bisschen hinter diese Idee, entdeckt man ein selektives, marktwirtschaftliches Denken, das an die schärfsten Vertreter des Neoliberalismus erinnert.

Folgende Eckpunkte sieht dieses Modell vor:

- statt der aktuellen sozialstaatlichen Leistungen, der eine Bedarfsprüfung vorangeht, wird ein einheitliches „Bürgergeld“ ausbezahlt (ab 18 Jahre 800 Euro, bei einem Verdienst über 1.600 Euro – 400 Euro),
- alle anderen Sozialstaatlichen Leistungen werden abgeschafft,
- das Einkommensteuerrecht wird geändert (statt der aktuellen linear-progressiven Besteuerung zahlen Menschen mit einem Einkommen bis zu 1.600 Euro 50 Prozent, Menschen mit Einkommen über 1.600 Euro 25 Prozent Einkommenssteuer),
- das Gesundheitssystem wird über eine Kopfpauschale finanziert (einheitlicher Satz, auch für Kinder, von ungefähr 200 Euro).

Ähnliche Ideen gibt es auch von der PDS. Hier wird ein bedingungsloses Grundeinkommen diskutiert.

Beide Konzepte müssen über Steuern finanziert werden und die Auszahlung der Gelder geschieht unabhängig von einer Bedarfsprüfung.

Wir, die Jusos Thüringen, sprechen uns eindeutig gegen solche Modelle aus. Wir wollen, dass die Schaffung von Arbeit eine zentrale Aufgabe der Politik bleibt und Leistungen des Staates Bedürftigen zu Gute kommen. Bedürftig sind für uns Menschen, die keine Arbeit finden oder nicht mehr arbeiten können, wie zum Beispiel ältere BürgerInnen oder gesundheitlich stark angeschlagene Menschen. Wir stehen aber auch weiterhin dafür, dass nicht jede Arbeit zumutbar ist.

Wir stehen für:

- einen Mindestlohn, der über der Pfändungsfreigrenze liegt,
- eine Erhöhung der Regelsätze für das ALG 2,
- ein solidarisches Gesundheitssystem nach dem Modell der Bürgerversicherung,
- eine abgesicherte Rente.

Wir stehen für einen starken Sozialstaat!

B10 |

Gleichstellungsgesetz! Auch für die Wirtschaft!

Viele junge Frauen haben das Gefühl, gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben zu können. Schauen wir unter die Oberfläche, müssen wir feststellen, dass diese Wahrnehmung falsch ist.

Im Falle einer gleichen und selbst einer besseren Qualifizierung gelingt es Mädchen und jungen Frauen meist nicht dies auch in verbesserte Karrierechancen umzusetzen. Nachweislich sind Frauen auch bei der Entlohnung benachteiligt. Besonders schlimm sind die Lohnunterschiede in höheren Diensten also im wissenschaftlichen und unternehmerischen Bereich. Dort erhalten Frauen durchschnittlich nur 60 Prozent des Einkommens ihrer männlichen Kollegen. Ebenfalls auffällig ist die Tatsache, dass die Lohndiskriminierung v.a. im Niedriglohnbereich mit die prekärsten Ausprägungen annimmt. Doch der größte Unterschied zwischen den Gehältern liegt bei hoch qualifizierten Frauen.

Eine Studie des Familienministeriums belegt: Frauen in Deutschland haben schlechtere Karrierechancen und erhalten in der Regel deutlich weniger als Männer. Der ausgezahlte Lohn der Frauen in Deutschland stellt sich in Familien meist nur als Nebenverdienst zum Gesamteinkommen der Familie dar. Teilzeitarbeit wird überdurchschnittlich von Frauen praktiziert. In den alten Bundesländern haben 40 Prozent der Frauen eine

Teilzeitjob, während die Teilzeitquote bei Männern bei 5 Prozent liegt. 43,8 Prozent aller Frauen mit einem Teilzeitjob arbeiten weniger als 20 Stunden in der Woche. Die Erwerbstätigkeit der Frau ist also aufgrund von Minijobs und Teilzeitarbeit gestiegen.

Frauen in Führungspositionen sind nach wie vor selten anzutreffen (lediglich 10 Prozent bundesweit). Die „Babypause“ und der Erziehungsurlaub (zu über 90 Prozent von Frauen genommen), wirken sich negativ auf das berufliche Fortkommen aus.

Wir fordern daher die Einbeziehung der Privatwirtschaft in das Gleichstellungsgesetz.

Nur Versprechen nutzen nichts, wenn daraus keine Taten folgen. Unternehmen die überdurchschnittlich Frauen abweisen und nichts gegen sexuelle Diskriminierung am Arbeitsplatz tun, müssen staatlich sanktioniert werden.

Arbeitgeber müssen dazu verpflichtet werden, Männern und Frauen während der Erziehungszeit die Möglichkeit einzuräumen an Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. „Typische Frauenberufe“ dürfen nicht länger als „Nebenjobs“ gelten und entsprechend schlecht bezahlt werden.

Wir fordern die Beendigung der Ausweitung der Minijobs. Denn unser Ziel ist es Frauen und Männer in Vollbeschäftigung zu bringen und nicht mit prekären Jobs abzuspeisen. Da hier hauptsächlich Frauen betroffen sind, findet eine Geschlechterdiskriminierung statt, die die Gefahr birgt, alte Geschlechterdenkmuster wieder auferstehen zu lassen. Das wollen wir mit aller Macht verhindern.

B 1 1 |

Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik

- Antrag an den Landesparteitag der SPD Thüringen -

Der Landesparteitag möge die Unterstützung des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik durch einen Beschluss bekräftigen.

B 1 2 |

Jetzt ist Schluss!!!

Das Ladenschlussgesetz muss erneut geändert werden. Die Öffnungszeiten dürfen erst ab 6:00 Uhr und höchstens bis 19 Uhr gelten und müssen darüber hinaus sozial abgesichert werden.

Die Ausweitung Ladenschlussgesetzes auf den Sonntag lehnen wir ab.

Länger zu öffnen lohnt sich nicht, vor allem nicht für kleine Geschäfte und Spezialläden. Wenn jemand etwas kaufen will, dann kauft sie oder er gezielt. Selbst Einzelhandelsketten wie TEGUT sprechen sich gegen die verlängerten Ladenschlusszeiten aus. Schon jetzt sind Eltern die im Einzelhandel arbeiten benachteiligt, denn wenige Kindertagesstätten haben bis 20 Uhr geöffnet. Deshalb müssen gerade diese Eltern speziell (sozial) gefördert werden, zum Beispiel durch die Einrichtung von Betriebskindergärten.

B 1 3 |

RentnerInnen in den verdienten Ruhestand

Personen, die nach §§ 28 Abs. 1 Nr. 1 SGB III, 5 Abs. 4 Nr. 1 SGB VI von der Arbeitslosen- und Rentenversicherung befreit sind, weil sie das 65. Lebensjahr vollendet haben bzw. eine Vollrente wegen Alters beziehen, sollen dann weiter versicherungspflichtig sein, wenn sie eine Beschäftigung nach §§ 25 Abs. 1 S. 1 SGB III, 1 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI aufnehmen.

Die sich dadurch erhöhende Beitragszeit soll bei der Bemessung der monatlichen Rentenzahlung berücksichtigt und jährlich angepasst werden.

B 14 |

Barrierefreiheit jetzt!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine Aufnahme „der Ausstattung öffentlicher Gebäude mit barrierefreien Zugängen“ in die Liste der übertragenen Aufgaben nach § 3 ThürKO stark zu machen.

Menschen mit Behinderungen aller Art sind nach Art. 3 GG Menschen ohne Behinderungen gleichgestellt. Und das ist auch richtig. Nichtsdestotrotz erfahren Menschen mit Behinderungen alltäglich Benachteiligungen bei der Durchführung ihres Lebensalltages. Besonders Menschen, die an den Rollstuhl gefesselt sind finden sich allzu oft vor quasi verschlossenen Türen. Viele Gebäude des öffentlichen Lebens sind noch längst nicht barrierefrei gestaltet. Ein guter Grund dafür ist meist das nicht vorhandene Geld der betroffenen Einrichtungen oder Körperschaften öffentlichen Rechts. Dieser Tatsache muss entschieden entgegen gewirkt werden. Mit einer Aufnahme der Ausstattung öffentlicher Gebäude mit barrierefreien Zugängen in den § 3 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) würde der Freistaat angemessen auf die Problematik reagieren. Somit würden die Kommunen gezwungen schnellstmöglich RollstuhlfahrerInnen mit einer höheren Mobilität zu versorgen. Weiterhin wäre die Finanzverantwortung geklärt. Unter Beifügung eines zeitlichen Rahmens bis zum endgültigen Inkrafttreten (zum Beispiel 2 Jahre), könnte eine Übergangsphase geschaffen werden, in der die Kommunen kontinuierlich ihre Gebäude nachrüsten. Somit könnte auch der finanzielle Aufwand für die Umsetzung des Projekts gestaffelt werden.

Der Freistaat ist in der Verantwortung für die Durchsetzung dieses Vorhabens, da Behinderungen keine kommunalen Angelegenheiten sind oder als zu vernachlässigende Einzelphänomene auftreten. Menschen mit körperlichen Behinderungen müssen ohne Blockaden vom Gemeindehaus bis zum Landesministerium gelangen.

B 15 |

Gegen die Privatisierung des kommunalen Wohnungseigentums

In Deutschland setzt sich in jüngster Zeit immer mehr die Idee der Privatisierung kommunalen Wohnens durch. Diese Entwicklung beruht auf der schlechten finanziellen Ausstattung der Kommunen, Ursache hierfür sind die zu geringen steuerlichen Zuwendungen durch den Bund bzw. der einzelnen Länder.

Dabei wird der Nachkriegskonsens, der besagt, dass Wohnungen nicht nur reines Kapital sind, sondern auch soziales Kapital der Städte und Gemeinden, aufgekündigt.

Somit haben die Kommunen keinerlei Einfluss mehr in der Stadtentwicklung, was zu einer weiteren sozialen Entmischung der kommunalen Strukturen führt.

Eine Gemeinde wird ihre strukturellen Verschuldungen nicht durch eine einmalige große Einnahme sanieren können, eine zukunftsorientierte Finanzplanung muss sich an anderen Werten orientieren.

B17 |

Gegen die weitere Ausbeutung der „Generation Praktikum“

Praktika sollten herkömmlich dazu dienen, Personen im Rahmen ihrer Aus- oder Weiterbildung Einblicke in die Arbeitswelt zu verschaffen und sie auf diese Weise über Berufe zu informieren oder für Berufe weiter zu qualifizieren.

Dieses Ziel des Praktikums wird immer häufiger verfehlt.

So sind heute PraktikantInnen für die Unternehmen nichts weiter als billige Arbeitskräfte, so werden sie schlicht und einfach missbraucht und ausgebeutet.

Dabei besteht in bestimmten Wirtschaftszweigen ein faktischer Zwang, solche Praktika sogar nach einem Studienabschluss abzuleisten: zum einen, da dies von Unternehmen erwartet wird, zum anderen würde ohne solche Beschäftigung eine „Lücke im Lebenslauf“ entstehen, die später Unternehmen von einer Einstellung des arbeitslos gewesenen abschrecken könnte. Oftmals werden PraktikantInnen teilweise mit einer tatsächlich nicht bestehenden Aussicht auf Übernahme in ein Arbeitsverhältnis geködert.

All diese Entwicklungen haben mitunter dramatische Folgen:

1. So werden Arbeitsplätze durch Praktikumsstellen ersetzt, was eine enorme Belastung für den Arbeitsmarkt und das Sozialversicherungssystem darstellt.
2. Die PraktikantInnen müssen ihren Lebensunterhalt aus anderen Quellen als Lohn finanzieren. So müssen sie oft neben dem „Vollzeit Praktikum“ ihren Lebensunterhalt noch in „Mini – Jobs“ erwirtschaften oder Kredite aufnehmen.
3. Sie begeben sich noch in die finanzielle Abhängigkeit der Eltern, somit subventionieren die Eltern indirekt die Unternehmen, die Ihre Sprösslinge ausbeuten.

Alle Wege zur Lösung dieser Probleme müssen dabei ansetzen, den unangemessenen Einsatz von PraktikantInnen einzudämmen.

So fordern wir als Arbeitskreis Wirtschaft und Soziales der Jusos Thüringen folgende Regeln:

Für HochschulabsolventInnen, oder Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung gilt:

- Das Praktikum muss angemessen vergütet werden und dauert höchstens 4 Wochen.
- Arbeitsverhältnisse, die darüber hinausgehen, dürfen nicht mehr als Praktika geführt und müssen in zeitlich unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Durch diese Arbeitsverträge werden Tariflöhne und ArbeitnehmerInnenrechte festgeschrieben.

Für generelle Praktika und Praktika laut Studienordnung gilt:

- Personen, die eine in Studien- oder Prüfungsordnungen vorgeschriebene berufspraktische Tätigkeit verrichten, sowie zu ihrer Berufsausbildung ohne Arbeitsentgelt Beschäftigte sind; ist eine Aufwandschädigung zu zahlen, die die Höhe der Auslagen umfasst.

C

Bildung

C1 |

Lebenslanges Lernen!

1. Grundsätzliches

Bildung beginnt nicht in der Schule und hört auch nicht danach auf. Mit dem Tag unserer Geburt lernen wir. Dieser Prozess führt sich bis zum Tod fort. Doch bedeutet Bildung für die Jusos nicht das wahllose Aufsaugen aller zur Verfügung stehenden Informationen. Vielmehr soll Bildung das Leben jedes Einzelnen bereichern. Sie soll ein erfülltes Leben in freier Entfaltung ermöglichen. Ebenso muss sie die Voraussetzung für die kritische Betrachtung der Welt liefern sowie zu sozialer Verantwortung und gesellschaftlicher Teilhabe befähigen.

Als Schlüssel zum Verstehen der Welt und des eigenen Lebens ist sie somit für alle Menschen, egal welcher Herkunft, zur Verfügung zu stellen. Die persönliche Lebenssituation darf der Teilhabe an Bildung nicht entgegen stehen. Wohl situierte Menschen haben bislang die größten Chancen auf freie Bildungswahl – „Wer etwas ist, wird etwas. Wer nichts ist, wird nichts.“ Dieses Prinzip entspricht nicht unserer Vorstellung einer gerechten Gesellschaft. Die persönlichen Lebensumstände dürfen nicht über die Chancen auf freie Entfaltung entscheiden, einzig die Leistungsbereitschaft und Ehrgeiz. Daher muss dieses Grundrecht auch weniger Betuchten zur Verfügung stehen. Wir sprechen uns in besonderem Maße dafür aus, vor allem sozial schwache Menschen, Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit Behinderungen, gleich welcher Art, eine stärkere Teilhabe zu ermöglichen.

Unser Ziel ist die Schaffung von Chancengleichheit - Bildung ist ein wichtiger Schlüssel dafür.

2. Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund

Für viele Menschen ist es schwierig, MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund als gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft zu akzeptieren. Sie sehen MigrantInnen als Bedrohung ihrer eigenen Lebenssituation (Angst um den Arbeitsplatz, Gefühle von Überfremdung). Die Ursachen dafür sind vielseitig. Neben der teilweise nur schwer zu überwindenden Sprachbarriere können hier auch unterschiedliche Traditionen, Mentalitäten, mittlerweile aber leider auch wieder unterschiedliche Religionen angeführt werden. Für letzteres ist vorrangig die Kurzsichtigkeit und intellektuelle Niveaulosigkeit bestimmter Teile der deutschen Medienlandschaft verantwortlich, die sich sehr viel Mühe gegeben haben, mittels unausgewogener Berichterstattung, über eine Milliarde Muslime weltweit in die Ecke der bärtigen Bombenbastler zu stellen. Diesen Zustand falscher Einschätzungen und von „außen“ (Medien) projizierter Feindbilder zu überwinden, gilt es mit aller Entschiedenheit voranzutreiben. Dafür müssen Berührungspunkte im Alltagsleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund geschaffen werden. Die Bildung ist auch hier unumgehbarer Schlüssel. Unwissenheit schafft Vorurteile und Angst. Sich mit anderen Kulturen, Traditionen und Werten zu beschäftigen fördert das Verständnis und hilft das vermeintliche Gefühl der „Andersartigkeit“ von MigrantInnen und Einheimischen zu überwinden. Es ist notwendig, eine gemeinsame Gesellschaft aufzubauen, in der alle Menschen gleich sind. Dieser Prozess muss so früh wie möglich beginnen. Der gemeinsame Besuch von Kindergarten, Schule usw. hilft, frühzeitig Vorurteilen entgegenzuwirken (Integrationsprogramm Sandkiste). Kinder kennen keine Vorurteile und entscheiden nicht nach Hautfarbe oder Religion, mit wem sie spielen. Zusätzlich erlernen die Kinder von MigrantInnen durch den frühen Besuch von Bildungseinrichtungen, vor allem durch einen gesteigerten Kontakt zu Gleichaltrigen deutscher Herkunft, schneller die deutsche Sprache. So werden die Chancen erhöht, erfolgreich am Schulunterricht (aber auch darüber hinaus) teilzunehmen. Dieser Umstand ist von besonderer Bedeutung, da gegenwärtig Kinder von MigrantInnen bis in die 3. und 4. Generation nach der Einwanderung noch Schwierigkeiten haben, Anschluss zu finden.

Die Integration der Kinder von MigrantInnen ist nur ein Schritt, die Einbeziehung der Eltern ist ebenso von Bedeutung. Hier gilt es, neben der wohnlichen Integration (Einwanderer dürfen nicht als erstes das heruntergekommene AsylbewerberInnenheim und Nahrungsmittelmarken kennenlernen) auch die sprachliche Integration herauszuheben. Menschen, die nicht miteinander kommunizieren können, bilden auch keine sozialen Netzwerke.

Wir wollen die Bundesrepublik zu einem integrativen Staat entwickeln. Dieses Denken und Handeln beginnt bei jedem Einzelnen. Die Jusos setzen sich dafür ein, das MigrantInnen nicht als Bedrohung sondern als Bereicherung in der BRD aufgenommen werden und sich hier wohl und willkommen fühlen.

3. Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen werden in unserer Gesellschaft oftmals in die Rolle einer Randgruppe gedrängt. Sie werden auf der Straße wie Exoten angeschaut. Dies ist deklassierend und reduziert diese Menschen einzig auf ihre Behinderung. Durch diese jederzeit wiederholbare Beobachtung wird deutlich, dass hier Integrationsarbeit geleistet werden muss. Die Idee der Schaffung von Berührungspunkten von Menschen mit und ohne Behinderungen im Lebensalltag könnte hier ebenso Anwendung finden. Kontakte bauen auch hier Vorurteile ab! Allerdings werden im Falle der Behinderungen andere Überlegungen benötigt, da es auch verschiedenen Formen von Behinderungen gibt. Körperliche, geistige und seelische Behinderungen sind uns bekannt. Jede Form von Behinderung bedarf spezieller Integrationsinstrumente.

In jedem Fall müssen alle Ansätze zur Integration das Kindesalter einschließen. Dafür eignen sich die integrativen Kindergärten, in denen alle Kinder gemeinsam lernen, spielen und ihren Lebensalltag verbringen. Das frühzeitige Entgegenen von Vorurteilen erhält hierbei eine besondere Bedeutung. Alle Formen der Behinderung können dabei integriert werden. Ein therapeutisches Rahmenprogramm ermöglicht die gezielte Förderung von Kindern mit Behinderungen und kann auch Entwicklungsdefizite frühzeitig abbauen und die Chance auf ein erfolgreiches Bestehen im nachfolgenden Leben erhöhen. Unser Ziel ist die Abschaffung des Sonderstatus einer „integrativen Kindertagesstätte“. Derzeit bieten nur wenige Kindertagesstätten integrative Gruppen an - das muss sich ändern. Jede Einrichtung hat das Potenzial, Kinder mit Behinderungen aufzunehmen und zu fördern. Mobile Frühförderstellen sorgen bereits heute in den bestehenden Einrichtungen für die Rahmenbetreuung. Diesen Sektor gilt es auszubauen.

Im schulfähigen Alter beginnen erste Schwierigkeiten zur kompletten Integration. Bei Kindern mit körperlicher oder seelischer Behinderung ist das kein Problem. Auch hier gibt es Schulen, die integrative Ausbildung ermöglichen und zum Beispiel im Falle seelischer Behinderung mit entsprechenden Spezialistentteams zur behinderungsspezifischen Betreuung in der Lage sind. Diesen Weg muss fortgesetzt und ausgebaut werden! Für Kinder mit geistigen Behinderungen ist dieser Weg derzeit nicht so einfach zu gehen. Es gilt, ihnen im Rahmen ihrer Möglichkeiten, die bestmögliche Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten zu ermöglichen.

Wir haben hierzu das Projekt „Soziale Schule entwickelt“. Hier lernen alle Kinder an einem Schulgebäude. Wenn Kinder von Anfang an zusammen lernen, gibt es keine „unnormalen“ Menschen mehr. Unterrichtsfächer wie Kunst, Musik oder Sport werden gemeinsam mit geistig behinderten Kindern absolviert. Neben der grundsätzlich notwendigen individuellen Förderung kann im Fall besonders ausgeprägter Talente in bestimmten Themengebieten auch der gemeinsame Besuch von Lehrveranstaltungen in den entsprechenden Fächern stattfinden.

Förder- und Sonderschulen nach den derzeitigen Modellen müssen abgeschafft werden.

4. Kindertagesstätten

Die Aufgabe der Kindertagesstätten ist es, die Kinder schon früh zu fordern und zu fördern. Die frühkindliche Bildung muss ausgebaut werden. Kita´s müssen besser auf die Schule vorbereiten, damit die Kinder einen fließenden Übergang zur Schule haben. Sie müssen gemeinsam mit den Eltern auf die Kinder eingehen, deren Fähigkeiten ausbauen und Begabungen erkennen. Für Kinder ist es wichtig, in einen Kindergarten gehen zu können, denn dort knüpfen sie schon früh soziale Kontakte, die für die Entfaltung wichtig sind.

Die Landesregierung will über eine so genannte „Familienoffensive“ auch finanzielle Neureglungen für die Tagesstätten verankern. Zum heutigen Zeitpunkt ist es so, dass jeder Kindergarten pro Gruppe eine bestimmte finanzielle Unterstützung vom Land bekommt. Dies soll sich ändern: In der „Familienoffensive“ soll geregelt werden, dass nicht mehr gruppenweise das Geld in die Kindertagesstätten fließt, sondern das Land pro Kind einen bestimmten Betrag zahlt. Die Eltern würden monatlich 150 Euro pro Kind bekommen und könnten dann selbst entscheiden, wie und von wem ihr Kind betreut wird. Sie können es entweder in die Kindertagesstätte schicken, eine Tagesmutter engagieren oder das Kind bleibt zu Hause und die Eltern kümmern sich selbst um das Kind und können die 150 Euro behalten. Darin sehen wir ein Problem: Sozial schwache werden das Geld für sich behalten und ihre Kinder selbständig zu Hause betreuen. Die Kinder haben nicht die Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen und einen guten Einstieg für die Schule zu erlangen. Die Kinder im häuslichen Umfeld zu behalten muss nicht zwangsläufig zum Nachteil für das Kind werden, wenn die Eltern auf das Kind eingehen und sich ausreichend mit ihm beschäftigen. Es ist nur problematisch, wenn das Kind den ganzen Tag auf sich allein gestellt ist und sich allein beschäftigen muss. Die Fähigkeit, zielgerichtet zu lernen, muss bereits vor dem Schuleintritt vorhanden sein. Eine Nichterlangung dieser Kompetenz benachteiligt SchülerInnen gerade während der ersten Schuljahre.

In Erweiterung der bestehenden Schulpflicht müssen alle Kinder die Möglichkeit und die Verpflichtung zum Kindertagesstättenbesuch haben. Mit der Kita-Pflicht werden schon früh Bildungschancen von sozial Benachteiligten verbessert. Ungleichheiten aufgrund sozialer und kultureller Unterschiede können durch einen frühen Einstieg in das Bildungssystem abgebaut werden. Daher müssen Kindertagesstätten flächendeckend und gebührenfrei zur Verfügung stehen.

5. Schule

Das heutige dreigliedrige Bildungssystem hat in den letzten Jahren gezeigt, dass es nicht mehr die Aufgabe erfüllt, die ein Bildungssystem erfüllen sollte. Es ist vom ersten Punkt an zu selektiv. Die erste Selektion geschieht in der Grundschule nach der vierten Klasse. Zu diesem Zeitpunkt wird entschieden, ob der Schüler oder die Schülerin auf das Gymnasium geht oder in die Regelschule. In der Regelschule kommt es nach der sechsten Klasse noch einmal zu einer Entscheidung - ob der Schüler oder die Schülerin ab jetzt den Weg des Gymnasiums, der Realschule oder den der Hauptschule begleitet. Der Weg zum Gymnasium ist dabei aber äußerst unwahrscheinlich.

Eine Problemlage wird deutlich, wenn man sich die Lebensabschnitte betrachtet, in denen derartig weitreichende Entscheidungen über den Bildungsweg getroffen werden - das erste Mal, wenn das Kind 10 oder 11 Jahre alt ist und das zweite Mal, wenn es im Alter von 12 oder 13 Jahren ist. Die SchülerInnen werden in der Regel zwar von ihren Eltern gefragt, was sie möchten, aber entscheiden werden es die Eltern. Dies liegt zum einen daran, dass das Kind gar nicht weiß, was diese Entscheidungen für sein restliches Leben bedeuten und zum anderen, dass die Eltern meist schon einen Weg für das Kind vorgesehen haben.

Genauso wie die Möglichkeit besteht von der Grund- bzw. Regelschule auf das Gymnasium zu wechseln, besteht aber auch die Möglichkeit vom Gymnasium auf die Realschule bzw. von der Realschule in die Hauptschule „abgeschult“ zu werden. Dieser Weg ist falsch. Die SchülerInnen müssen integriert und unterstützt, nicht demotiviert werden. Diese „Abschulung“ wirkt wie eine Strafe dafür, dass der Schüler oder die Schülerin nicht in jedem Moment das Leistungsniveau erreicht hat.

Diese Selektion zeigt auf, dass es am Ende drei verschiedene Bildungsniveaus gibt.

Gymnasiasten stehen nach dem Abitur alle Wege offen, sich selbst zu verwirklichen. Mit dem Abitur kann man frei entscheiden, ob man ein Studium oder eine Berufsausbildung absolvieren möchte. Mit einem Realschulabschluss kann man ein Abitur oder Fachabitur anstreben oder den Weg der Berufsausbildung gehen. Die schwierigsten Voraussetzungen haben SchülerInnen nach dem Besuch der Hauptschulen. Sie werden oftmals von RealschülerInnen und GymnasiastInnen in der Suche nach einem Ausbildungsplatz verdrängt. Davon betroffen sind meist MigrantInnen und Menschen mit sozial schwachem familiärem Hintergrund. Die HauptschülerInnen haben nach dem Abschluss nur geringe Perspektiven und oft bleibt nur die Möglichkeit des Besuchs eines Berufsvorbereitungsjahres, um Anschluss zu halten.

Unser Ziel ist es, alle mitzunehmen und ihnen den bestmöglichen Start in die Berufswelt zu ermöglichen. Niemand darf auf Grund seiner Herkunft oder seines sozialen Standes benachteiligt werden. Daher fordern wir die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.

Wir setzen uns für ein gerechtes und soziales Bildungssystem ein. Oberstes Ziel dabei ist, dass Bildung gebührenfrei ist, die Abschaffung der Lehrmittelleihgebühren ist daher unumstritten.

6. Berufsausbildung

Wenn sich die SchülerInnen dafür entschieden haben, eine Berufsausbildung anzustreben, haben sie mehrere Möglichkeiten.

Während einer betrieblichen Ausbildung werden die Auszubildenden in einem Betrieb angestellt. Dort können sie die theoretischen Kenntnisse aus der begleitenden Berufsschulbildung mit praktischen Erfahrungen ergänzen. Dieser Ausbildungstyp dauert im Durchschnitt drei Jahre und wird mit Lehrgeld vergütet.

In der schulischen Berufsausbildung werden die SchülerInnen hauptsächlich theoretisch unterrichtet und können einmal im Jahr über einen bestimmte Zeitraum ein Praktikum in einem für diesen Beruf typischen Betrieb absolvieren. Diese Ausbildung dauert zwei Jahre und das Lehrgeld bleibt aus.

In einer überbetrieblichen Ausbildung, bei der die Lehrlingsvergütung sowie die Auslagen für die notwendigen Materialien von der Bundesagentur für Arbeit übernommen werden, lernen die SchülerInnen in einer Berufsschule und in einem von der Agentur für Arbeit unterstützten Bildungszentrum werden praktische Fähigkeiten vermittelt. Mehrmals im Jahr machen sie in einem für dieses Berufsfeld typischen Betrieb ein Praktikum. Die Dauer dieser Ausbildung beträgt ebenfalls im Durchschnitt drei Jahre.

Die Möglichkeit einer Ausbildung an einer Privatschule ist mit Kosten für den Besuch verbunden. Die Unterstützung der SchülerInnen vom Staat hängt vom Einkommen der Eltern ab. Wie diese Ausbildung abläuft, entscheidet die Privatschule im Rahmen der Vorschriften selbst.

Um den beruflichen Bildungsweg einzuschlagen reicht ein Haupt- oder Realschulabschluss aber auch AbiturientInnen schlagen diesen Weg häufig ein, da die finanzielle Freiheit und die daraus resultierende schnellere Teilhabe am Arbeitsleben Anreize sind.

Wir stecken in einen Prozess zum Übergang von einer Industriegesellschaft zu einer Wissensgesellschaft. Dies bedeutet eine radikale Änderungen der Produktionsweise und Flexibilisierungsanforderungen an den Einzelnen. Dafür wird aber eine strukturelle Änderung der beruflichen Ausbildung benötigt. Die heutige Gesellschaft ist Leistungs- und Wettbewerbsorientiert, dies bringt uns zu der Frage, ob diese Ungleichheit hervorruft oder notwendig für die Leistungssteigerung ist: Es ist eine Ungleichheit, wenn man das heutige System für die Berufsausbildung anschaut.

Der Ausbildungspakt greift nicht. Die Anzahl die Ausbildungsplätze ist nicht ausreichend, genauso wenig ausreichend ist die Qualität der erworbenen Ausbildungsplätze. Dieses Problem bedeutet eine „Warteschleife“ für Jugendliche, und das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze wird nicht gelöst, sondern ins nächste Ausbildungsjahr verlagert. Daher fordern die Jusos die Umlagefinanzierung. Viele Betriebe bilden noch nicht genügend Jugendliche entsprechend ihrer Größe aus. Das muss sich ändern. Die Betriebe müssen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Jugendliche dürfen nicht die Leittragenden der Wirtschaft sein. Wenn Betriebe nicht genügend Lehrlinge ausbilden, obwohl sie es könnten und auch sollten, müssen sie einen bestimmten Betrag, entsprechend ihrer Größe, an den Staat zahlen, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, eine überbetriebliche Ausbildung machen zu können, die durch das Geld dafür bereitgestellt wird.

7. Hochschule / Hochschulausbildung

Die Voraussetzung für den Weg einer Hochschulausbildung besteht darin, den gymnasialen Weg zu bestreiten, um am Ende zur so genannten „Elite“ zu gehören. Mit einem Hochschulabschluss ist man in der Lage, zur „Führungsriege“ zu gehören, was bei der beruflichen Bildung schwerer zu erreichen ist.

Das, was in der Schule begonnen hat, geht an der Hochschule weiter – Selektivität. Das größte Problem besteht darin, dass das Studium oft vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Viele Familien haben das Geld nicht, und daher überlegen viele SchülerInnen, ob sie studieren oder nicht. Viele SchülerInnen, die die geforderten Leistungen erbringen, werden so an der Entfaltung ihrer Fähigkeiten gehindert. Dies hat eine Polarisierung der Gesellschaft zur Folge.

StudentInnen brauchen Geld, um ihren täglichen Bedarf zu decken, vor allem wenn sie in eine andere Stadt gezogen sind, um zu studieren. Volljährig Lernende sollten wie Erwachsene behandelt werden, das heißt vollständig und unabhängig von ihren Eltern, auch was den Geldbeutel betrifft. Es gibt die Möglichkeit des elternunabhängigen Bafögs - diese sollte für alle volljährigen StudentInnen zur Verfügung stehen.

Aber nicht nur in diesem Punkt ist Geld dafür verantwortlich, dass viele junge, fähige Menschen nicht studieren, sondern auch die Erhebung von Studiengebühren. Die Jusos sprechen sich daher gegen Studiengebühren im gesamten Bundesgebiet aus und setzen sich dafür ein, dass es in Thüringen keine Studiengebühren geben wird.

Menschen, die aus dem Berufsbildungsbereich kommen, sollte ermöglicht werden, ein Hochschulstudium zu absolvieren. Die Fähigkeiten, die ein Mensch während der Berufsausbildung erworben hat, sollten ihm eine reguläre, gleichwertige und fachgebundene Hochschulberechtigung genehmigen: „Alle müssen können dürfen!“

Die Jusos sprechen sich für die Abschaffung von Elitenförderung aus. Jeder muss dieselbe Möglichkeit haben, sein Können unter Beweis zu stellen.

Ein sehr gutes Abitur sagt noch nichts über die Begabung eines Schülers / einer Schülerin aus, genauso wenig, wie ein schlechtes Abitur etwas über das „Nichtkönnen“ aussagt. Im Studium geht es um die Zukunft jedes Einzelnen und alle müssen gleich gefordert und gefördert werden, um das Bestmögliche aus sich herauszuholen.

8. Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen ist wichtig. Es beginnt in der Kindertagesstätte, geht in der Schule weiter, und setzt sich in der Ausbildung, dem Studium sowie dem Beruf fort. Diese Bildung ist für die Selbstverwirklichung wichtig aber längst nicht ausreichend.

Wichtig ist ein breites Bildungsangebot, welches Volkshochschulen und andere Weiterbildungsmaßnahmen mit einbezieht. Nur weil wir unseren Beruf gelernt haben, heißt das nicht, dass nun der Lernprozess aufhört. Zur beruflichen Entwicklung gehören auch Weiterbildungen, um immer auf dem aktuellen Stand zu bleiben und nicht zu stagnieren.

Volkshochschulkurse sind wichtig für die persönliche Weiterentwicklung. Volkshochschulen geben uns die Möglichkeit, eigene Interessen auszubauen, zum Beispiel durch das Erlernen von Sprachen. Sie geben auch die Möglichkeit, die beruflichen Karrieremöglichkeiten zu verbessern und Voraussetzungen für weitere Bildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Niemand sollte aufhören zu lernen, alle müssen die Möglichkeit haben, jedes Ziel zu erreichen, egal wann dieses Ziel entsteht oder wie schwer es ist, dieses zu erreichen.

C4 |

Demokratisches Grundverständnis schaffen! Mehr politische Bildung von Jugendlichen! Jetzt!

Antrag an die SPD Fraktion im Thüringer Landtag

Die Landtagsfraktion der SPD im Thüringer Landtag fordert die Einführung von regelmäßigen „Planspiel-Wahlen“ an Thüringer Schulen. Diese sind fest im Lehrplan für das Fach Sozialkunde

eingebunden und werden mit dem Beginn des Sozialkundeunterrichts bis zur Beendigung der Schullaufbahn durchgeführt. Des Weiteren fordert die Landtagsfraktion der SPD den Beginn des Sozialkundeunterrichts an Gymnasien bereits im siebten Schuljahr anzusetzen.

C6 |

Gegen Frust und Stress! Mehr Sozialpädagogen an Thüringer Schulen

Die Landtagsfraktion der SPD im Thüringer Landtag wird aufgefordert, sich für die flächendeckende Einführung und Finanzierung von Sozialpädagoginnen an allen Thüringer Schulen einzusetzen. Diese sollen VertrauenslehrerInnen ersetzen und so ein wahres Vertrauensverhältnis schaffen. Die SozialpädagogInnen übernehmen die soziale und psychosoziale Betreuung außerhalb des regulären Unterrichts.

C7 |

Gewicht des Wissens

Die Schule ist verpflichtet, eine schülergerechte Möglichkeit zu finden, den Grundschülerinnen und Grundschulern die kostenlose Aufbewahrung ihrer Schulbücher und Arbeitsmaterialien zu ermöglichen. Geeignete Aufbewahrungsmöglichkeiten sind festzustellen - dies kann zum Beispiel durch Einsammlung eines Lehrers erfolgen.

C8 |

Durchführung eines Betriebspraktikums in der Oberstufe

Die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag wird aufgefordert, sich für die Einführung einer Orientierungszeit während der neunten und zehnten Klasse am Gymnasium stark zu machen.

C9 |

Förderung der Ausbildung in der englischen Sprache

Die Jusos Thüringen setzen sich beim Kultusministerium und der Thüringer Landtagsfraktion der SPD für folgende Punkte ein:

- Englisch muss mindestens auf Grundfachniveau in der 11. und 12. Klasse der Sekundarstufe II belegt werden, ähnlich dem Deutsch-, Mathematik- oder Geschichtsunterricht.
- Des Weiteren ist an Gymnasien und an Regelschulen der Besuch bilingual abgehaltener Nebenfächer (geeignet wären u. a. Sozialkunde, Musik und Geographie) verpflichtend einzuführen.
- Das Beherrschen des Englischen sollte als Grundqualifikation für den Haupt-, Real- und Gymnasialschulabschluss eingeführt werden.
- An Universitäten sollte eine Mindestanzahl zu besuchender Seminare, die in Englisch gehalten werden, festgelegt werden.
- An Berufsschulen und vergleichbaren Einrichtungen sollte Englisch entweder als bilinguales Fach oder als direktes Unterrichtsfach verpflichtend unterrichtet werden.

C11 |

Beitritt zum Aktionsbündnis gegen Studiengebühren

Die Jusos Thüringen unterzeichnen den „Krefelder Aufruf“ und treten damit dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) bei.

C12 |

Demokratische und sozial gerechte Hochschulbildung

Die Jusos Thüringen sprechen sich für demokratische und sozial gerechte Hochschulstrukturen sowie eine verbesserte Hochschulfinanzierung aus und fordern in diesem Sinne die SPD-Fraktion im Landtag auf, den CDU-Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes abzulehnen. Darüberhinaus fordern wir von der gesamten SPD die Eröffnung einer offenen Debatte über die künftige Gestaltung des Hochschulwesens in Deutschland, die nicht von den Prärogativen marktradikaler sog. Think Tanks überformt und überlagert wird.

Soziale Gerechtigkeit im Hochschulzugang

Bildung ist die einzige Chance für Menschen aus sozial und finanziell schlechter gestellten Schichten eine finanziell besser gestellte Berufslaufbahn einzuschlagen und an den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Gemeinwesens zu partizipieren. Darum muss es ein Eckpfeiler gerechter Politik sein, im Bildungsbereich Chancengleichheit anzustreben und zu verwirklichen. Deswegen muss die staatliche Bildungsfinanzierung ausgebaut werden, um Jedem mit entsprechender Befähigung ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Daneben muss ein umfangreiches und ausgewogenes Förderungsprogramm sozial schlechter Gestellter aufgebaut werden, um schrittweise die von der OECD und der UN nachgewiesene soziale Selektivität des deutschen Bildungssystem zu überwinden. Die Jusos Thüringen sprechen sich für einen finanziellen Ausbau des BAföGs und eine Erweiterung des förderungsfähigen Personenkreises aus.

Allgemeine Studiengebühren, welche derzeit überall diskutiert und in vielen Bundesländern kurz vor der Einführung stehen, verstärken die soziale Selektivität des Bildungssystem. Weder die zahlenmäßig einem nur sehr geringen gesellschaftlichen Kreis offenstehenden Stipendiensysteme, wie sie Carsten Schneider vorgeschlagen hat, können dem gegensteuern, noch können dies die privat und von den KfW-Banken angebotenen Bildungskredite, denn diese würden auf sozial schlechter Gestellte nur den Abschreckungseffekt einer Überschuldung verüben.

Die Jusos Thüringen erklären sich mit den Studierenden dieser betroffenen Länder solidarisch und versprechen diesen ihren Beistand im Kampf gegen Studiengebühren an.

Der Entwurf eines neuen Thüringer Hochschulgesetzes sieht die Abschaffung der allgemeinen Gebührenfreiheit vor. Über ein begleitendes Gesetz, das Hochschulgebühren und -entgeltgesetz sollen Verwaltungsgebühren, Prüfungsgebühren und Gebühren für fakultative Lehrangebote eingeführt werden. Insbesondere die Verwaltungsgebühren in einer Höhe von 50 Euro erhöhen den Semesterbeitrag immens. An der Uni Jena bspw. würde dies auf einen Beitrag von 160 Euro hinauslaufen. Damit würde man sich deutschlandweit in der Spitzengruppe der Semesterbeiträge bewegen. Auch der Semesterbeitrag stellt eine soziale Schranke im Bildungssystem dar. Die Jusos Thüringen lehnen konsequent jede Verschärfung der sozialen Selektion im Bildungssystem ab.

Die Vielzahl neuer Gebühren sind nichts anderes als Studiengebühren. Diese lassen den Studierenden gegenüber den Hochschulen nach dem Marktprinzip als Kunden auftreten. Der Gesetzesentwurf macht allgemeine Studiengebühren bereits möglich. Die Jusos Thüringen akzeptieren auf gar keinen Fall die Einführung von allgemeinen Studiengebühren.

Demokratisch verfasste Hochschulen

Wissenschaft besteht aus sich ständig verändernden Prozessen, deren Zielrichtung nicht endgültig absehbar ist. Diese stark variablen und flexiblen Prozesse sind von der Teilhabe mehrerer Individuen bestimmt. Wissenschaft die an der Hochschule betrieben wird, ist selbstverständlich ein genauso vielgesichtig gestalteter Prozess. Dieser wird von den Professoren, den Mitarbeitern und den Studierenden betrieben. Weder in der Lehre noch in der Forschung fehlt der Beitrag dieser Gruppen. Dazu besteht eine grundsätzliche Mobilität der Individuen innerhalb der Gruppenzugehörigkeit. Das Zusammenspiel der Gruppen wird selbst zum Wissenschaftsbestandteil. Ein numerisch zu bestimmender Beitrag der einzelnen Gruppen kann aufgrund der enormen Variabilität, Flexibilität und Mobilität dieser Prozesse nicht ermittelt werden.

Dennoch werden den Gruppen in den Hochschulgremien ein Wertigkeit durch ungleiche Verteilung der Sitze an die Vertreter der Gruppen zugewiesen. So besitzen die Professoren in den Gremien, welche den Inhalt der Lehre tangieren ein bis zwei Sitze mehr als die anderen Gruppen. Damit wird nicht nur einer Wissenschaftsgruppe, sondern auch einer sozialen Gruppe eine zahlenmäßig stärkere Vertretung eingeräumt. Diese für die Gruppen der Mitarbeiter und Studierenden nachteilige Situation wurde durch ein Urteil des Bundesverfassungsgericht im Jahre 1973, dass in der paritätischen Besetzung der Gremien einen Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit sah, dauerhaft etabliert. Jedoch wurde jenes Urteil von den Professoren als Freifahrtschein missbraucht sich auch die strukturellen Mehrheiten in den nicht die Lehre tangierenden Gremien zu sichern.

Die Jusos Thüringen fordern demokratisch verfasste Gruppenhochschulen. Dazu gehört die paritätische Besetzung des Hochschulorgans, welches die Grundordnung erlässt. Ein erweiterter Senat dem Studierende, Mitarbeiter und Professoren wie in dem schleswig-holsteinischen Konsistoriumsmodell zu gleichen Teilen angehören. In den die Lehre tangierenden Gremien, soll das Berliner Wahlmodell angewandt werden. Nach diesem Modell wird der größte Anteil der Sitze des Gremiums, bspw. des Senats oder des Fakultätsrats paritätisch verteilt. Die, dem strukturellen Professorenüberschuss geschuldeten Sitze werden mit einer Wahl dieser überschüssigen professoralen Kandidaten durch die Gruppe der Mitarbeiter und die Studierenden besetzt. Die Hochschulleitung soll anstatt einer zentralen Spitze, in Zukunft durch ein mit allen Mitgliedsgruppen paritätisch besetztes Leitungsgremium ersetzt werden. Dazu gehören selbstverständlich auch studentische Mitglieder.

Es ist undenkbar, dass in einer demokratischen Gesellschaft die künftigen Spitzen der Gesellschaft während ihres Hochschulstudiums einer Bevormundung ausgesetzt sind. Man kann hierbei nur von einem gesellschaftlichen Teilbereich sprechen, welcher einem Demokratiedefizit unterliegt.

Darüberhinaus gehört es zur Demokratisierung der Hochschulen, dass der Einfluss des Kultusministeriums durch diverse Genehmigungsvorbehalte zurückgedrängt wird. In Zukunft sollen die Gremien der Hochschulen die Politik der Hochschulen bestimmen. Hier darf das Kultusministerium nicht länger als Kontrollbehörde fungieren. Bildung ist ein selbstständiger Prozess, der nur durch die Teilnehmer bestimmt wird. Externe Einflussnahme bedarf der kritischen Würdigung und Einbeziehung durch die Teilnehmer. Einzig und allein die Finanzierung der Bildung kann und darf den regelmäßigen externen und steuernden Input darstellen. Wobei dieser durch umfangreiche Finanzierung und eben keine Finanzierung a`la Gängelband, begrenzt sein muss.

Der Entwurf der Landesregierung für ein neues Hochschulgesetz baut die derzeit ansatzmäßigen demokratische Strukturen an den Hochschulen ab um ein schnelleres Agieren der Hochschulen auf dem Markt zu gewährleisten.

Über einen größtenteils extern zusammengesetzten Hochschulrat wird die Partizipation der Hochschulmitglieder unterlaufen und durch eine Fremdbestimmung ersetzt. Desweiteren sieht Gesetzesentwurf eine präsidiale Verfassung für die Hochschulen vor. Durch diese Umstrukturierung werden viele Kompetenzen in die Hände einer Einzelperson, den Präsidenten gelegt. Dieser kann nahezu autark innerhalb seiner Kompetenzfelder agieren. So entscheidet er de facto allein über die Neubesetzung von Lehrstühlen und die Ausgestaltung einer Gebührenordnung.

Durch das Zusammenspiel eines externen Hochschulrat und einem mächtigen Präsidenten wird die traditionelle Mitgliedervertretung, der Senat als ansatzmäßige demokratische Vertretung ausgehebelt. Damit beendet die CDU – Landesregierung nicht nur die klassische mitgliedschaftliche Verfassung der Hochschulen, sondern opfert ein Stück Demokratie den Erfordernissen des Marktes. Eine solche Gesetzgebungspraxis lässt darauf schließen, dass die CDU auch bereit ist die Demokratie in anderen Teilbereichen der Gesellschaft für die Erfordernisse des freien Marktes, beiseite zu schaffen.

Die Jusos Thüringen fordern hingegen Demokratie und Autonomie der Hochschulen durch einen Ausbau der Mitbestimmung der Mitglieder an den Fachhochschulen und Universitäten. Wir sind nicht bereit in irgendeinem Teil der Gesellschaft Demokratie als Organisationsform oder politische Zielvorstellung, aufzugeben. Derartige „gesellschaftspolitischen Verbesserungsvorschläge“ von Personenkreisen, welche sich der neoliberalen Marktdoktrin angeschlossen haben, sind absolut abzulehnen.

Stärkere Investitionen in Hochschulen

Ein häufiges Argument für Studiengebühren ist der Hinweis auf die die drastische Unterfinanzierung der Hochschulen. Dabei ist der Grund offenbar, es wird ein Notstand geschaffen, der nicht unbedingt nötig ist. Ein beständig nach unten herabgesetzter Posten im Haushaltsplan des Landes, darf naturgemäß keine Verbesserung der Ausstattung der Hochschulen und der Qualität der Lehre erwarten lassen. Bildung ist keine Ware, dennoch ist sie ein Gut mit unglaublich ökonomischen Nutzen. Verglichen mit anderen Gütern, bedarf es nur äußerst geringer Investitionen in Bildung um deren ökonomischen Nutzen zu ziehen. In Anbetracht dieser Tatsache ist es befremdend, dass andere Haushaltsposten wie etwa die Finanzierung der Bundeswehr eine höhere Aufmerksamkeit genießen oder der Staat ständig Steuern senkt und anschließend im Bildungsbereich kürzt, obwohl eine verstärkte Anlage in die Bildung eine Vielzahl neuer Steuerquellen in Einkommen-, Körperschafts- und Gewerbesteuern verspricht. Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Gut und damit eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Deswegen müssen Bund und Länder Bildung auch gemeinsam finanzieren.

Die Landesregierung plant die seit dem Hochschulpakt von 2002 praktizierten Leistungs-, Ziel- und Rahmenvereinbarungen in Gesetzesform zu etablieren. Über diese Finanzierungsinstrumente werden die Hochschulen bemessen nach ihrer "Leistung" in der Quantität ihrer Spitzenforschungsleistungen, Absolventen und Promotionen finanziert.

Ein Aufstockung der Finanzmittel für die Hochschulen ist weiterhin nicht geplant. Stattdessen steht zu befürchten, dass diese Steuerungsinstrumente zur Legitimation einer chronischen Unterfinanzierung missbraucht werden.

Daneben muss kritisch bemerkt werden, dass Wissenschaft niemals ein Prozess sein kann, dessen Ergebnis vorausgesehen werden kann. Man kann in diesem Feld nicht mittels einer Planwirtschaft irgendwelche Wunschergebnisse einfordern. Die höchste Chance auf wissenschaftlich und auch wirtschaftlich gut verwertbare Ergebnisse hat man nur durch eine umfangreiche Finanzierung.

Die Jusos Thüringen fordern höhere Ausgaben für Bildung von staatlicher Seite.

Daneben fordern die Jusos Thüringen. für eine wissenschaftsgerechte, effiziente und demokratische Finanzierung die Aufstellung echter und umfangreicher Globalhaushalte. (die bisherigen Globalhaushalte neben dem Landeshochschulplan, haben sich v.a. durch geringe Betragsgrößen ausgezeichnet) Diese Haushalte sollen den Landeshochschulplan ganz ersetzen. So wird das den offenen Prozessen der Wissenschaft am stärksten entsprechende Finanzierungsmodell verwirklicht. Desweiteren stärkt ein solches Modell die Demokratie der Hochschule und ihre äußere Autonomie.

Abschluss

Die Jusos Thüringen lehnen den Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes durch die Landesregierung kategorisch als wissenschaftsfeindlich, sozial ungerecht und undemokratisch ab. Stattdessen machen die Jusos Thüringen ihre eigenen Vorschläge für eine fortschrittliche, sozial gerechte, demokratische und sich

durch ausreichende öffentliche Investitionen auszeichnende Hochschulgesetzgebung. Wir werden unsere Standpunkte in eine offene gesellschaftliche Debatte über Bildungspolitik einbringen. Derzeit fordern wir die Fraktion der SPD im Landtag, insbesondere ihren AK „Hochschulgesetznovellierung“ auf, unsere Standpunkte zu übernehmen.

C13 |

Studierende und die Kommunen – Mehr Demokratie durch Studierendenbeiräte

Die Jusos Thüringen sprechen sich für die Einrichtung von Studierendenbeiräten an allen Universitätstandorten in Thüringen aus.

Gerade junge Menschen wie Studierende haben es schwer, aufgrund des weit verbreiteten Vorurteils, dass es ihnen an Erfahrung mangle, die WählerInnengunst zu erwerben und in die Stadträte zu gelangen. Abgesehen davon, dass es sich hierbei um eine politische Fehleinschätzung handelt, denn nur junge Menschen können alte und verkrustete Strukturen aufbrechen, führt dies zur Unterrepräsentation studentischer Interessen.

Studierendenbeiräte sollen diesem Missstand abhelfen und die Interessen Studierender gegenüber den Stadträten und den Stadtverwaltungen vertreten. Aber selbstverständlich sollen sie das Rathaus in studentischen Belangen auch beraten. Somit können die verantwortlichen KommunalpolitikerInnen an Hochschulstandorten auch von sich aus auf den Studierendenbeirat zurückgreifen. Damit wird den Mandatsträgern ein ständiger Kontakt zur Basis ermöglicht.

Denn gerade an Hochschulstandorten ist ein großer Teil der Einwohner der Bevölkerungsgruppe der Studierenden zuzuordnen.

Schon lange gibt es einen Studierendenbeirat in Ilmenau. Dort haben sowohl Studierende als auch der Stadtrat mit dem Beirat eine gute Erfahrung gemacht. Auch in Jena wurde die Einführung eines Studierendenbeirates bereits beschlossen.

Studierendenbeiräte erhöhen die Motivation Studierender ihre kommunalpolitischen Interessen wahrzunehmen. Es gibt ihnen die Möglichkeit sich außerhalb der per Wahl schwer zu erreichenden Stadträte für andere Studierende und die Stadt zu engagieren.

Zuletzt sind Studierendenbeiräte auch ein Beitrag zur Basisdemokratie und ermöglichen Studierenden auch ohne Parteibuch ein politisches Engagement.

Für eine junge Basisdemokratie – die Jusos Thüringen fordern Studierendenbeiräte.

C15 |

Befreiung von der GEZ-Pflicht für StudentInnen

Alle Studierenden und Auszubildenden sollten in Zukunft von der GEZ-Pflicht befreit werden.

C17 |

Nazis wegbeamern

Die vom Freistaat Thüringen nicht genutzten Solidarpakt II Mittel des Bundes soll der Freistaat Thüringen in die Forschung stecken. Hauptziel der Forschung soll die Weiterentwicklung des Beamens sein. Aufgrund der geringe Sachkenntnis und Nebenwirkungen des Beamens werden die Mitglieder der Freien Kameradschaften, Führungskader der NPD Thüringen und sonstige Menschen die rechtsextrêmes, antisemitisches, rassistisches und chauvinistisches Gedankengut verbreiten und aus dem Gebiet des Freistaates Thüringens kommen, gebeten, sich als Versuchspersonen zu melden. Ziel soll es sein, der Landesregierung einen sinnvollen und sparsamen Weg zu zeigen, um das Problem des Rechtsextrémismus in Thüringen zu bekämpfen.

D

Bevölkerungsentwicklung, Verkehr, Umwelt

D1 |

Lebensqualität und Mobilität für Alle!

Thüringen muss voranschreiten! Nichtsdestotrotz stehen dem Freistaat große Probleme im Wege, deren Herausforderung er annehmen und meistern muss. Neben der sich beschleunigenden Abwanderung schlägt auch der demographische Wandel immer stärker zu Buche. Dennoch muss es Thüringen gelingen Gestaltungsspielräume zu schaffen. Das vorliegende Papier beschäftigt sich dabei mit den Themen Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Die Überschrift „Lebensqualität und Mobilität für Alle!“ ist zugleich die Devise. Lebensqualität zu fördern ist ein Ansatzpunkt der Bevölkerungsentwicklung zu begegnen – Mobilität der Weg trotz schrumpfender finanzieller Spielräume ein hohes Maß an sozialen und kulturellen Angeboten einer Vielzahl von Menschen in Thüringen zu ermöglichen. Obgleich die Punkte Lebensqualität und Verkehr hier getrennt voneinander behandelt werden, sind sie doch stark ineinander verzahnt und bedingen einander gegenseitig. Neben der nötigen Bestandsaufnahme soll dieses Papier Ideen zu Lösungsansätzen liefern. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

1. Lebensqualität fördern – Zusammenleben gestalten

Thüringens Städte und Gemeinden schrumpfen. Bis auf wenige Ausnahmen verliert das Land Einwohner. Obgleich die Ursachen sehr verschiedener Natur sind, so kann allerdings am Grad des Bevölkerungsverlusts die Lebensqualität der Ortschaften abgelesen werden. Dabei spielt die Arbeitsmarktsituation, Zukunftsperspektiven ebenso eine Rolle, wie das Vorhandensein von sozialen oder kulturellen Angeboten.

1.1. Herausforderungen

1.1.1. Abwanderung aus Thüringen

Mit der Wiedervereinigung begann der Fall der Thüringer Bevölkerung. Lebten im Wendejahr 1990 noch über 2,5 Millionen Menschen hier, so wurde im Jahr 2006 ein neuer Negativrekord aufgestellt. Mittlerweile leben noch 2,2 Millionen Menschen im Grünen Herzen Deutschlands. In 15 Jahren Bevölkerungsentwicklung ist die Bevölkerung um 300.000 Einwohner zurückgegangen. Dies entspräche den Städten Erfurt und Gera die hier von der Landkarte verschwunden wären. Allerdings verteilt sich dieser Rückgang sehr verschieden. Mit Ausnahme Weimars haben seit 1990 alle Thüringer Städte mit mehr als 10.000 gegenüber dem Jahr 2006 Einwohner verloren. Erfurt, Jena und Eisenach verhalten sich, nach starken Rückgängen Mitte der 90'er Jahre - mittlerweile stabil bis leicht steigend. Der Rest Thüringens schrumpft weiter! Besonders hart wurden dabei bspw. Gera, Suhl und Leinefelde getroffen. Diese Städte befanden bzw. befinden sich nach wie vor im freien Fall. Für das Jahr 2050 gehen die Demoskopen im schlimmsten Fall von einer Einwohnerzahl Thüringens von ca. 1,5 Millionen Einwohnern aus. Das dürfte im Jahre 2050 der Bevölkerung Münchens entsprechen. Besonders bedrohlich ist dabei der Anteil der jungen Menschen, die unserem Land den Rücken kehren. Mit Ihnen gehen nicht nur frische Ideen, sondern auch die Kinder, Steuerzahler, ehrenamtlich Engagierte und Träger der Gesellschaft von Morgen.

Die Basis und die Zukunft unseres Landes packt die Koffer!

Oberste Priorität muss also die Entschleunigung bzw. das Ende des Bevölkerungsrückgangs haben.

1.1.2. Demographischer Wandel

Seit den 70er Jahren leidet Deutschland unter Kindermangel. Selbst in den ehemaligen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl der DDR begann, trotz viel besseren Betreuungs-Möglichkeiten, die Geburtenrate deutlich unter das nötige Maß für eine stabile Bevölkerungsentwicklung zu sinken. Die politischen Turbulenzen Ende der 80er

Jahre und die Wiedervereinigung verstärkten diesen Trend weiter. Mit dem Jahr 1990 begannen die Geburtenraten massiv einzubrechen. Trotz Erholung derselben in den vergangenen Jahren liegen die Geburten deutlich unter dem Niveau von 1989. Zusätzlich leben die ThüringerInnen heute wesentlich länger als noch vor 20 Jahren. Letzteres ist zwar äußerst erfreulich, doch waren die Geburtenjahrgänge der 50er und 60er Jahre die Geburtenreichsten in der jüngeren deutschen Geschichte. In spätestens 10 Jahren treten diese BürgerInnen Thüringens in den wohlverdienten Ruhestand. Damit verbunden sind leider aber auch eine massive Verschiebung der kommunalen Finanzströme sowie eine vollkommene Veränderung der Anforderungen an das Leistungsprofil der Kommunen.

Die damit verbundenen Herausforderungen in Richtung einer Gesundung der Bevölkerungspyramide – aber auch die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins in einer älter werdenden Gesellschaft müssen mit Nachdruck betrieben bzw. gemeistert werden.

1.1.3. Arbeitslosigkeit

Ebenfalls mit der politischen Wende setzte sich das Heer der Arbeitslosen in Bewegung. Ehemals erfolgreiche Lebensbiographien landeten in den Arbeitsagenturen vor den VermittlerInnen. Der Zusammenbruch der Ostdeutschen Wirtschaft hinterließ statt den versprochenen blühenden Landschaften in vielen Fällen nur Landschaften aus geborstenem Glas und rostendem Stahl. Trotz gewaltiger Anstrengungen neue Beschäftigungsplätze aufzubauen verharren die „schönsten“ Arbeitslosenquoten in Thüringen im zweistelligen Bereich. Eine der wenigen Regionen, die sich selbst eine neue Zukunft schaffen konnte ist die Stadt Jena, die an ihre Forschungs- und High-Tech-Tradition anknüpfen konnte. Der Thüringer Westen und Süden bleibt von seiner Beschäftigungsstruktur her schwach, kann aber, anders als der Norden und Osten von der verhältnismäßig guten Beschäftigungssituation in den Nachbarländern Hessen und Bayern profitieren (Erwerbslosenquote: TH 16,5 Prozent, HE 9,0 Prozent, BY 6,7 Prozent - Juni06). Zusätzlich wird der Druck auf den lokalen Arbeitsmarkt durch die Produktivitätssteigerung und die baldige Aufhebung der Arbeitsortbeschränkungen der neuen EU Länder verstärkt.

Zwar wird sich im Zuge des demographischen Wandels die Arbeitslosigkeit teilweise deutlich verringern, allerdings steuert die Thüringer Gesellschaft weiterhin in die falsche Richtung. Neue Wege für die Beschäftigung müssen gefunden werden.

1.1.4. MigrantInnen

Migrantinnen und Migranten stellen in Thüringen wie auch in der ganzen BRD kein Problem dar – allerdings die Reaktion mancher ThüringerInnen auf diese! Mit einem Anteil von 2,8 Prozent bilden MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund nur sehr kleine Gruppe innerhalb der Landesbevölkerung. Dennoch steigt der Anteil von MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund. Besonders deutlich wird dies in den größeren Städten. Damit verbunden ist die mangelnde Integration dieser Menschen. Verschiedene Sprachen, verschiedene Traditionen und mangelnder Wille sich mit der vermeintlichen „Andersartigkeit“ auseinanderzusetzen erschaffen Spannung, die sich, wie zum Beispiel der Thüringen-Monitor gezeigt hat, vermehrt in Gewalt entladen. Ein weiteres Problem stellt die Konzentration dieser MitbürgerInnen auf kleine Lebenswelten dar. Obgleich der Anteil dieser Menschen an der Gesamtbevölkerung sehr gering ist, haben sich doch vereinzelt geschlossene Lebenswelten entwickelt, die es aufzubrechen gilt, um Integration voranzubringen.

1.1.5. Soziale Brennpunkte

Einhergehend mit den bereits genannten Herausforderungen haben sich in vielen Gebieten des Freistaates soziale Brennpunkte entwickelt. In übermäßiger Häufigkeit treten diese in den Plattengebieten der Städte auf. Das Aufeinandertreffen von Menschen ohne Perspektive, von Migrantinnen und Migranten, von Überalterung und von sinkenden kommunalen Budgets, bedingt durch die Abwanderung, zur Sanierung und Neugestaltung dieser Gebiete führt zu Parallelwelten in den Peripherien der Städte. Während die meisten Gemeinde- und Stadtzentren zu blitzen und zu blinken beginnen, wird den Bewohnern dieser Randgebiete in hohem Maße die Aussichtslosigkeit ihrer Lage vorgeführt. Diese Gebiete sind akut vom Abdriften bedroht – grausam

ausgedrückt: eine graue Siedlung der Verlorenen und Vergessenen, ohne Hoffnung auf Besserung. Diese Wohn- und Lebenssituation schafft Resignation und schürt Gewalt. Besonders bedrohlich ist dabei die Vererbung des Lebensgefühls. Nicht nur, dass viele dieser Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit seit mitunter 16 Jahren im gesellschaftlichen Nirvana ausharren müssen, erleben auch viele der dort heranwachsenden Jugendlichen die Perspektivlosigkeit ihrer Eltern, als die Eigene. Auf diese Weise werden Sozialhilfegenerationen herangezogen. Dieser Negativkreislauf muss unterbrochen und umgekehrt werden. Besonders die jungen Menschen brauchen Perspektiven, insbesondere durch Bildung und genügend Chancen ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, damit sie sich nicht aufgeben, noch bevor ihr Leben richtig begonnen hat.

1.2. Lösungsansätze in den Städten und Gemeinden

In den vorangegangenen Absätzen wurden wesentliche Herausforderungen benannt, vor denen das Land Thüringen, aber vor allem auch die Gemeinden und Städte stehen. Diese werden insbesondere gefragt sein, zumal sie für die Erfüllung wesentlicher öffentlicher Aufgaben verantwortlich sind und zeitgleich die sozialen Nöte und Probleme direkt vor Augen haben. Sie sind der Lebensmittelpunkt der Bewohnung, aber auch Kompetenzträger für sehr spezifische lokale Problemstellungen. Integrierte Lösungskonzepte werden zukünftig stärker in den Vordergrund treten, da sämtliche benannten Herausforderungen einander meist gegenseitig bedingen, bzw. gleiche Problemstellungen erschaffen. Somit müssen Wege gefunden werden, mit möglichst wenig Aufwand viele Dinge gleichzeitig zu erreichen.

1.2.1. Planungssicherheit und ausreichende Spielräume

Die Kommunen sind die Kompetenzträger über lokale Besonderheiten. Aus diesem Grund gilt es auch an dieser Stelle anzusetzen und den Städten und Gemeinden angemessene Finanzspielräume zu schaffen. Leider ist in den vergangenen Jahren das Gegenteil der Fall gewesen. Land und Bund übertrugen den Städten und Gemeinden zunehmend Aufgaben, ohne faktisch ausreichende Mittel bereitzustellen. Beispiele hierfür sind die Kindertagesstätten, die Schulhorte aber auch die Aufwendungen für die EmpfängerInnen von Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch. Diesen Ansatz teilen wir nicht. Unser Wille ist die wahre Erfüllung der kommunalen Selbstverwaltung. Land und Bund können lokale Besonderheiten nicht in allen Fällen im nötigen Maße erfassen. Daher müssen die Städte ausreichende Spielräume erhalten, in denen sie selbst städtebaulich und –gestalterisch tätig werden können. Zusätzlich müssen sie wieder in die Lage versetzt werden, durch die Bereitstellung von sozialen Leistungen die lokale Lebensqualität erhöhen können.

1.2.2. Planen mit Augenmaß – Lebensqualität steigern

Die öffentliche Hand leistet sich bisweilen unnötige Projekte. In Thüringen ist das beste Beispiel die unnütze Spielbank in der Landeshauptstadt, die den Freistaat nach wie vor 30.000 Euro im Monat kostet. Dabei stellt das Vorhandensein der Spielbank weniger ein Problem dar. Hauptkritikpunkt an dieser Einrichtung besteht in deren Perspektivlosigkeit für die Zukunftsträchtigkeit Erfurts. Hauptziel aller öffentlichen Bautätigkeit muss die Steigerung der Lebensqualität am Ort der Investition sein. Eine Spielbank befriedigt die Bedürfnisse jener, deren Leben finanziell abgesichert erscheint. Doch wandert jemand mit Perspektive nicht ab. Daher müssen viel stärker Projekte in den Vordergrund treten, die den Menschen Zukunftschancen bieten und ihren Wohnort aufwerten. Dabei spielen vor allem die großen Plattenbaugebiete der 60 – 80er Jahre im Vordergrund der Aufmerksamkeit. Hier herrscht teilweise große Ernüchterung. Sie sind die Sammelstelle für die vorangegangenen Herausforderungsbeschreibungen. Die Aufgaben der Kommune sind also, neben der Schaffung attraktiver Stadtkerne, die Bewältigung der großen Umwälzungen der 90er Jahre, die vor allem in den Neubaugebieten hohe Durchschlagskraft erreichten. Neben dem bewussten Rückbau nicht mehr benötigten Wohnraums, muss gleichzeitig die Aufwertung erfolgen. Rückbau bedeutet dabei nicht die willkürliche Entfernung einzelner Häuser sondern eine gesteuerte Schrumpfung dieser Wohngebiete vom Rand ausgehend in Richtung Zentrum. Niemandem darf zugemutet werden, in einem überdimensionierten Betonklotz zu leben, der dennoch allein auf der grünen Wiese ohne städtebauliche Kontakte steht. Die ansässige Bevölkerung hat in den letzten Jahren bereits teilweise massiv ihren Lebensalltag und ihre

Perspektive verloren. Ihnen nun auch das städtische Lebensgefühl zu nehmen wäre fatal. Neben dem gesteuerten Rückbau dieser Gebiete steht auch die Gestaltung der verbleibenden Flächen. Mit dem Zusammenbruch des öffentlichen Lebens haben sich auch die Orte der Kommunikation in diesen Gebieten aufgelöst. In vielen großen Plattengebieten bildet der Supermarkt die letzte verbliebene Kommunikationsfläche. Soziales Leben darf aber nicht auf den Besuch der Fleischtheke reduziert werden. Neben der Schaffung von attraktiven öffentlichen Plätzen, die zum Verweilen einladen, steht ebenfalls bauliche Durchmischung dieser Gebiete an. Diese Durchmischung, mit dem Ziel Kleingewerbe in die Hochhaussiedlungen zu bringen, soll städtisches Flair fördern. Weiterhin muss durch die Schaffung guter Verkehrsanbindungen, der Errichtung von Freizeitmöglichkeiten (Abenteuerspielplatz, Radweg, bauliche Verknüpfungen zur umliegenden Natur) sowie weiterer freiwilliger Leistungsangebote (Beratungsstellen, Integrationsprogramme, Bürgerbüros, Stadtteilzentren) in diesen Gebieten den Menschen stärkere Teilhabe am sozialen Leben vor Ort ermöglicht werden.

Wie bereits angedeutet richten sich die städtebaulichen Anforderungen allerdings nicht nur an die Hochhaussiedlungen. Parallel zur aktiven Aufwertung von sozial schwierigen Vierteln steht der qualitative Ausbau der Innenstädte an. Diese sind zum Mittelpunkt des sozialen Lebens auszubauen und zu verdichten. Durch attraktive Gestaltung, eine ausgewogene Mischung aus Wohnen und Arbeiten in den Innenstädten können regionale Zentren erschaffen werden. Dabei sollten zwei Devisen verfolgt werden. Die Einkaufsparks in der Peripherie gehören der Vergangenheit an! Die Jusos setzen sich für die Ansiedlung von Einzelhandel in den Innenstädten ein. Das stärkt die Kommunen, fördert den Handel und schafft Arbeitsplätze. Viele kleine Läden in den Zentren schaffen Synergien – die BürgerInnen können bummeln gehen. Discounter schädigen die Kaufkraft der Innenstädte, sie vernichten Arbeitsplätze und unterwandern mit Niedrigpreisen die Leistungsfähigkeit der mittelständischen verbraucherorientierten Unternehmen.

1.2.3. Förderung Soziokulturelle Angebote

Kommunen sind Ort des Lebens! Daher muss die städtebauliche Entwicklung weiterführen als das Anlegen von hübschen Grünanlagen und die Ausgestaltung innerstädtischer Straßen mit mittelalterlichen Pflastersteinen. Neben dem Projekt „Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr Bau und Stadtentwicklung gibt es weitere Förderungsmöglichkeiten zur aktiven Gestaltung des öffentlichen Lebens. Auch hier bilden die großen Vorortsiedlungen ein Schwerpunktgebiet. Nichtsdestotrotz ergeben sich aber auch in anderen Bereichen der Kommunen sowie in kleineren Gemeinden auf dem Land Handlungsmöglichkeiten. Neben der aktiven Gestaltung von Freizeitangeboten für Jung bis Alt sind insbesondere soziale Betreuungs- und Beratungsprogramme in sozial-schwierigen Gebieten darunter zu verstehen. Dabei soll stets der Faktor Lebensqualität berücksichtigt werden. Junge Leute benötigen neben einer aktiven sinnvollen Freizeitgestaltung Anlaufpunkte um bei Bedarf Unterstützung ihres Lebensalltages zur Verfügung zu haben. Dabei stehen die Jugendclubs oder Jugendhäuser ganz oben auf der Förderliste. Für Menschen, die aufgrund von Turbulenzen in ihrem Leben nicht mehr ohne Unterstützung in geregelte Lebensbahnen gelangen können sind zusätzliche Angebote zu unterstützen. Neben der Familienberatung, der Schulderberatung und der Suchtberatung als ausgewählte Unterstützungsprogramme sind ebenso für jene, deren Leben in der Langzeitarbeitslosigkeit geendet hat, Beschäftigungsangebote anzubieten. Programme, die Menschen Lebensinhalte zurückgeben können. Dies gilt ebenso für Seniorinnen und Senioren. Neben der Schaffung von Freizeitangeboten speziell für ältere Mitbürgerinnen, die eine Gestaltung des Lebensabends ermöglichen, sollen auch Angebote geschaffen werden, in denen Seniorinnen und Senioren ihre reichhaltigen Lebenserfahrungen einbringen können. Ebenso könnten Projekte zur Förderung des Gemeinschaftsgefühls in räumlich geschlossenen Wohngebieten die soziale Balance stärken und persönlicher Isolation vorbeugen.

Dahingehend müssten zwei verschiedene Formen von Angeboten geschaffen werden. Einerseits bauliche Maßnahmen, die den Menschen Freizeiteinrichtungen vorhalten (z.B. Spielplätze, Kletterwände, Graffiti-Wände, bauliche Verknüpfungen zur umliegenden Natur, Gemeindegärten) andererseits benötigen die sozialen Projekte einen Treffpunkt. Bürgerzentren, die als Anlaufpunkt für Jung bis Alt dienen, sind dabei der Weg. Durch den drastischen Rückgang der Bevölkerung in allen Teilen des Freistaats können hier leer stehende Gebäude die nötige bauliche Substanz bieten. Vom Café über den Berater zum Anbieter von

Freizeitangeboten können hier alle wesentlichen Projekte eine Heimat finden. Diesen Anlaufpunkt zu schaffen ist von besonderer Bedeutung, zumal in vielen kleinen Gemeinden aber auch in den Hochhaussiedlungen der Großstädte nach der politischen Wende nicht viel mehr sozialer Begegnungsraum über geblieben ist, als der lokale Lebensmittelladen oder die Bus/Straßenbahnhaltestelle.

1.2.4. Förderung von Bildungsangeboten

Neben der sozialen Aufwertung mancher Gebiete steht die Bildung der Menschen auf gleicher Augenhöhe. Da sich die hier zu erwähnenden Bildungsinhalte mit denen des bildungspolitischen Grundverständnisses der Jusos decken, soll hier lediglich auf die Bedeutung für städtebauliche Maßnahmen eingegangen werden. Neben der Rücknahme der Kürzungen sowie der generellen finanziellen Aufstockung und Ausweitung des Bildungsangebotes der Volkshochschulen soll Bildung auch an anderer Stelle gefördert werden. Die im vorangegangenen Abschnitt erwähnten Bürgerzentren sollen zugleich Bildungsangebote beinhalten. Dabei spielen neben der Einrichtung lokaler Minibibliotheken auch die Schaffung von Weiterbildungsangeboten und Kursen. Diese sollen einerseits altersgerechte als auch generationenübergreifende Angebote enthalten. Dabei streben wir einen ausgewogenen Mix aus professioneller Weiterbildung durch Fachpersonal und der Durchführung von Veranstaltungen der BewohnerInnen füreinander an. Dabei sind wir überzeugt, dass die Einzigartigkeit der persönlichen Fähigkeiten aller BürgerInnen Potential bietet gegenseitige Förderung aller Beteiligten zu gewährleisten. Dies verstärkt unserer Ansicht nach das ehrenamtliche Engagement sowie das Selbstgefühl. Andere am eigenen Erfahrungsschatz zu beteiligen und gemeinsam neue Erfahrungen zu machen ist ein gutes Gefühl und stärkt zusätzlich das Gemeinschaftsbewusstsein. Dieser Prozess muss allerdings durch die MitarbeiterInnen des Bürgerzentrums moderiert werden.

1.2.5. Öffentliche Beteiligungen – öffentlicher Gestaltungsspielraum

Die Städte und Gemeinden besitzen noch heute Beteiligungen an Unternehmen mit einem öffentlichen Auftrag wie Wohnungsgesellschaften oder Versorgungs- oder Nahverkehrsbetriebe. Diese meist privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen können weite Teile mangelnder öffentlicher Handlungsmöglichkeiten auffangen. In manchen Städten betreiben diese Unternehmen Kindergärten, stellen Wohnungen für sozial schwache Familien oder betreiben öffentliche Einrichtungen aus dem Bereich der freiwilligen Leistungen, die die Städte und Gemeinden nicht mehr aus eigener Kraft er- und unterhalten können - zum Beispiel Freibäder. Die Kommunen besitzen an diesen Unternehmungen meist hohe Besitzanteile, die ihnen starke Einflussmöglichkeiten innerhalb der Aufsichtsräte der Betriebe ermöglichen. Diesen Einfluss gilt es zu wahren und zu erhalten. Wir sind nicht bereit dem Dresdner Beispiel zu folgen und uns von unseren Gesellschaften zu trennen! Oberste Priorität für uns Jusos hat dabei das Hinwirken unserer gewählten VertreterInnen in den kommunalen Parlamenten auf den Erhalt der kommunalen Besitzungen. Trotz der teils schwierigen finanziellen Situation einzelner Gemeinden müssen diese Schätze unserer Kommunen bewahrt werden. Im Falle der akuten Geldnot ist das Werben für die Übernahme freiwilliger Leistungen durch diese halböffentlichen Unternehmen sinnvoller als das ersatzlose Streichen der Angebote oder der Verkauf kommunalen Eigentums. Langfristig würde die Veräußerung den Gemeinden Gestaltungsspielräume und finanziellen Rückraum nehmen. Kurzfristige Haushaltspolitik darf nicht unser Weg sein! Hauptargument für die Übernahme freiwilliger Leistungen durch die halböffentlichen Unternehmen ist dabei der Standortfaktor. Versorger und Wohnungsgesellschaften profitieren in hohem Maße von lebenswert gestalteten Städten. Ihr Kapital sind die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte. Diese Unternehmen sind auf ihre Kunden angewiesen. Diese durch ein reichhaltiges Angebot an Freizeiteinrichtungen oder aber die Rücksichtnahme auf sozial schwache Kunden in den Städten und Gemeinden zu halten ist ihr unternehmerisches Interesse.

1.3. Die Zukunft der Regionen

Trotz aller Anstrengungen wird Thüringen auch in den kommenden Jahren weiter schrumpfen. Der demographische Wandel, bedingt durch den starken Geburtenrückgang, hat viele Gemeinden in Thüringen vor die Existenzfrage gestellt. Ohne erfolgreiches Gegensteuern wird die Landesbevölkerung bis 2020 – ein

sehr naher Zeitpunkt – auf einen Stand unter 2 Millionen sinken. Neben der Verödung ganzer Landstriche werden durch diese Entwicklung auch die Grundfesten unserer sozialen Infrastruktur erschüttert. Laut aktuellen Berechnungen wird der Freistaat bis 2020 jährlich 40 Millionen Euro an Steuereinnahmen verlieren. Dieses fehlende Geld wird den Kommunen starke Einschnitte abverlangen. Die Rückführung freiwilliger Leistungen wird ohne Gegensteuern ein bisher unvorstellbares Ausmaß annehmen. Die Kommunen müssen auf diese Entwicklung reagieren! Dabei ist besonders wichtig, dass Spielräume erhalten werden, damit die soziale Infrastruktur, deren Zukunft wir auf den vorangegangenen Seiten beschrieben haben, nicht in Gefahr gerät.

1.3.1. Impulsregion – ein Beispiel?

Mit dem Zusammenschluss zur Impulsregion gehen die Städte Erfurt, Jena und Weimar und der Landkreis Weimarer Land neue Wege in der Kooperation. Ziel dieses Zusammenschlusses ist die effizientere Nutzung der lokalen Potentiale zur besseren Vermarktung der Gesamtregion. Dabei werden unter anderem die Gebiete der Wirtschaftsförderung, der Tourismusförderung, des kulturellen Angebots, der Forschung und der Mobilität zwischen den beteiligten Gebietskörperschaften gemeinsam beraten und miteinander abgestimmt. Daraus erhoffen sich die Beteiligten Synergien. Aufgrund des noch jungen Bestehens dieses Modellprojekts können zwar noch keine Ergebnisse vorgelegt werden, doch erscheint uns Jusos die dem Modell zu Grunde liegende Idee äußerst unterstützenswert. Die schrumpfende Bevölkerung in Thüringen wird die Gebietskörperschaften (Kreisfreie Städte und Landkreise – aber auch Städte und Gemeinden an sich) vor Herausforderungen stellen, die sie nur gemeinsam zu lösen im Stande sind. Dabei ist der Ausbau lokaler Potentiale, sprich die funktionelle Differenzierung und Spezialisierung der Kommunen oder Kreise innerhalb eines selbst gewählten Verbundes ein guter Schritt die eigene Identität zu wahren und dennoch bestimmte Aufgaben gemeinsam mit angrenzenden Körperschaften zu erfüllen. Dabei unterstützen wir nicht nur die Kooperation innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft oder Einheitsgemeinde, in denen mehrere kleine Kommunen ihre Aufgaben teilweise oder vollständig zusammenlegen, sondern auch als Vorstufe die Bildung solcher Impulsregionen (im Falle der Kommunen. Die Vorteile einer Kooperation zwischen verschiedenen Kreisen ergibt sich analog). Nach dem Motto „Einigkeit macht Stark“ können die Gebietskörperschaften durch gegenseitige Konsultation und Abstimmung auch mit vereinten Kräften der jeweils übergeordneten Ebene gegenüberreten und somit eine höhere Durchschlagskraft bei der Verfolgung ihrer Interessen erzielen.

1.3.2. Viele kleine Leuchttürme

Die lange Zeit gepflegte Diskussion über Bewässerungsutensilien (Gießkanne) und für die Schifffahrt dienliche übergroße Strandbeleuchtungsanlagen (Leuchtturm) erachten die Jusos als verfehlt. Zumal Thüringen ein Land ohne Küste ist und mit Feldern reichlich gesegnet entscheiden wir uns für die Gießkanne. Soweit der polemische Ansatz.

Wir glauben, dass eine Diskussion über die verschiedenen Optionen für den Einsatz von Wirtschaftsfördermitteln zu kurz greift. Weitere Faktoren müssen berücksichtigt werden. Die gezielte Förderung von Unternehmensansiedlungen aller Größenordnungen bringen nicht nur Arbeitsplätze. Eine solche Ansiedlung entscheidet durch das Instrument der Gewerbesteuer über die finanzielle Ausstattung einer Kommune. Wie bereits erwähnt, ergibt sich aus der schrumpfenden Bevölkerung ein Einbruch an Steuereinnahmen für Thüringen und seine Kommunen. Daraus resultiert der Niedergang der freiwilligen Aufgaben. Insofern endet an dieser Stelle für uns die Diskussion über Leuchttürme. Die erfolgreiche Ansiedlung von Unternehmen schmälert den Verlust an Leistungsfähigkeit unserer Kommunen. Somit muss Thüringen bestrebt sein eine möglichst breite Streuung von Wirtschaftsansiedlungen zu erreichen. Sich auf die drei Großstädte und wenige weitere Städte zu beschränken (vordringlich an der Thüringer Städtekette entlang der Autobahn 4) würde weite Gebiete des Freistaats in die Nähe des finanziellen Infarkts befördern. Wir sprechen uns daher für die Bildung regionaler Zentren, also vieler kleiner Leuchttürme aus (Wer häts gedacht – das wäre die Gießkanne). Diese regionalen Zentren können je nach geographischer Lage bereits Kommunen ab 10.000 Einwohner sein. Dabei liegt dieser Forderung folgender Gedanke zu Grunde: Die Thüringer Kommunen mit einer Einwohnergröße über 10.000 beherbergen die Hälfte der Thüringer

Bevölkerung. Diese Gemeinden und Städte bieten sowohl der ansässigen, als auch der in der geographischen Nachbarschaft befindlichen Bevölkerung ein hohes Maß an freiwilligen Leistungen an. Diese breite Ausstattung öffentlicher Angebote kultureller und/oder sozialer Art gilt es zu erhalten besser noch auszubauen. Die Gewerbesteuer bildet dabei einen nicht zu vernachlässigenden Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Angebote. Die gezielte Ansiedlung von Unternehmen in der Nähe der Großstädte zu fördern würde daher dazu führen, dass die betroffenen Städte eine ordentliche Ausstattung an Gewerbesteuereinnahmen zur Verfügung bekämen und somit freiwillige Leistungen anbieten könnten, die für einen Großteil der Bevölkerung Thüringens nicht erreichbar wäre. Städte wie Heilbad Heiligenstadt oder Sonneberg wären somit von einer Zukunftsperspektive innerhalb der Thüringer Grenzen ausgeschlossen. Daher muss die Förderung regional verteilt werden. Nichtsdestotrotz wollen auch wir nicht, dass Unternehmensansiedlungen im kleinsten Winkel des Freistaats gefördert werden. Klein- und Kleinstgemeinden große Gewerbeansiedlungen zu ermöglichen widerspricht ebenfalls unseren Grundsätzen. Wie auch die Konzentration auf Großstädte die Gewerbesteuereinnahmen fernab weiter Teile der Thüringer Bevölkerung bündelt, so verhindert die Ansiedlung in kleinen Gemeinden ebenfalls die Erhaltung des öffentlichen Leistungsangebotes durch Bündelung der Einnahmen am falschen Ort. Dabei sprechen wir ländlichen Gebieten nicht das Recht auf Gewerbeansiedlungen ab, doch wirkt dies der Entwicklung regionaler Zentren entgegen. Kleine Gemeinden bieten im Verhältnis zu größeren Gemeinden nur ein beschränktes Maß an freiwilligen Leistungen. Zwar sind auch die kleineren Kommunen bestrebt ihre BürgerInnen am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben zu lassen (geringere Straßenausbaubeiträge, gute Straßenbeleuchtung, sanierte Wege oder hochmoderne Sportstätten) doch steht dies nicht im Verhältnis zu den Leistungen der größeren Kommunen (Bereitstellung von öffentlichen Parkanlagen, Theater, Museen, aber auch SozialarbeiterInnen, Beratungsstellen, Migrationsbeauftragte uvm.). Dieses Ungleichgewicht muss ebenso aufgehoben werden. Die Herausbildung und Förderung lokaler Zentren stellt dabei einen Weg dar dieses Missverhältnis aufzulösen. Wir streben dabei an, die lokalen Zentren zum Mittelpunkt des Arbeitslebens, der attraktiven Freizeitgestaltung, der Bildung, der Integration von Migrantinnen und Migranten aber auch der Bewältigung sozialer Herausforderungen zu gestalten. Die Klein- und Kleinstgemeinden erhalten dabei neben einem Grundnetz an Versorgung (z.B. Bürgerzentrum, Freizeitangebote im Grundbedarf) auch einen besseren Anschluss an den Öffentlichen Personennahverkehr. Durch die Entwicklung regionaler Zentren in einem möglichst engmaschigen Netz sollen die Wegzeiten zwischen den „Vorortgemeinden“ und dem Zentrum kurz gehalten werden. Die Wirtschaftsförderung wird im Gegenzug auf die lokalen Zentren beschränkt, um genügend Finanzmittel für den Erhalt der freiwilligen Leistungen zu erwirtschaften. Je nach geographischer Lage kann die Einwohnergröße eines lokalen Zentrums variieren, doch sollte, am Beispiel des ÖPNV die Erreichbarkeit dieses regionalen Kerns bspw. dem Bus eine Fahrtdauer von bspw. 30 Minuten nicht übersteigen.

2. Mobilität

Der Faktor Mobilität bestimmt in unserer agilen Welt immer mehr darüber, wer am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann und wer nicht. Im Sinne der Sozialdemokratie gilt es also diesen Faktor zu instrumentalisieren und sicherzustellen, dass Mobilität allen BürgerInnen ermöglicht wird. Besonders mit Rücksicht auf die demographische Entwicklung gilt es hier neue Angebotsformen zu finden. Dabei muss aber auch die Entwicklung des gesamten Verkehrsnetzes beachtet werden.

2.1. Nahverkehrsmittel + Individualverkehr

2.1.1. Ganz schön laut hier!

Die Analysten sagen für das Bundesgebiet, trotz schrumpfender Bevölkerung zweistellige Zuwachsraten in Bezug auf fast alle verschiedenen Verkehrsmittel bis in die Mitte des einundzwanzigsten Jahrhunderts voraus. Ist zwar die steigende Mobilität der Menschen durchaus erfreulich zu sehen, so ergeben sich doch zeitgleich neue Herausforderungen an die aktive Gestaltung der Verkehrsströme. Wer in der Nähe von stark beanspruchten Verkehrsträgern (Fernbahnverbindungen, Flughäfen sowie im Besonderen stark befahrene Straßen) lebt, kann schon heute über steigenden Verkehrslärm klagen. Das Leben mit einer permanenten Lärmbelastung ist daher als nicht akzeptabel einzustufen. Daher müssen neue Wege gefunden werden, den

Verkehrslärm aus Wohngebieten und Freizeitgebieten zu verdrängen. Neben der massiven Ausweitung von Tempo 30 Zonen in Wohngebieten sprechen wir uns zusätzlich für die Verkehrsberuhigung der Innenstädte ein. Diese Aufenthaltsorte von Menschen müssen vor massiver Lärmbelastung geschützt werden. Neben der Beruhigung muss zeitgleich auch die Beschleunigung des Straßenverkehrs vorangetrieben werden. Damit ist allerdings nicht die absolute Fahrgeschwindigkeit gemeint, sondern die Durchschnittsgeschwindigkeit. Flüssige Ströme fließen schneller durch die Städte, und belasten somit die Anwohner geringer, als sich endlos dahinschlängelnde Blechlawinen. Der Ausbau sternförmig zum Zentrum zulaufender Radialen zur Beschleunigung des innerstädtischen Verkehrs muss durch den Ausbau von Verkehrsleitsystemen unterstützt werden. Dabei sind sowohl Lichtsignalanlagen an den Verkehrsfluss anzupassen, als auch mittels Wegeleitsysteme Ortsunkundige schneller zum Ziel zu führen. Neben den innerörtlichen Anpassungsmaßnahmen muss auch der Ausbau des außerörtlichen Verkehrsnetzes betrieben werden. Neben dem Bau weiterer Ortsumgehungsstraßen muss auch auf schnelle Verbindungswege zwischen Kommunen und Fernstraßen eingegangen werden. Den Lärm um die Städte herumzuführen bzw. schnell aus ihnen herauszuführen ist dabei Hauptaugenmerk. Zusätzlich muss durch eine Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs ein attraktives Alternativangebot für die PKW Nutzer zur Verfügung gestellt werden. Dies alles kann bestimmte Lärmformen allerdings nicht abhalten. Zur Wahrung eines möglichst ruhigen Lebensraumes Stadt müssen auch die lokalen Bezüge zu Flughäfen (bauliche Nähe oder Einflugschneisen) bzw. zum Schienenverkehr beachtet werden. Lärmdämpfende Grünzüge aber auch Schallschutzmauern und die Ausstattung von Gebäuden mit Schallschutzfenstern in unmittelbarer Nähe zu unvermeidbarem Verkehrslärm muss stärker gefördert werden.

2.1.2. Ziele des ÖPNV

Der öffentliche Nahverkehr ist die beste Alternative zum Vorankommen auf überfüllten Straßen. Diesen zu fördern und gegenüber dem Individualverkehr zu stärken ist für uns von besonderer Bedeutung. Neben seinen klassischen Vorteilen gegenüber dem eigenen Privat PKW (ökologischer Nutzen, Massentransport, Zuverlässigkeit und Sicherheit) muss dem Nahverkehr die Erfüllung seiner sozialen Aufgabe ermöglicht werden. Mittels der Bereitstellung und Förderung von so genannten Sozialtickets muss den sozial schwachen Familien in unseren Städten und Gemeinden die Mobilität gewährleistet werden, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Diese Problematik macht sich dabei an den mitunter weiten Wegen in die Zentren unserer Regionen fest. Soziale Angebote finden vorrangig in den Städten ihren Platz. Neben kleinen Gemeinden sind auch die Hochhaussiedlungen aus den 60 – 80er Jahren hier deutlich benachteiligt. Diese meist als Trabantenstädte geplanten Stadtviertel sind meist durch weite Entfernungen von den Zentren gekennzeichnet. Gerade für sozial Schwache, die unter anderem auch dort leben, ergeben sich Schwierigkeiten die Angebote wahrzunehmen.

2.1.3. Angebot schafft Nachfrage!

Trotz der eigentlichen Bedeutung des ÖPNV und der daraus nötigen Förderung erfährt diese Form des Verkehrs in den vergangenen Jahren deutliche Niedergangserscheinungen. Dem wollen wir uns entgegenstellen. Wir konnten in den vergangenen Jahren die zunehmende Ausdünnung aller ÖPNV Formen (Regionaler Busverkehr, Bahn, Stadtbusse) wahrnehmen. Dies bedeutet neben der Streichung ganzer Verkehrslinien auch die Ausdünnung der Taktzeiten. Zusätzlich erhöhen die Betreiber die Fahrpreise. Damit verbunden ist eine Schlechterstellung der öffentlichen Verkehrsmittel gegenüber dem Individualverkehr. Diese gilt es rückgängig zu machen. Der aktuellen Entwicklung liegen unserer Meinung nach zu sehr marktwirtschaftliche Überlegungen zu Grunde, die der Grundidee eines öffentlich geförderten Nahverkehrssystems widerspricht. Die Nachfrage darf nicht über das Angebot an Verkehrsmitteln entscheiden. Mobilität erachten wir als Grundrecht. Die Verkehrsbetriebe erklären ihre Entscheidungen zur Verschlechterung zu häufig mit der sinkenden Nachfrage. Dabei muss allerdings überlegt werden, inwiefern ein Verkehrsmittel angenommen wird, wenn es günstigere Alternativen gibt. Solange der PKW trotz der mittlerweile enormen Benzinpreise günstiger für den Nutzer bleibt, als die Verwendung der Bahn oder des Busses, wird er auch nicht wieder auf die öffentlichen Angebote umsteigen. Zusätzlich geht die Bundesregierung dieser Tage keinen guten Weg. Verbunden mit der vorgetäuschten Haushaltskonsolidierung

wurden die Fördermittel des Bundes an den Nahverkehr deutlich heruntergefahren. Diese Entscheidung stößt bei den Jusos Thüringen auf Widerstand. Durch das Zurückfahren der Nahverkehrszuschüsse wird die Schlechterstellung des ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr eher verstärkt. Allein den Verkehrsmitteln in Thüringen werden durch diese Entscheidungen ca. 30 Millionen Euro weniger zur Verfügung gestellt. Dies wollen wir nicht hinnehmen. Die Jusos sprechen sich gegen diese Kürzungen aus und fordern eine angemessene finanzielle Unterstützung des ÖPNV durch die öffentliche Hand.

2.1.4. Viel oder Schnell?

Die Jusos sprechen sich für die Förderung breiter ÖPNV Angebote aus. Es erscheint wenig sinnvoll für uns, wenn die Menschen, dank öffentlicher Unterstützung beim Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken für die Bahn oder den Ausbau des Flugverkehrs schneller zwischen den Drehscheiben Europas pendeln können, wenn im Gegenzug das regionale Angebot ausgedünnt wird. Reisezeitverkürzungen zwischen den Verkehrsknoten der Bundesrepublik zum Beispiel nützen lediglich den Fernreisenden – aber auch dort nur Wenigen. Öffentliche Verkehrssysteme können nur dann funktionieren, wenn sie das Reisevorhaben in unmittelbarer Nähe von Start- und Zielort ermöglichen. Wenn die Menschen, die in der Peripherie von Verkehrsdrehscheiben leben nicht mehr oder nur schwerlich zu denselben gelangen können, werden sie die Vorteile des Schnellverkehrs nicht mehr für sich nutzen wollen. Zusätzlich bedienen die Fernstrecken nur einen kleinen Anteil des Verkehrsaufkommens. Im Lebensalltag der Menschen spielen lokale oder regionale Mobilität eine weit größere Rolle als nationale oder internationale. Somit erachten wir den Ausbau dieser ortsnahen Angebote für uns als dringlicher, als den milliardenschweren Ausbau des Fernnetzes. Teile dieser Ausgaben können auch lokal ausgegeben werden und schaffen statt kurzfristiger Arbeitsplätze beim Bau langfristige Beschäftigungsverhältnisse vor Ort.

2.1.5. Wie geht's?

Trotz der anklingenden Kritik am Ausbau der Verkehrsdrehscheiben im vorangegangenen Abschnitt soll die Grundidee dennoch nicht verworfen werden. Wir sprechen uns nicht gegen den Ausbau von Fernstrecken aus, erwarten allerdings, dass dies nicht zu Lasten der lokalen und regionalen Verkehrsmittel geschieht. Der Schwerpunkt gehört in die Region. Dennoch bilden die Zentren einen wichtigen Drehpunkt des Verkehrsaufkommens. In Anlehnung an die beschriebene Idee zur Entwicklung regionaler Zentren wollen wir auch die Knoten ausbauen. Dabei wollen wir ausgehend von der kleinsten Einheit im Netz – den Kleinst- und Kleingemeinde – über die regionalen Zentren und über die überregionalen Zentren die Angebote bis zu den Metropolregionen verdichten. Jede Zwischeninstanz bildet dabei eine Verkehrsdrehscheibe, die je nach Grad ihrer Bedeutung mehr oder weniger Angebote bereitstellt. So entstünde ein Netzwerk das mit wachsender Bedeutung zusätzliche Verbindungsmöglichkeiten erhält. Von der Kleingemeinde fährt der Bus ins regionale Zentrum. Von dort aus gelangt man mit der Regionalbahn ins überregionale Zentrum, mit dem Regionalexpress ins Metropolzentrum, und von dort mit Flugzeug oder ICE in eine andere Metropolregion. Aufgrund der Bedeutung der regionalen und überregionalen Zentren erhalten diese zusätzlich eine Vernetzung untereinander. Im Grunde werden diese Praktiken bereits heute angewandt. Allerdings geraten den Jusos die Förderung der Metropolen und überregionalen Zentrum zu sehr in den Mittelpunkt. Weiterhin sehen wir in der derzeitigen Entwicklung eine Bedrohung für die vorhandenen Netze. Wir sprechen uns gegen den Rückbau von Mobilitätseigenschaften aus. Die Netzwerkbildung stellt für uns das Mindestmaß dar - nicht das Maximum!

2.1.6. Verbundangebote

Einzelne Regionen in Thüringen gehen derzeit neue Wege. In Form von Verbundangeboten versuchen verschiedene Verkehrsbetriebe ihre Angebote besser aufeinander abzustimmen und durch ein einheitliches Tarifsystem Kunden zu werben. Dieser Verkehrsverbund wird sowohl von den beteiligten kommunalen Verkehrsbetrieben, privaten Anbietern, als auch von der Deutschen Bahn betrieben. Die KundInnen können auf diese Weise weite Strecken innerhalb eines einheitlichen Tarifgebietes zurücklegen und dabei nach eigener Wahl auf alle angebotenen Verkehrsmittel zurückgreifen. Der Erwerb von Fahrkarten verschiedenster

Art zwischen Start und Ziel entfällt. Bus, Straßenbahn, Bummelzug und Regionalexpress sind inbegriffen. Diese Mobilitätsoffensive unterstützen die Jusos ausdrücklich und sprechen sich für eine Ausweitung dieses Modells aus. Aufgrund der Einfachheit des Systems ist dies ein guter und begrüßenswerter Schritt um die öffentlichen Verkehrsmittel in Konkurrenz zum Individualverkehr zu setzen.

2.1.7. Wem gehört's?

Die Rolle der Betreiber von Nahverkehrsmitteln ist bei der Umsetzung von sozialen Angeboten innerhalb des ÖPNV von entscheidender Bedeutung. Mit übergroßer Mehrheit sind die Verkehrsunternehmen privatrechtlich organisiert oder Sparten solcher Unternehmen. Dies birgt Chancen und Risiken zugleich. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil der privatrechtlichen Organisation ist der Faktor Effizienz. Mit möglichst wenig finanziellem Aufwand werden möglichst weit reichende Angebote zur Verfügung gestellt. Doch ist eben dieses Denken auch größter Nachteil dieser Organisationsform. Unternehmen müssen Profite erwirtschaften. Insofern werden sie sich bedingungslos den Marktgesetzen unterwerfen. Für ein soziales Gut, wie es die Mobilität für die gesamte Gesellschaft ist, birgt dies Risiken für eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung. Mehrheitlich ist der freien marktwirtschaftlichen Entfaltung der Verkehrsbetriebe bisher noch die öffentliche Hand als Hauptanteilsnehmer vorgeschaltet. Vertreten durch die Aufsichtsräte der Unternehmen können die Gebietskörperschaften weit reichenden Einfluss geltend machen. Dies muss allerdings auch so bleiben. Die Jusos lehnen daher die Veräußerung von Verkehrsbetrieben ab – dies beinhaltet vom kommunalen Verkehrsunternehmen sämtliche Formen öffentlicher Transportmittel bis hin zur Deutschen Bahn! Wenn die öffentliche Hand ihren Einfluss auf diese Unternehmen zurückschraubt, verbaut sie sich die einzige Möglichkeit direkt auf die Bereitstellung eines flächendeckenden Nahverkehrsnetzes hinzuwirken.

D2 |

Steuervergünstigungen für Inlandsflüge abschaffen!

Die Jusos Thüringen streben eine höhere Besteuerung von Flugzeugkerosin an. Entsprechend soll die Förderung des Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und von nachhaltigen Zubringerkonzepten, durch das Mineralölsteueraufkommen mindestens um die erzielten Mehreinnahmen erhöht werden.

Dabei verfolgen wir folgende Ziele:

- Ausbau und Modernisierung des Schienenpersonennahverkehr (SPNV)
- Förderung von nachhaltigen Zubringerkonzepten wie Bus, Tram und Car-Sharing
- Stärkung des Schienenverkehrs gegenüber weniger umweltfreundlichen Verkehrsträgern
- Attraktive Fahrtakte mit optimaler Anschlussregelung an alle Verkehrsmittel
- Breite Fächerung des Mobilitätsangebots für Alle, statt Effizienzsteigerung für Wenige
- Flugverkehr (besonders im Inland) aus Achtung vor der Umwelt verteuern
- Keine weitere Senkung von Ausgleichszahlungen und Zuschüssen zugunsten des SPNV durch Bund und Land

D4 |

Ja zum Führerschein ab 17

Auch in Thüringen soll die Regelung des Führerscheins ab 17 gesetzlich verankert werden. Im Zuge der Föderalismusreform, welche den Bundesländern weitreichende Kompetenzen einräumt, soll nach Sachsen, Bayern, Berlin, Brandenburg, der Hansestadt Bremen, der Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein jetzt auch der Freistaat Thüringen am Modellprojekt „bF17 begleitetes Fahren“ teilnehmen.

D6 |

Tagfahrlichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge

Wir Jusos fordern die Bundesregierung auf, die Pflicht, auch bei Tage mit Abblendlicht zu fahren, auf alle Kraftfahrzeuge auszuweiten. Kraftfahrzeuge, welche mit Tagfahrlicht ausgestattet sind, sollen bei Tage mit diesem an Stelle von Abblendlicht fahren dürfen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine europaweite Ausweitung dieser Richtlinie einzusetzen.

D8 |

SPD-Publikationen nur noch auf Altpapier drucken!

Wir Jusos fordern, dass sämtliche SPD-Publikationen inklusive ihrer Arbeitsgemeinschaften, Foren und Vereine (SGK etc.) nur noch auf Papier zu drucken, dass aus 100 Prozent Altpapier hergestellt wurde.

D9 |

Integrierte Politik für den ländlichen Raum

Die Jusos Thüringen sprechen sich für eine stärkere Profilierung der Thüringer SPD im ländlichen Raum sowie im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes aus und fordern in diesem Sinne die Partei und die SPD-Fraktion im Landtag auf, sich schwerpunktmäßig mit Themen in diesem Bereich inhaltlich auseinander zu setzen und öffentlichkeitswirksam in diesem Sinne zu engagieren.

Im Landesvorstand der SPD sowie auf dem Landesparteitag setzt sich der Landesvorstand der Jusos für eine Beschlussfassung ein, durch welche zum Ausdruck gebracht wird, dass der SPD der ländliche Raum in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklung ein Schwerpunkt ihrer (Partei)Arbeit wird.

E

Migration, Internationales, Antifa

E1 |

Migration als Chance

Heinrich Böll bezeichnete das 20. Jahrhundert schon zu Mitte desselben als „Jahrhundert der Flüchtlinge“. Auch das 21. Jahrhundert zeigt keine Veränderung der Gültigkeit dieser Aussage. Seit etwa der zweiten Hälfte der 70er Jahre sind die ansteigenden Flüchtlings- und Migrationsbewegungen Ausdruck fehlender, bzw. ungünstiger Lebensperspektiven in weiten Teilen der Welt. Parallel dazu wächst die Kluft zwischen armen und reichen Ländern, was besonders den ungerecht und einseitig gestalteten Weltmarktbedingungen und dem Diktat profitmaximierender Kapitalinteressen der Industrieländer anzulasten ist.

Die ungleiche Verteilung von Ressourcen lässt soziale Ungleichheit entstehen, welche Motor für Konflikte und kriegerische Auseinandersetzung darstellt. Dieser unsicheren Situation im Heimatland gegenübergestellt, sehen die Menschen oftmals keinen anderen Ausweg als die Flucht, aus Angst um ihr Leben.

Etwa 200 Millionen Menschen leben zum momentanen Zeitpunkt außerhalb ihrer Heimatländer.

Migration

Migration betrifft weltweit Millionen von Menschen. Die unterschiedlichsten Gründe veranlassen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Schätzungen gehen davon aus, dass im Jahre 2000 etwa 25-30 Millionen Menschen auf der Suche nach einer Arbeit ihr Land verlassen. Ein weiterer Grund ist die zunehmende Mobilität von ArbeitnehmerInnen im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Konzerntätigkeit und der Ausweitung von Arbeitsmärkten, wie etwa im Zusammenhang mit der EU und der Globalisierung. Auch für Deutschland haben diese weltweiten Wanderungsbewegungen Auswirkungen; ein überwiegender Teil der in Deutschland lebenden Menschen ausländischer Herkunft sind ArbeitsmigrantInnen und ihre Familien.

In der Öffentlichkeit, sowie in wissenschaftlicher Literatur werden Migranten als „defizitäre Wesen“ geschildert, die er zu integrieren und „kulturalisieren“ gelte. Migration wird in diesem Zusammenhang als Krisenerscheinung gekennzeichnet und mit „Überflutung“ charakterisiert. Anstatt das Potenzial der meist jungen Einwanderer zu erkennen und den Wert der mitgebrachten Kulturelemente zu schätzen, werden diese ausgeklammert. Ein Beispiel dieses Denkansatzes findet sich in der Argumentation der Herzog- Kommission der CDU: Migration wurde als Teillösung des demografischen Problems abgelehnt, ohne aber eine andere Lösung anzubieten und ohne positive Aspekte auch nur ansatzweise in Betracht zu ziehen.

Leider wird in aktuellen Debatten zum Thema zu selten überhaupt nach den Ursachen für Migration gefragt. Diese können sehr vielfältig sein. Im Allgemeinen spricht man von den so genannten Push- (Schub-) und Pull- (Sog-) Faktoren. Erstere stellen ganz allgemein Bedingungen am Herkunftsort dar, die als abstoßend oder bedrohlich empfunden werden und Menschen dazu bewegen bzw. zwingen, ihre Heimat, d.h. ihr Dorf, ihre Stadt, ihre Region oder ihr Land zu verlassen. Diese können sehr unterschiedlicher Art sein und umfassen sowohl demografische, ökonomische, soziale, ökologische, politische, rechtliche, ethnisch-religiöse oder auch individuelle Faktoren.

Als eine der wichtigsten Schubkräfte für Migration gilt das Bevölkerungswachstum, dem wieder verschiedene sozioökonomische und politische Ursachen zugrunde liegen und welches selber Ursache von Schubfaktoren wie Armut, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung bezeichnet werden kann.

Flucht und Asyl

Der UNHCR schätzt, dass neben den 21 Millionen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen aus ihrer Heimat geflohen sind, zwischen 20 und 25 Millionen Menschen

innerhalb ihrer Heimatländer aufgrund innerstaatlicher Konflikte vertrieben wurden. 2005 befanden sich nach Angaben der UN 9,2 Millionen Menschen auf der Flucht.

Flüchtlinge zählen zur wehrlosesten MigrantInnengruppe. Der Entschluss, ihre Heimat zu verlassen, ist immer ein erzwungener. Daher genießen Flüchtlinge besonderen Schutz. Die Jusos Thüringen sehen diesen Schutz in Thüringen und Deutschland jedoch nicht gewährt.

Viele Opfer rassistischer und rechtsradikaler Gewalt in Deutschland haben eines mit Willy Brandt, Thomas Mann, Bertolt Brecht und anderen gemeinsam: Sie sind Flüchtlinge. Sie mussten ihr Heimatland verlassen, um einer Verfolgung zu entgehen. Flüchtling ist eine Person, „die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann, oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will“. So lautet die Definition der Genfer Flüchtlingskonvention.

Dabei sollten wir uns bewusst machen, dass jene Menschen, die bei uns in Europa Schutz suchen keine Fremden, mit uns unbekanntem Problemen sind. Viele der Fluchtursachen hat Europa direkt oder indirekt mitzuschulden. Ein Beispiel ist die EU-Agrarpolitik, welche durch einseitige Subventions- und Preissenkungspolitik den Entwicklungsländern die Partizipation am Welthandel erschwert, bzw. unmöglich macht.

Über die in Artikel 16a des Grundgesetzes festgelegte Drittstaatenregelung wird quasi die Einreise von Migranten nach Deutschland verhindert. Das Grundgesetz besagt, dass Asylsuchende sofort wieder in einen sicheren Drittstaat abgeschoben werden, sobald sie in die Bundesrepublik eingereist sind. Alle Deutschland umgebenden Staaten gelten als sichere Drittstaaten, so dass keine illegale Einreise auf dem Landweg möglich ist, wenn ein Asylantrag gestellt werden soll.

Flüchtlinge und AsylbewerberInnen werden in Deutschland besonders häufig unter Verdacht gestellt, ohne zwingenden Grund um Asyl zu bitten; von „massenhaftem Asylmissbrauch“ ist dann die Rede. Dass unter diesen Anschuldigungen vor allem die Mehrheit der tatsächlich Verfolgten und Schutzbedürftigen zu leiden hat, ist klar und begründet umso mehr den Einsatz für deren Rechte.

Zudem muss es uns Jusos als feministischem Richtungsverband ein Anliegen sein, den Fokus besonders auf die vernachlässigte Rolle der Frau im Migrationsprozess zu richten. So sind auch sie Verfolgte aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder sprachlichen Minderheit, oder wegen ihrer Mitgliedschaft in einer politischen Bewegung. Bei Frauen werden diese Motive jedoch zusätzlich durch sexistische Übergriffe wie Vergewaltigungen, genitale Verstümmelung, Zwangssterilisation und erzwungene Schwangerschaft verschärft.

Die besondere Situation, in der sich verfolgte Frauen befinden, muss in Zukunft eine größere Beachtung erfahren!

Situation in Thüringen

Ende 2004 lebten in Thüringen 5.809 Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekamen (einschließlich Kinder), dies sind 0,25 % der Gesamtbevölkerung. Die Lebenssituation von Asylsuchenden unterscheidet sich in vielen Punkten vom Leben anderer Menschen in Deutschland. Neben alltäglichem Rassismus, Schlechterbehandlung und Ausgrenzung wird die Lebenssituation von Asylsuchenden durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen beeinflusst, die für die deutsche Bevölkerung keine Rolle spielen, wie z. B. durch das Aufenthaltsgesetz, die Beschäftigungsverfahrensordnung u.v.m.

Finanzielle Situation

Asylsuchende beziehen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Während ALG II bzw. Sozialhilfe das Existenzminimum sichern soll, sind die Leistungen für Migranten noch einmal 35 Prozent geringer. Häufig bekommen sie kein Bargeld, sondern Gutscheine, mit denen sie nur in bestimmten Geschäften einkaufen können.

Wohnen

Asylsuchende können sich nicht aussuchen, wo sie wohnen möchten, sondern sie werden nach einem Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Dort kommen sie zunächst für max. drei Monate in so genannte Erstaufnahmeeinrichtungen, bevor sie auf die Landkreise verteilt werden. Die so genannte Residenzpflicht verbietet es ihnen, den zugeteilten Landkreis zu verlassen, Ausnahmebescheinigung Kosten Geld und Zeit. Viele der Asylsuchenden werden in Gemeinschaftunterkünften untergebracht (78% in Thüringen). Mehrbettzimmer mit einem durchschnittlichen Platz von 6 m² pro Person, sowie die gemeinsame Nutzung von Küchen und sanitären Einrichtungen schränken die Privatsphäre stark ein und führen zu enormen Belastungen.

Medizinische Versorgung

Asylsuchende erhalten oftmals nur eine eingeschränkte medizinische Versorgung, die sich auf die Behandlung akuter Erkrankungen beschränkt. Ohne Krankenkassenversicherung können sie nicht einfach zum Arzt gehen. Die Behandlung chronischer Krankheiten wird in der Praxis meist abgelehnt.

Sprache und Bildung

Seit dem 1. Januar 2005 gibt es so genannte Integrationskurse, an denen Asylsuchende jedoch nicht teilnahmeberechtigt sind. Sie erhalten keinerlei obligatorische Sprachangebote. Weiterhin haben Asylsuchende keinen Anspruch auf ein Studium, bzw. den Abschluss an einer Hochschule.

Arbeit

Während des ersten Jahres ihres Aufenthaltes in Deutschland dürfen Asylsuchende generell nicht arbeiten oder an einer beruflichen Weiterbildung teilnehmen. Findet danach eine asylsuchende Person eine Stelle, so muss sie bei der Arbeitgeberin für Arbeit um die Erteilung einer Arbeitserlaubnis ansuchen. Diese kann erteilt werden, wenn:

kein/e Deutsche/r oder ihnen rechtlich gleichgestellte Person für die Stelle zu Verfügung steht

kein/e EU- Ausländer/in für die Stelle zur Verfügung steht.

Wird eine bevorrechtigte Person gefunden, so muss diese beschäftigt werden. Diese so genannte Vorrangprüfung dauert vier bis acht Wochen. Gerade bei kurzfristigen Arbeitsgelegenheiten führt dies dazu, dass Arbeitgeber ganz auf die Einstellung von Asylsuchenden verzichten.

Wird eine Arbeitserlaubnis erteilt, so ist diese auf eine konkrete Stelle in einem bestimmten Betrieb beschränkt und gilt zeitlich befristet. Ca. sechs Wochen vor Ablauf muss eine neue Erlaubnis beantragt werden. All diese Hemmnisse machen eine legale Beschäftigung sehr schwer und nehmen den MigrantInnen die Motivation sich in den Arbeitsprozess einzugliedern.

Integration

Ein Begriff, der mit inflationärer Verwendung alle sind dafür und jeder meint etwas anderes, meistens etwas, dass dem eigentlich Sinn (lat.: integrare- zu einem Ganzen zusammen fügen) widerspricht. Das schließt zunächst einmal die Vermutung aus, MigrantInnen hätten sich so anzupassen, dass sie von Deutschen nicht mehr zu unterscheiden sind, sich also zu assimilieren. Grundlage von Integration ist eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft. Einen Endpunkt von Integration gibt es nicht. Sie ist vielmehr ein Prozess, bei dem beide Seiten gefordert sind. Aus Sicht der MigrantInnen umfasst Integration zunächst einmal die Bereitschaft, ihren Teil zur Entwicklung des Landes und der Gesellschaft beizutragen und im Gegenzug die Rechte nutzen zu können, die Staat und Gesellschaft bieten. Das schließt die Anerkennung der im Grundgesetz festgelegten Grund- und Menschenrechte ein. Diese Kombination von Pflichten und Rechten schafft eine Verbundenheit zur Gesellschaft. Aus Sicht der deutschen Gesellschaft bedeutet Integration Sicherung eines friedlichen Zusammenlebens durch eine immer wieder neu herzustellende Kultur der

Akzeptanz, die es den MigrantInnen ermöglicht, unter Beibehaltung ihrer ethnischen, kulturellen und religiösen Identität ihren Lebensmittelpunkt in dieser Gesellschaft zu finden und zu sichern.

Integration steht somit im engen Zusammenhang mit Partizipation- MigrantInnen nicht als lethargischer Störfaktor, sondern als aktiv mitgestaltender Teil unserer Gesellschaft. Wichtig ist dabei die Partizipation ausländischer MitbürgerInnen an den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen.

Hier herrscht in Deutschland, Thüringen noch großer Aufholbedarf. Gelten die MigrantInnen nämlich als nicht eingebürgert, so bleiben ihnen jegliche Staatsbürgerrechte, wie das Wählen verwehrt. Zudem stehen ihnen Grundrechte, sei es die Versammlungsfreiheit, oder die Freiheit der Berufswahl nicht zu. Als eingebürgert gilt nur, wer sich acht Jahre lang ununterbrochen und rechtmäßig in Deutschland aufgehalten hat, wobei Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nicht eingebürgert werden.

Diese Verfahren zeigen, mit wie wenig Sensibilität den MigrantInnen in Deutschland entgegengetreten wird und wie sehr sie als reine „Objekte“ abgehandelt werden. Partizipation wird in Deutschland als Einbürgerung definiert- das ist zu wenig und darf nicht sein. Die Jusos Thüringen setzen sich für eine aktive, an den MigrantInnen orientierte Migrationspolitik ein, welche die direkte und uneingeschränkte Teilhabe an gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Prozessen beinhaltet.

Einwanderung ist nicht denkbar ohne Integration. Daher fordern die Jusos Thüringen ein umfassendes Einwanderungsgesetz, das Integrationsangebote, wie Sprachkurse, berufliche Qualifizierungsmaßnahmen, Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung, Bildung und Ausbildung für Kinder und Ehegatten beinhaltet.

Besonders rechte Strömungen machen sich die Entwicklungen des fortschreitenden Migrationsprozesses für ihre populistische und falsche Propaganda zu eigen. Mit der Idee einer deutschen Leitkultur und der strengen Einteilung der Welt in Kulturräume, lassen sich bestimmte Menschen schnell einfach ausgrenzen, benötigte Entwicklungs- & Veränderungspotenziale werden untergraben. Starke Vorurteile und Stereotypen prägen leider noch immer das Bild der ausländischen Mitbürger. Gefördert werden diese Zerrbilder von einer durch ausländerfeindliche Hetze geprägte Meinungsmache in der „deutschen Öffentlichkeit“, also nicht nur am rechten Rand.

Es ist damit die Aufgabe von uns Jungsozialisten, die Aufklärung der Schicksale von MigrantInnen zu fördern und dabei immer wieder die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten zu betonen, unter denen die Menschen leiden. Wir müssen einstehen für ein radikales Verbot von rassistischen Verfehlungen (offene wie verdeckte) sowie die uneingeschränkte Aufdeckung und Entlarvung solcher. Wir als Jusos, die wir ein Menschenbild der grundsätzlichen Gleichheit und Solidarität vertreten, müssen gegen falsche Bilder in den Köpfen der Menschen ankämpfen und MigrantInnen und ihr Schicksal in der Gesellschaft besser integrieren. Wir müssen es schaffen durch gezielte Kampagnen und Aufklärung MigrantInnen stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rufen, besonders wichtig ist dabei die Verdeutlichung der positiven Möglichkeiten, die Migration bietet. Wir müssen den Menschen zu verstehen geben, dass die Entwicklung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes davon abhängt, wie wir mit den Menschen umgehen, die sich in ihrer Not vertrauensvoll an unser Land richten. Unsere Verantwortung erkennend, ist es unsere Pflicht, diesen Menschen die bestmöglichen Bedingungen in unserem Land zu erstreiten und zu erkämpfen.

Daher fordern wir:

1. die Gewährung der deutschen Staatsbürgerschaft nach spätestens fünf Jahren Aufenthalt.
2. die Förderung kostenfreier und flächendeckender frühkindlicher Bildungs- und Betreuungsangebote für MigrantInnen
3. den Ausbau von Sprachförderprogrammen
4. die Einführung eines europäisch vereinheitlichten Asylrechts, das allen Menschen Asyl gewährt, deren Leib und Leben in Gefahr ist, ohne Berücksichtigung der Gründe für die Gefährdung. Weiterhin eine Umkehrung der Beweislast.

5. die Abschaffung des Artikels 16a GG und die Aufnahme eines individuellen Grundrechts auf Asyl für alle Flüchtling in das GG
6. die Abschaffung der Drittstaatenregelung
7. eine Neuordnung des Wahrechts bezüglich Nicht EU BürgerInnen
8. die Einführung des Antidiskriminierungsgesetzes, mit einem Verbandsklagerecht, zur Bekämpfung der direkten und offenen Diskriminierung von MigrantInnen auf Arbeits-, Ausbildungs- und Wohnungsmarkt, sowie im gesellschaftlichen und öffentlichen Bereich.
9. die Einführung eines Mindestlohns für sogenannte ArbeitsmigrantInnen
10. die Abschaffung der Residenzpflicht und der Lebensmittelgutscheine im Asylbewerberverfahrens-beziehungsweise Asylbewerberleistungsgesetz

E2 |

International!

Wir leben in einer Welt, die uns einerseits immer weiter zusammenrücken lässt, die andererseits aber auch die Kluft zwischen arm und reich, zwischen entwickelten und noch sich entwickelnden Teilen der Welt immer größer werden lässt. Die internationale Linke sieht sich heutzutage ganz anderen Problemen entgegengestellt, als es noch vor 100 Jahren der Fall war. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit scheint gelöst zu sein oder einfach nur auf andere, größere und noch unüberschaubarere Dimensionen verlagert? Wie stehen wir zu Globalisierung, Verteilungsgerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit. An was denken wir, wenn wir an Europa denken?

Wir sind die progressive Kraft. Wir müssen linke Konzepte und Strategien entwickeln, um diese Welt nach unseren Vorstellungen und Idealen zu verändern. Die Jusos Thüringen gehören einem sozialistischen, feministischen und internationalistischen Richtungsverband an, lasst uns diesem Ruf auch gerecht werden. Als Jungsozialisten und Jungsozialistinnen sind wir sowohl europäisch durch ECOSY mit anderen sozialistischen Jugendorganisationen als auch weltweit mit IUSY vernetzt. Wir sollten als Thüringen diese Vernetzung besser und intensiver nutzen, um unsere Ideen einzubringen.

Idee Europa

Mit der Idee Europa ist nicht die bereits implementierte Freihandelszone und Währungsunion gemeint, vielmehr die Idee von geteilten Werten, gemeinsam erlebter und erlittener Geschichte, großartiger Gedanken, die uns eint. Viel zu lange hat sich Europa als eine Kooperation von Wirtschaftspartnern verstanden, wenn wir über diesen Status hinauskommen wollen, müssen wir als linke progressive Kraft Konzepte eines gemeinsamen solidarischen Europas entwickeln. Wie kann ein soziales Europa aussehen? Wie kann eine Gemeinschaft aussehen, die durch ihre und mit ihren Bürgern lebt. Die europäische Integration ist längst Realität, die Frage ist, wie wir sie vertiefen und weiteren Bewerberinnen eine faire Chance zum Beitritt ermöglichen.

Dringend notwendig ist auch eine kohärente europäische Migrationspolitik, die nicht mit der Abschottung Europas endet, sondern die Frage stellt, warum Europa für viele Menschen von Außen das gelobte Land darstellt.

Kooperation auf europäischer Ebene

Die ersten Schritte für eine Kooperation sind mit dem Besuch der finnischen Partnerorganisation SONK noch in diesem Jahr getan. Wir sollten die Kontakte zu anderen europäischen Jugendorganisationen suchen und vertiefen. Wir können von den Erfahrungen und Entwicklungen in anderen Ländern profitieren und unseren Verband nach Europa öffnen. Erstrebenswert ist die Erarbeitung gemeinsamer Positionen auf europapolitischer Ebene wie der Erarbeitung einer Idee für ein vereintes soziales Europa.

Migration

Europa ist für viele Menschen in der sich entwickelnden Welt, besonders Afrika das geheiligte Land, das es unbedingt zu erreichen gilt.

Gemeinsam müssen sich europäischen Linken Konzepte erarbeiten, die es diesen Mensch nicht mehr notwendig macht von einem fernen Europa zu träumen, weil es ihnen und ihren Familien in ihrer eigenen Heimat nicht möglich ist zu überleben. Gemeinsam müssen wir überlegen, wie wir die Menschen, die sich bereits auf den Weg nach Europa gemacht haben, empfangen. Und damit ist keinesfalls die momentane europäische Grenzpolitik gemeint, die die Migranten zu Kriminellen degradiert, sofern diese das Mittelmeer überhaupt lebend überquert haben.

Globalisierung

Mit der weltweiten Verflechtung von Menschen, Informationen und Gütern durch die informationstechnischen Fortschritt sehen wir uns auch neuen Herausforderungen entgegengestellt. Traditionell ist die Linke der Globalisierung aus Angst vor wirtschaftlicher Ausbeutung durch wenige Weltmarktführende Unternehmen und der Ausbeutung negativ gegenüber eingestellt. Das reicht aber nicht. Wir können diesen Prozess nicht mehr rückgängig machen, sondern müssen Ideen entwickeln, wie eine zusammenrückende Weltgemeinschaft dies nicht nur in ökonomischen Dimensionen tut, mit der Ausbeutung einzelner Weltregionen, sondern wie wir solidarisch mit der sich entwickelnden Welt zusammenarbeiten können.

„The UN Millenium Development Goals“

Im September 2000 stimmten die Führer der teilnehmenden Nationen auf dem Jahrtausend Gipfel der Vereinten Nationen überein, sich für eine nachhaltige Entwicklungspolitik einzusetzen und die Gefahren unserer Zeit wie Armut, Hunger, die Ausbreitung von Krankheiten wie AIDS, Analphabetismus, Diskriminierung von Frauen und die umweltpolitischen Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Die teilnehmenden Regierungen vereinbarten die Entwicklungshilfemittel ihrer Länder aufzustocken um dieses Ziel bis 2015 erreichen zu können. Wir sind so weit wie noch nie von diesem Ziel entfernt. Die Mitglieder dieses VN- Gipfels haben zu großen Teilen ihr Versprechen nicht eingehalten. Auch Deutschland ist mit seinen 0,28 Prozent Entwicklungshilfebeitrags von den vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts noch weit entfernt. Wir als JungsozialistInnen müssen deutlich machen, dass wir uns mit sich entwickelnden Welt solidarisieren.

Darunter verstehen wir auch das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das sich die Bedürfnisse unserer Generation erfüllen lässt, zugleich aber nicht die Ressourcen nachfolgender Generationen verschwendet.

Wir haben als links ausgerichteter Jugendverband eine Verpflichtung, die es einzuhalten gilt. Wir sind nicht nur für unsere unmittelbare Umgebung verantwortlich, sondern müssen uns mit den weniger begüterten und benachteiligten Regionen dieser Erde solidarisieren!

E3 |

Stärkung der gemeinsamen Identität europäischer BürgerInnen durch eine gemeinsame Sprache

Der Juso Landesverband Thüringen beantragt auf dem nächsten Juso-Bundeskongress und auf dem nächsten SPD-Landesparteitag folgende politische Zielsetzung:

Durch die standardmäßige Einführung der englischen Sprache in den [Thüringer bzw. bundesdeutschen bzw. europäischen] Kindereinrichtungen und Vorschulen wird ein Aufwachsen in „spielerischer“ Zweisprachigkeit gewährleistet. Die Zweisprachigkeit wird dann ab der 1. Klasse in der Grundschule weitergeführt.

E5 |

Antifaschismus im Stadion

In deutschen Stadien sind in den letzten Jahren erschreckend viele rechtsextreme Gesänge, Banner und Übergriffe gehört, gesehen und verübt worden. Oftmals stellen sich kleinere Teile der Fanszene eines Vereins als offen rechtsradikal dar. Allerdings werden oft ganze Fanszenen zu unrecht dem rechten Lager zugeordnet, da Einzelne durch diverse Aktionen aufgefallen sind.

Dabei sind solche Vorfälle hauptsächlich in den Ligen 3 und 4 zu beobachten. Durch die starke Überwachung von Bundesligaspielen und -stadien kommt es in Liga 1 kaum noch zu bemerkenswerten Vorfällen. In der 2. Bundesliga waren es in der Vergangenheit vor allem ostdeutsche Fanszenen, die negativ auf sich aufmerksam machten. Die Berichterstattung der Medien war hier jedoch in fast allen Fällen völlig deplaziert. Aufgrund der weniger strengen (Video)Überwachung nutzen einige Gruppen das Forum in der Regional- oder Oberliga. Durch die angespannte wirtschaftliche Situation und das ohnehin verstärkte Auftreten von Rechtsextremen in den neuen Bundesländern entstand in den letzten Jahren der Eindruck, viele ostdeutsche Fanszenen seien per se rechtslastig.

Wir Jusos befürworten eine strengere Vorgehensweise der Polizei gegen rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und anderweitig diskriminierende Vorfälle in und um deutschen Stadien.

Des Weiteren soll die Förderung von Vereinen, Bürgschaften für selbige etc. stärker von der Vereinspolitik gegen o.g. Auswüchse abhängig gemacht werden. Dabei kann das Land Thüringen bspw. eine Mustersatzung für Sportvereine vorgeben, deren Übernahme zwar freiwillig ist, Vereine mit einer Umsetzung jedoch "belohnt" werden können.

Die Jusos Thüringen fordern die Einsetzung von Landesmitteln, so z.B. aus den Überschüssen der staatlichen Lotteriegesellschaft Thüringen an Vereine zu koppeln, deren Fanarbeit sich klar gegen jegliche Diskriminierung stellt!

Wir Jusos wollen damit die Zahl von rechtsextremen Gesängen und Übergriffen in Stadien reduzieren. Rechtsextremes Gedankengut darf nirgendwo ein Forum finden, auch nicht im Stadion!

Durch die Duldung so gearteter Vorfälle sind in den letzten Jahren unzählige Fans verschreckt worden, in Bezug auf rechtsradikales Gedankengut sind in einigen Stadien (Ost)Deutschlands quasi rechtsfreie Räume entstanden. Mit dieser Entwicklung spielt man Rechtsextremen in die Hände, die diesen Nährboden unter oft sehr jungen Fans für ihre Propaganda ausnutzen.

Beispiele/Belege:

1. Beim Zweitliga-Spiel Dynamo Dresden - Energie Cottbus in der letzten Saison zeigten einige der mitgereisten Cottbuser ein Transparent auf dem "Juden" stand. Das "d" war durch das Dynamo-Vereinswappen symbolisiert. Im Hinspiel hatten die Dresdner ihrerseits die Cottbuser mit einem "Zigeuner" - Transparent verhöhnt.
2. Bei einer A-Jugendbegegnung in der Rückrunde der Saison 2005/06 der Stadtrivalen Sachsen Leipzig und Lok Leipzig formierten sich knapp 50 Lok-Fans im Gästeblock zu einem Hakenkreuz.
3. Beim Oberligaspiel Hallescher FC - FC Sachsen Leipzig wurde der Farbige Sachsen-Spieler Adebowale Ogungbure von Hallensern körperlich und verbal angegriffen. Der Fall produzierte ein starkes Medienecho, da Ogungbure mit einem Hitlergruß in Richtung der Hallenser reagierte. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen den Nigerianer wurden glücklicherweise schnell eingestellt. Die Verurteilung eines Nigerianers wegen Zeigen des Hitlergrußes wäre unter diesem Hintergrund wohl sehr zynisch erschienen. Fans des FC Sachsen reagierten auf die Vorfälle mit der Aktion "Wir sind Ade". Auf der Internetseite kann sich jedeR an dieser Aktion beteiligen. Die Mannschaft ging gleich mit gutem Beispiel voran, indem sie ihre Gesichter schwarz bemalte, und Ogungbure, weiß bemalt, für ein Foto in ihre Mitte stellte.

4. Die Gegner werden in Fangesängen nicht selten mit dem alten Feindbild der Rechtsextremen als Juden betitelt. Andere Gruppen, wie Farbige und Homosexuelle müssen ebenso zur Diffamierung gegnerischer Spieler und Fans herhalten. Diese Vorgänge können auch in Thüringen beobachtet werden. Die Gefahr liegt unseres Erachtens nicht in der kleinen Zahl derjenigen, die dies auch so meinen, sondern in der ebenso kleinen Zahl von Stadionbesuchern, die es unreflektiert übernehmen, sowie in der erschreckend hohen Zahl von Menschen, die ihren Unmut nicht, oder allenfalls sehr leise kundtun.

Fazit:

Die einzigen nennenswerten Fußball-Fanszenen in Thüringen, Rot-Weiß Erfurt und Carl Zeiss Jena, sind zwar nicht negativ medienwirksam aufgefallen, jedoch sind Probleme mit Diskriminierung auch hier zu beobachten. Nicht nur um das Image der genannten Vereine zu schützen, muss hier präventiv vorgegangen werden.

Einige Vereine haben sich in der Vergangenheit schon gegen Rassismus u. ä. engagiert. In der Bundesliga ist hier Schalke 04 Vorreiter. Die Mitgliedschaft bei Schalke und der Besuch des Stadions ist laut Vereinssatzung nicht vereinbar mit der Mitgliedschaft in rechtsextremen Parteien u.ä. Organisationen (Kameradschaften etc.). Weiterhin ist das Tragen rechtsextremer Symbole und das Skandieren von einschlägigen Parolen untersagt. Das Zuwiderhandeln führt zu Ausschluss aus Verein und Stadionverbot "Auf Schalke".

Quellen: Stadionwelt, BAFF

Fotos lassen sich auf der Internetseite des BAFF anschauen.

BAFF=Bündnis Aktiver Fußball-Fans, engagiert sich gegen Repressalien, sterbende Fankultur, Rassismus und Sexismus im Fußball.

Fall Ogungbure: www.wir-sind-ade.de

F

Gesundheit

F1 |

Gesundheitsreform effizient und sozial gerecht

Zum Bürgerversicherungsmodell der SPD zur Reformierung des Gesundheitssystems gibt es bislang keine Alternative. Vor allem die Kompromisse der großen Koalition im Gesundheitssektor mit der teilweisen Öffnung zur Einführung von Kopfprämien stützen die Zwei-Klassen-Medizin, wodurch sozial schwache Bevölkerungsschichten langfristig benachteiligt werden.

Die schwarz-rote Koalition zielt mit ihren Reform-Eckpunkten vor allem auf die Befriedigung kurzfristiger, parteipolitischer Interessen, um ihre Spitzen öffentlich zu profilieren, statt eine optimale und sozial gerechte Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen.

Gesundheit und Ökonomie

Gesundheit ist ein Wunsch, den man guten Freunden gern mit auf den Weg gibt und dessen Wert nicht erst seit der aufkommenden Reformdiskussion zum unschätzbaren Gut geworden ist. Gesundheit steht jedem zu. Sie darf in Industrieländern kein Luxus mehr sein. Die jährlichen Ausgaben im Gesundheitssektor sind keine „lästigen“ Kosten des Sozialstaats, sondern Investitionen mit Auswirkungen für die gesamte Volkswirtschaft.

Wenn Wirtschaftsforschungsinstitute nach der FIFA WM 2006 mit einer Schwächung des BIP allein durch täglich 15-minütige Diskussionen deutscher ArbeitnehmerInnen über die Spiele des Vortages am Arbeitsplatz von etwa 0,4 % ausgehen, ist anzunehmen, welche Auswirkungen es hätte, wäre die Aufstellung der Nationalmannschaft nicht am Arbeitsplatz, sondern am Krankenbett besprochen worden. Krankheit ist also verlorene Arbeitszeit, deren Vermeidung das Beispiel als sinnvolle Investition hinreichend darstellt.

Solidarität als Versicherungsprinzip

Da das Wohlbefinden der arbeitenden Bevölkerung (übrigens auch derer, die sich auf den Einsatz volkswirtschaftlicher Beiträge erst vorbereiten) so wichtig ist fürs gesellschaftliche Auskommen, ist es umso weniger begreiflich, dass gerade die größten Profiteure dieses Systems den geringsten Beitrag dazu leisten. Wo Steuergesetze auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen abstellen, verkennen Sozialgesetze das enorme Potenzial, das in der verfassungsrechtlich normierten Gleichheit der Menschen steckt.

Gerade das persönliche Einkommen eines Jeden ist Indikator dessen Leistungsfähigkeit. Es ist deshalb gerecht(fertigt), sachlogisch und ökonomisch sinnvoll, die Beiträge für einen optimalen Versicherungsschutz der Bevölkerung proportional an die Einkommen zu knüpfen, statt durch Beitragsbemessungs- bzw. Versicherungspflichtgrenzen der Sozialversicherung Geld und unsozial wäre es darüber hinaus, einzelnen Personen Versicherungsleistungen vor zu enthalten.

Beiträge sichern Leistungen – und Arbeitsplätze

Durch die traditionelle Berechnung der Versicherungsbeiträge nach Arbeitseinkommen werden Einkünfte aus Kapital bislang nicht berücksichtigt. Aber auch diese spiegeln das wider, was eine Person zu leisten im Stande ist. Ohne eine angemessene Berücksichtigung dieser Einnahmen bei der Beitragspflicht wäre eine logische Schlussfolgerung nicht zu ziehen.

Fraglich ist, ob die vorab so bezeichneten Beiträge auch rechtstechnisch sinnvolles Instrument zur Finanzierung der Sozialversicherungen sein sollen. Die Zweckbindung dieser Art der Geldleistung lässt die Argumente für eine ausschließliche Steuerfinanzierung gänzlich in den Hintergrund treten.

So steht die Nutzung der Sozialversicherungsbeiträge zum Stopfen von Haushaltslöchern nicht zur Debatte. Eine Steuerfinanzierung wäre überdies auch nur durch eine Anhebung der Verbrauchssteuern möglich, ohne tatsächlich volkswirtschaftlichen Nutzen.

Dabei muss ebenso bedacht werden, dass Krankenkassenbeiträge auch die Löhne und Gehälter derjenigen sind, die durch ihre Arbeit das Gesundheitssystem verkörpern, nämlich unter anderem Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenschwestern und Pfleger.

Versicherungsfremde Leistungen

Viel mehr sollten Versicherungsleistungen, für welche keine Beiträge erhoben werden, auch nicht aus Beitragseinnahmen finanziert werden. Speziell für die Familienversicherung sollte im Bundeshaushalt ein ausreichendes Budget zur Verfügung stehen. Auf diese Weise kommt der Staat nicht nur seinem verfassungsrechtlichen Auftrag zur Familienförderung bzw. besonders schutzwürdiger Personen nach, er sichert auch das Kostendeckungsprinzip in der Sozialversicherung, nämlich die ausschließliche Finanzierung von Versicherungsleistung aus Beiträgen.

Gleiche Leistungen für Alle

Nicht zuletzt mit der Würde des Menschen wäre es unvereinbar, würden Versicherungsleistungen in ähnlich oder gleich gelagerten Fällen unterschiedlich zur Verfügung gestellt werden. Alle Menschen sind gleich, sie aufgrund ihrer sozialen Herkunft, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung zu diskriminieren, widerspräche nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch unserem politischen Grundverständnis.

Um diesem Prinzip Geltung zu verschaffen, bedarf es einer umfassenden Absicherung aller gesundheitlichen Risiken durch die Sozialversicherung auf Grundlage neuester medizinischer Erkenntnisse. So wird die Notwendigkeit von Zusatzversicherungen vermieden, die eine medizinische Versorgung von der sozialen Herkunft abhängig machen würde.

Positivliste für Medikamente

In der Konkurrenz der Pharmaunternehmen kommt es nicht selten zum Verkauf gleicher Arzneimittel mit unterschiedlicher Verpackung bzw. Marke. Jedoch sind die Preisspannen solcher Medikamente oft sehr groß, da ein Wettbewerb meist deshalb nicht statt findet, weil seitens der Ärzte selten nur Wirkstoffe, statt dessen aber die Medikamente selbst verschrieben werden. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dann zur Zahlung auch der teuren Arzneimittel verpflichtet, obwohl sich die Wirkung von den billigen nicht unterscheidet.

Deshalb muss, um unnötige Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu vermeiden, die Verschreibung nur der Wirkstoffe energischer durchgesetzt und eine effizienter Nutzung der Arzneimittelbudgets sichergestellt werden.

Schon seit längerem ist eine so genannte „Positivliste“ im Gespräch, welche Medikamente nach ihrer Wirkung beurteilt und nur diejenigen Arzneimittel von der Krankenkasse gezahlt werden müssen, die zum niedrigsten Preis den größten Nutzen erzielen. Bei Medikamenten gleichen Wirkstoffs müssten Patienten für den Luxus einer Marke extra zahlen.

Oben genannten Forderungen im politischen Alltag Gehör zu verschaffen ist Ziel der Jusos Thüringen. Nur eine Umsetzung dieser Eckpunkte garantiert soziale Gerechtigkeit und die Wahrnehmung grundrechtlicher Freiheiten jedes Einzelnen.

F4 |

Abbau von Zigarettenautomaten

Die Jusos Thüringen fordern, dass in allen Gemeinden die Zigarettenautomaten abgebaut und durch Kondomautomaten ersetzt werden. An diesen Kondomautomaten soll auch Informationsmaterial zum Thema AIDS ausliegen.

G

Inneres, Demokratie, Engagement

G1 |

Föderalismusreform - Strafvollzug

Am 30. Juni 2006 hat der Bundestag mit einer 2/3-Mehrheit die Föderalismusreform beschlossen.

Konkret ging es bei dieser Reform um den Abbau gegenseitiger Blockaden durch Verringerung der Zustimmungspflichtigkeit von Bundesgesetzen, eine stärkere Trennung der Aufgaben von Bund und Ländern durch Abschaffung der Rahmengesetzgebung, eine klarere Finanzierungsverantwortung durch Abbau von Mischfinanzierungen und Neufassung der Finanzhilfen und um die Verbesserung der Europatauglichkeit des Grundgesetzes.

Viele Kompetenzen wurden aufgeteilt bzw. neu verteilt unter anderem auch der Strafvollzug. Der Gesetzgebungsprozess für den Strafvollzug ist dabei vom Bund an die Länder gegangen.

Bei diesem Schritt sehen wir folgende Probleme:

Bisher gab es eine einheitliche Regelung über z.B. die Ausstattung der Gefängnisse, Mindeststandards der Haftbedingungen oder Ausgangserlaubnisse. Die Regelungen dafür obliegen nun den Ländern. Die Kleinstaaterei ist somit vorprogrammiert.

Die Übertragung dieser Aufgabe in die Hände der InnenministerInnen der Länder bedeutet zeitgleich eine Ideologisierung des Strafvollzugs. Dererlei Leute haben sich schon in der jüngeren Vergangenheit zum vermeintlichen Wohl der innen Sicherheit für eine schärfere Strafgesetzgebung stark gemacht. Wir befürchten daher, dass sich mit der Übertragung des Vollzugs auf die Länder auch die Qualität in solch ideologische Bahnen gerät. Wegsperr- und Vollzugsmentalität könnten somit in deutsche Gefängnisse einkehren und den Gedanken der Resozialisierung in den Hintergrund drängen. Gerade diesen gilt es jedoch voranzutreiben. Dabei gilt es zu bedenken, dass das Risiko „rückfällig“ zu werden, bei Verwahrvollzug deutlich höher ist, als bei Behandlungs- und Resozialisierungsvollzug.

Ein weiteres Problem ist, dass jedes Land nun in Eigenverantwortung Gesetze verschärfen kann. Es muss darauf geachtet werden, dass die gesetzliche Gestaltung des Strafvollzugs nicht in wahltaktische Überlegungen mit einbezogen wird. Leider eigenen sich Landtagswahlkämpfe für solche Gedanken. Die Gemüter der BürgerInnen erhitzen sich leider eher an Fragen des Strafvollzugs als an Diskussionen über Kindergärten und Verwaltungsreformen. So sehr wir dies bedauern, gilt es diese Tatsache zu berücksichtigen. Landtagswahlkämpfe könne somit durch die Argumente von innenpolitischen Hardlinern angefeuert werden. Einer solchen Entwicklung stellen wir uns entgegen. Gesetze, die den Strafvollzug regeln sollen, müssen auf lange Sicht ihren Zweck erfüllen und dürfen nicht aus wahltaktischen Gründen erwogen werden, damit KandidatInnen Wahlen gewinnen.

Ein letzter Aspekt, den es zu berücksichtigen gilt, ist die finanzielle Ausstattung der Länder. Durch die neuen Regelungen beim Strafvollzug richtet sich dieser nun nur noch an den finanziellen Gegebenheiten der Länder aus. Je besser diese ist, desto optimaler kann der Vollzug umgesetzt werden – oder eben nicht! Nicht mehr die Frage nach der Qualität, sondern der Stand der Landeskasse bestimme dann die Ausrichtung des Strafvollzugs.

Freiheit ist einer unserer Grundwerte und jemanden einzusperren ist der stärkste Eingriff in die Freiheit der Menschen und muss besonders sensibel behandelt werden. Mit den Vereinbarungen der Föderalismusreform wurde der Strafvollzug aber nun zum Spielfeld der Länderfürsten und ihrer Innenpolitiker gemacht. Dieses Thema sollte unserer Meinung nach ausschließlich durch den Bund betreut werden.

Daher fordern wir:

- die Rücküberführung des Strafvollzuges in Bundeshand (Legislativgewalt),
- die Übergabe aller Vollzugsaufgaben an den Bund (Exekutivgewalt),
- die Wahrung der Einheit von Vollzugsregelungen im gesamten Bundesgebiet,
- den Ausbau von Resozialisierungsmaßnahmen.

Bis zu diesem Zeitpunkt fordern wir die Länder auf:

- gegenseitige Abstimmung der zuständigen Fachminister in der InnenministerInnenkonferenz
- Wahrung und Förderung der Idee der Resozialisierung durch entsprechende Maßnahmen
- Selbstverpflichtung der Länderparlamentarier und potentieller Kandidaten das Thema aus Wahlkämpfen herauszuhalten
- Sicherung des finanziellen Rahmens in den einzelnen Länderhaushalten zur Gewährleistung eines reibungslosen Vollzugs

G2 |

Herabsenkung des Wahlalters in Thüringen!

- Antrag an den Landesparteitag der SPD Thüringen -

Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Thüringen setzt sich konsequent für die Herabsenkung des Mindestalters zur Wahrnehmung des aktiven Wahlrechts bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre ein. Die SPD Thüringen setzt sich zum Ziel, die Herabsenkung des Wahlalters bis zu den nächsten Kommunal- und Landtagswahlen zu erwirken. Dafür stellt die Landtagsfraktion der SPD in Thüringen die nötigen Anträge im Landtag.

G3 |

Musik schulen!

Kürzungen sind in unserem Bundesland an der Tagesordnung. Überall wo sich Menschen engagieren wird gekürzt. Doch nun sollen auch bei Staatlichen Musikschulen die Mittel drastisch gestrichen werden.

Musik ist nicht nur schön anzuhören sondern, sie verbindet auch Menschen unterschiedlichster Art. Vor allem Jugendliche finden in der Musik viel Halt, Ausgleich und Entwicklungspotenzial. In Thüringen soll es nicht nur Sport geben. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, die Kürzungen zu unterlassen und die KünstlerInnen des Freistaates anzuerkennen und zu würdigen.

Die Jusos fordern die SPD Thüringen und die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für die finanzielle Unterstützung der Musikschulen auf den Niveau des Haushaltes von 2004 einzusetzen.

G4 |

Raum für Kreativität ermöglichen

Die SPD Thüringen/ die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass KünstlerInnen/ MusikerInnen mindestens 5 Prozent der ungenutzten Gebäude der LEG gegen eine geringe Nutzungsgebühr als Proberäume zur Verfügung gestellt werden.

G5 |

Ehrenamtsförderung

Auf kommunaler Ebene ist das Ehrenamt stärker zu fördern und deren Bedeutung für eine solidarische Gesellschaft hervorzuheben. Das Beispiel Ehrenamtsagentur, wie es in der Stadt Weimar vorangebracht wird, ist ein Grundstein zur Förderung ehrenamtlicher Aktivitäten. Die Jusos sollten sich in Ihren Städten und Landkreisen um ähnliche Projekte bemühen und dafür besonders die Vertreter der SPD auf dieses Thema aufmerksam machen.

G6 |

Nachwuchsförderung - Katastrophenschutz

Die Thüringer Jusos werden sich mit aller Kraft der Unterstützung der Nachwuchsarbeit der freiwilligen Organisationen widmen, deren Einsatzkräfte im Rahmen der Gefahren- und Katastrophenabwehr tätig sind. Hierbei sind die Rekrutierung neuer Kinder und Jugendlicher genauso wichtig, wie die Unterstützung der Jugendleiter bei der Durchführung von Aktivitäten und der Ausbildung. Die Jusos werden intensiv in der Öffentlichkeit für die Nachwuchsarbeit dieser Organisationen werben und deren Reputation verbessern.

Weiterhin sollten die Jusos vor allem auf kommunaler Ebene für den Erhalt vieler, auch kleiner, Institutionen kämpfen, um viele Kräfte zu binden.

Die Jusos werden sich dafür einsetzen, dass diese Organisationen intensiv in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen Präsenz zeigen und aktiv werden dürfen.

H

Organisatorisches, Sonstiges

H2 |

Projektgruppe „Ältere ArbeitnehmerInnen“

Die SPD Thüringen wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Jusos Thüringen eine Projektgruppe aufzubauen, die konkrete Projekte für die Anerkennung der Leistungen älterer ArbeitnehmerInnen in Thüringen plant und umsetzt.

H3 |

Selbstdarstellung der Jusos Thüringen

Es wird eine neue Homepage für den Juso-Landesverband Thüringen (oder alternativ ein massives optisches und inhaltliches Upgrade der jetzigen) gestaltet.

Beispiele für Verbesserungsvorschläge:

- Die Termine der Jusos sollten auf der Homepage stehen
- Materialien könnten öffentlich zugänglich sein (z.B. Das Beschlussbuch der Juso Landeskongress, Flyer zum Download, etc...)
- Ein Forum könnte integriert werden und Arbeitsgruppen könnten ihre Aktivitäten und Ziele vorstellen
- Ein interner Juso-Mitgliederbereich könnte eingerichtet werden

H7 |

Unterstützung der Schwusos Thüringen

Die Jusos Thüringen unterstützen nach ihren Möglichkeiten die Schwusos Thüringen bei ihrem Gründungsverfahren inhaltlich und bei der Umsetzung ihrer Vorhaben und Ziele.

I

Initiativanträge

I1 |

Für geschlechterneutrale Sprache

Sprache beeinflusst Denken. Deswegen fordern wir die LDK auf, in gesprochener und geschriebener Sprache beide Geschlechter oder geschlechterneutrale Formulierungen zu verwenden.

I3 |

Thüringer Kulturlandschaft erhalten

Die Jusos Thüringen sprechen sich gegen die geplanten Kürzungspläne des Kultusminister Jens Goebel aus. Durch die Kürzungspläne ist die Thüringer Kulturlandschaft in Gefahr. Mit der Streichung der Landesförderungen für die Thüringer Philharmonien stehen viele Orchester vor dem Aus. Die Jusos Thüringen setzen sich weiter für die kompletten Landeszuschüsse für Theater und Orchester in Thüringen ein.

I1a |

Thüringisch als Fremdsprache TaF

Der Juso Landesverband Thüringen beantragt auf dem nächsten Juso-Bundeskongress und auf dem nächsten SPD-Landesparteitag (am besten dem für Thüringen) folgende politische Zielsetzung (aber ja nüscht Konkretes!):

Durch die standardmäßige Einführung der thüringischen Sprache in den [Thüringer bzw. bundesdeutschen bzw. europäischen bzw. ach was sag ich: WELTWEITEN!!!] Kindereinrichtungen (also vor allem dem Plastikballpool und Spielplatz bei McDonalds) und Vorschulen wird ein Aufwachsen in „spielerischer“ Zweisprachigkeit gewährleistet. Die Zweisprachigkeit wird dann ab der 1. Klasse in der Grundschule weitergeführt (siehe auch Antrag C1).